Nr. 91. 23. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 20. April 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Parteigenossen!

Die Kontroll-Kommission wählte in ihrer heutigen Sitzung als Nachfolger des verstorbenen Vorsitzenden H. Meister den Genossen

August Kaden
Reichstagsabgeordneter
in
Gohlis bei Dresden
Post Cossebaude
(Elbtal).

An diese Adresse sind künftig alle für die Kontrolleure bestimmten Zuschriften zu richten.

Berlin, 19. April 1906.

Im Auftrage der Kontroll-Kommission:
Ad. Geck, Schriftführer.

Die Produktivität des Unternehmertums und der Arbeiter.

II.

Die „Kreuz-Zeitung" behauptet aber nicht nur, daß der Unternehmergewinn die Vergütung für die Arbeitsleistung des Unternehmers ist; sie beweist das auch — allerdings auf eine Art und Weise, die direkt zum Spott herausfordert. Wieder geht sie in ihrer Folgerung von dem ostelbischen Handwerksmeister als dem Normaltypus des heutigen Unternehmers aus. Die Großproduktion der Aktiengesellschaften mit ihrer deutlichen Unterscheidung zwischen Unternehmerprofit und Betriebsleitungskosten paßt ihr nicht in ihre Deduktion, so hilft sie sich damit, daß sie die Existenz der Aktiengesellschaften einfach ignoriert. Oft könne der fleißigste Leiter, führt sie aus, in allen seinen Arbeitsstunden keinen Wert schaffen, ja sogar verhindern, daß aus der Tätigkeit seiner „Untergebenen" Werte entstehen; während umgekehrt ein tüchtiger Leiter manchmal einen bisher „unproduktiven Betrieb" — (soll heißen: unrentablen Betrieb) produktiv (rentabel) zu gestalten vermöge. Als Beispiel führt das feudale Blatt an:

„Zwei Hutmacher arbeiten mit demselben Kapital und demselben Arbeiterpersonal von gleicher Tüchtigkeit. Beide stellen jährlich 1000 Hüte her. Nicht mit Unrecht werden die Arbeiter beider Unternehmungen ihre Tätigkeit für gleichwertig halten. Aber o Schrecken! Nur die Hüte des einen Unternehmers werden alle mit Gewinn verkauft, die des anderen bleiben im Laden, weil der Unternehmer den Geschmack der Käufer, die Absatzmöglichkeit usw. nicht richtig kalkuliert hat. Dafür können seine Arbeiter nichts. Sie werden denselben Lohn verlangen wie die des anderen Unternehmers, und das ist von unserem Standpunkte nicht mehr als recht und billig. Aber gerade vom Standpunkte der sozialdemokratischen Wertlehre könnten sie eigentlich keinen Lohn verlangen. Denn wenn sie den vollen Wert einer absatzfähigen Ware für sich allein verlangen, ohne dem Unternehmer so etwas wie „Mehrwert" über den gezahlten Arbeitslohn hinaus zu gönnen, so müßten sie bei einer absatzunfähigen, also wertlosen Ware auch auf jeden Arbeitslohn verzichten. Da ihre eigene Mitwirkung in dem einen wie in dem anderen Falle dieselbe gewesen ist, wird das gegenwärtige System ihnen viel mehr gerecht: es gewährt ihnen den Lohn in den beiden Fällen, höchstens mit dem Unterschiede, daß sie unter einem geschickten Unternehmer auch auf höhere und mehr gesicherte Löhne rechnen dürfen als unter einem ungeschickten."

Fälle, in denen ein Unternehmen keinen Gewinn abwirft, ja der Produktionsertrag selbst nicht die Produktionskosten deckt, kommen sicherlich häufig genug im heutigen kapitalistischen Wirtschaftssystem vor. Wird auch der Tauschwert einer Ware nicht durch ihren Gebrauchswert bestimmt, sondern durch die zu ihrer Herstellung erforderliche gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, so vermag sich doch der Tauschwert einer Ware nur dann beim Verkauf in einen angemessenen Preis umzusetzen, wenn die Ware einen gesellschaftlichen Gebrauchswert hat, d. h. einem gesellschaftlichen Bedarf entspricht. Kommt z. B. der Leiter einer Fabrik auf die Idee, Waren herstellen zu lassen, für die kein entsprechender Bedarf vorhanden ist oder die dem Geschmack des Publikums widersprechen, so wird er allerdings für diese Waren entweder keinen Absatz finden oder sie zu einem die Herstellungskosten nicht deckenden Preis verkaufen müssen —, aber was folgt daraus? Doch nur, daß der Leiter seiner Stellung nicht gewachsen ist. Wie es unfähige Arbeiter gibt, die nicht nur keinen Mehrwert produzieren, sondern das Roh- oder Halbmaterial obendrein noch versauen, so gibt es natürlich auch Fabrikleiter, welche die gekaufte Arbeitskraft nicht nutzbringend für ihr Unternehmen anzuwenden wissen.

Daraus zu folgern, daß, wenn ein Unternehmer eine „absatzunfähige" Ware hat produzieren lassen, seine Arbeiter eigentlich auf ihren Arbeitslohn verzichten müßten, heißt nichts anderes, als für die Unfähigkeit des Unternehmers seine Arbeiter verantwortlich machen, obgleich diese keinerlei Einfluß auf die Geschäftsführung haben. Das ehrsame Organ der Kreuzritter scheint gar nicht zu fühlen, wie sehr es sich mit dieser einfältigen Deduktion in Widerspruch zu der Auffassung des offiziellen „Konservativen Handbuchs" setzt, in welchem es in bezug auf die Produktivität der Unternehmer und Arbeiter heißt:

„Soll aber ein Unterschied gemacht werden, so muß er zugunsten des Unternehmers und nicht der Arbeiter gelten; denn das eigentlich Bestimmende in der Produktion sind Wille und Geist des Unternehmers; die Arbeiter sind nur seine Hülfsorgane, und so nahe sie ihm als Menschen stehen und stehen sollen, so sind sie als Produktionsfaktoren ihm gegenüber eben so unselbständig wie die Maschinen und anderen Produktionsmittel."

Das Handbuch vergleicht also die Arbeiter, was ihre Selbständigkeit im Produktionsprozeß anbelangt, mit den „Maschinen und anderen Produktionsmitteln". Nach der Logik der „Kreuz-Zeitung" wäre danach, wenn jemand eine Maschine verkehrt anwendet und infolgedessen nicht das gewünschte Resultat erzielt, nicht dieser Jemand verantwortlich, sondern die Maschine.

Allerdings nicht in allen Fällen ist die Ursache der Unrentabilität eines Unternehmens in der Unfähigkeit seines oder seiner Leiter zu suchen. Die kapitalistische Wirtschaftsweise beruht auf der Konkurrenz. Nur durch diese und die durch sie bewirkten stetigen Schwankungen der Warenpreise setzt sich das Wertgesetz der Warenproduktion durch. Lediglich vermittelst der stetigen Entwertung und Ueberwertung der Produkte wird in der heutigen planlosen Warenproduktion eine gewisse Ordnung aufrecht erhalten, denn allein durch dieses Steigen und Fallen werden die Produzenten darauf gestoßen, was von ihren Erzeugnissen die Gesellschaft braucht. Deshalb kann z. B. auch ein Unternehmer nicht mehr als sonst produziert und den Geschmack des Publikums richtig getroffen haben, und doch zu seinem Schrecken bemerken, daß er seine Ware nicht zu einem angemessenen Preise abzusetzen vermag — nur deshalb, weil seine Konkurrenten überproduziert haben und nun durch ihr Angebot die Preise drücken. Ebenso können natürlich auch ohne sein Verschulden Verschiebungen der Absatzmärkte, Wirtschaftskrisen, Trustgründungen usw. den Ertrag seines Unternehmens mehr oder weniger beeinträchtigen.

In allen diesen Fällen handelt es sich aber um „Eigenheiten" der heutigen Produktionsweise, für die nicht die Arbeiter als gezwungene Verkäufer ihrer Arbeitskraft und als „Maschinen" im Produktionsprozeß verantwortlich gemacht werden können, sondern nur jene, die nach der Aeußerung des konservativen Handbuchs „Wille und Geist" der Produktion sind und mit allen Mitteln das heutige kapitalistische Wirtschaftssystem nebst seinen schönen Eigenheiten zu erhalten suchen. Wenigstens nach vernünftigen Gründen kann der Arbeiter nicht dafür verantwortlich gemacht werden; in Wirklichkeit wird er es allerdings doch — denn die Folgen sind meist für ihn: Lohndruck, Arbeitslosigkeit und Elend.

Selbst wenn wir aber alles zugeben wollten, was die „Kreuz-Zeitung" behauptet: was wird dann durch ihre Litanei schließlich bewiesen? Doch nur, daß die Fähigkeit der Leiter eines Unternehmens für dessen Rentabilität von großer Bedeutung sein kann und daß manchmal der Ertrag eines Betriebes die Betriebskosten nicht deckt. Das ist sicher richtig; aber inwiefern folgt hieraus, daß nicht die Arbeiter im allgemeinen „Mehrarbeit", d. h. unbezahlte Arbeit leisten und nicht Kapitalprofit (Unternehmerprofit und Zins) wie Grundrente aus dieser unbezahlten Arbeitsleistung stammen?

Indes die Logik der „Kreuz-Zeitung" ist ein urkomisches Gewächs; beruft sich doch schließlich das Blatt zum Beweis dafür, daß der Unternehmerprofit nur eine Entschädigung für das Arbeitsquantum des Unternehmers ist, sogar auf die Schlacht bei Leuthen — eine Leistung, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten dürfen:

„Die Tätigkeit des Führers ist auf allen Gebieten wichtiger als die der Geführten, in der Politik, im Kriege und so auch im wirtschaftlichen Leben. Die Griechen meinten, ein Heer von Hirschen unter Führung eines Löwen sei gefährlicher als ein Heer von Löwen unter Führung eines Hirsches. Vielleicht der ruhmreichste Sieg deutscher Waffen ist der von Leuthen, wo Friedrich der Große mit 88 000 Mann 80 000 Oesterreicher nach tapferster Gegenwehr bis zur Vernichtung schlug. Wäre es allein oder wesentlich auf die Truppe angekommen, so war das umgekehrte Ergebnis wahrscheinlich. Die Geschichte und die Volksempfindung sind denn auch niemals darüber unsicher gewesen, daß das Hauptverdienst um den Erfolg dem preußischen Führer gebührte. Aehnlich ist es in der Volkswirtschaft bei allen schwierigen Unternehmungen, die besondere, nicht bei einer beliebigen Anzahl von Menschen wohnende Eigenschaften des Leiters voraussetzen."

Die „Kreuz-Zeitung" scheint demnach die „glorreichen" Schlachtenlenker für eine Art Unternehmer und das Schlachtenschlagen für eine ähnliche Erwerbstätigkeit wie das Warenproduzieren zu halten. Vor dieser Leistungsfähigkeit strecken wir resigniert die Waffen.

Die Revolution in Rußland.

Osterstimmungen im Reiche Väterchens.

Man schreibt uns:

Unter Glockengeläute und mit dem heuchlerischen Gebete: „Friede auf Erden!" begannen die Regierungsbestien in der Weihnachtszeit ihre Blutarbeit. Die Reaktion hatte sich schneller erholt als es mancher erwartete. Unterstützt von einigen politischen Parteien, die sich nach dem 30. Oktober gebildet hatten — „Vereinigung russischer Leute", „Partei der Rechtsordnung" usw. — unternahm die Reaktion ihren Vernichtungsfeldzug gegen die eben eroberten Freiheiten. Das Ministerkabinett Witte-Durnowo erließ nicht allein Dutzende neuer provisorischer Gesetze, die die Presse wieder zum Schweigen bringen sollten, sie unterdrückte nicht nur wiederum das Versammlungsrecht und die Redefreiheit, sondern sie schickte mit Kanonen bewaffnete „Straferpeditionen" in die Gebiete aus, wo die Gegenrevolution auf hartnäckigen Widerstand gestoßen war. Diese Gebiete wurden für „außerhalb jeglicher Gesetze stehende" erklärt und das Leben der Bevölkerung einigen erprobten Bluthunden anvertraut, die dann im Laufe der verflossenen vier Monate die „Autorität der Regierung" und die „Ruhe" mit solchen Mitteln wiederhergestellt haben, daß, wie einer von diesen Henkern sich ausgedrückt hat, „das Volk ewig daran denken wird". Eine ganze Menge dieser Satrapen, die nach dem Ausspruch des Tomsker Generalgouverneurs Suchotin mit den Waffen so gewirtschaftet hatten, daß Material weder für Kriegs-, noch für Zivilgerichte übriggeblieben war, haben soeben hohe Ordensauszeichnungen erhalten und begehen das christliche Osterfest nach Pfaffenvorschrift, indem sie beim Champagner einige interne Stückchen aus der Tätigkeit der Straferpeditionen zum besten geben. Die Reaktion befindet sich noch auf der Höhe ihrer Macht. Sie veranstaltet Osterorgien. Wir wollen hoffen, es sind die letzten!

Außer sich vor Freude sind auch die sogenannten russischen Liberalen, oder wie ihr linker Flügel sich seit Beginn der Wahlkampagne nennt, „die Partei der konstitutionellen Demokraten". Sie haben bis zur letzten Stunde nicht einen solchen Sieg erwartet. Es ist auch in keinem Falle als ihr Sieg zu betrachten, obgleich die Herren Kadetten ihn als einen solchen in die Welt hinausposaunen. Die Wahlen konnten einen solchen Verlauf nur deshalb nehmen, weil die Repressalien der Regierung, die ja in erster Linie gegen die Arbeiterschaft gerichtet waren, allen einigermaßen denkenden Einwohnern gezeigt hatten, welche Wege die Regierung auch in der Zukunft zu gehen gedenkt. Die Sozialdemokratie, weit davon entfernt, die politische Bedeutung der Wahlen zu unterschätzen, findet, daß der Jubel der Kadetten verfrüht ist und weist die Behauptung, daß die eben vorgenommenen Dumawahlen den „Willen des Volkes" ausdrücken, mit aller Entschiedenheit zurück.

Wir wissen ja, daß das Volk schon etliche Male seinen Willen kundgegeben hat, und zwar in viel energischerer Weise als jetzt bei den Wahlen. Wir erinnern an den Zug der bittenden Petersburger Arbeiter am 9./22. Januar 1905 zum Winterpalais, an die Massenstreiks der Arbeiter von Petersburg, Warschau, Lodz, Riga, Baku, Rostow usw. im Laufe des vorigen Jahres, dann an den allgemeinen Eisenbahnerstreik, die alle die Regierung eigentlich zum Unterhandeln über die Konstitution zwangen und zuletzt an die Riesenmeetings, die nach dem 30. Oktober überall in den Städten und vielfach auf dem Lande veranstaltet wurden und überall mit dem Rufe: „Nieder mit dem Absolutismus! Hoch die internationale Sozialdemokratie! Hoch das allgemeine, gleiche, direkte, geheime Wahlrecht und die konstituierende Versammlung!" geschlossen wurden. Das war auch Volksstimme! Außerdem verkörperten diese Versammlungen und Massenstreiks eine große organisierte Kraft, und dennoch schreckte die Regierung davor nicht zurück, mit Flinten- und Kanonensprache zu antworten. Und jetzt sollen einige Hundert von unorganisierten Bauern und anderen unzufriedenen Bevölkerungsschichten gewählte Kadetten die Regierung mit der hinter ihr stehenden bewaffneten Macht zur Kapitulation zwingen!? Darin liegt die ganze Kurzsichtigkeit der russischen Liberalen. Es ist wahr, daß auch die russische Regierung nach Anwendung aller Wahlbeeinflussungsmittel nicht ein solches Wahlresultat erwartet hat. Sie hat sich aber schon längst beruhigt und, wie die „Nowoej-Wremja" meldet, hat die Regierung viele Hoffnungen, aus den 60 Proz. „Parteilosen", die auf dem Lande gewählt worden sind, sich die nötige Majorität zu schaffen. Das glauben wir zwar nicht, wir sehen aber ein anderes Finale der Komödie.

In diesen Tagen machte das offizielle Organ des Grafen Witte, die „Russkoje Gossudarstwo" folgende wichtige Erklärung, die uns in vielem an die Sprache Wittes nach dem Kongresse der noch vereinten Liberalen vom 6. November erinnert. Die Regierung läßt nämlich den jetzigen siegestrunkenen Kadetten erklären, sie werde vor der Duma nicht zurückschrecken. Es gebe nur zwei Möglichkeiten: Entweder würden sich die konstitutionellen Demokraten mit dem Verbande vom 30. Oktober verbinden, dann werde auch die Reichspolitik ruhig (wir kennen die Ruhe!) entwickeln, oder aber sie würden auf ihren Forderungen (von Forderungen der Kadetten kann unserer Meinung nach keine Rede sein), wie z. B. auf das allgemeine, gleiche, geheime

Wahlrecht, Amnestie, Verantwortlichkeit der Minister usw. bestehen, dann werde es der Anfang einer neuen Revolution sein. Etwas früher hatte die Organisation der Schwarzen Hunderte, der sogenannte „Verband russischer Leute“ einen ähnlichen Gedanken ausgesprochen: „Die erste Duma wird mit Bajonetten auseinandergetrieben werden, dann wird eine zweite kommen, eine solche wie wir sie brauchen.“ Die Sprache der Regierung ist recht deutlich. Hoffentlich haben sie auch die neuen „Lenker der Geschicke der russischen Völker“ verstanden.

Witte und auch die russischen Sozialdemokraten erinnern sich noch gut genug, daß es sich bei der ersten Spaltung der im Lager der russischen Liberalen gerade um das „vierschwänzige“ Wahlrecht handelte und daß die jetzigen Mitglieder des Verbandes vom 30. Oktober, Gutschkow und andere, diese Forderung fallen ließen und zu Witte übergingen. Wir wollen abwarten, wer von den Kadetten die Volksrechte für einen Sessel im Taurischen Palast preisgeben wird!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. April.

Wieder etwas Neues von der sächsischen Justiz.

„In Sachsen ist ja schon mancherlei geschehen,“ schreibt die „Sächsische Arbeiterzeitung“, „die Aktion aber, die jetzt in Dresden gegen die Arbeiterbewegung geplant ist, hätte man doch nicht für möglich halten sollen.“ Die Aktion, die unserem Dresdener Parteiblatt diesen Ausruf erpreßt, besteht in der Einleitung einer Untersuchung wegen — Massenbetruges gegen den verantwortlichen Redakteur der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, Genossen Grötzsch, und die Führer der Dresdener Metallarbeiterbewegung, die Genossen Haack und Held. Die Sache hängt mit den Lohnkämpfen im Dresdener Metallgewerbe zusammen und hat folgende interessante Vorgeschichte:

Die Metallindustriellen haben bekanntlich die Arbeiter brutal ausgesperrt. Um aber die „guten“ Arbeiter nicht vor den Kopf zu stoßen, haben die schlauen Unternehmer den Arbeitern einen Revers vorgelegt, in dem die Arbeiter die ehrenwörtliche Erklärung abzugeben hatten, daß sie weder jetzt noch in den letzten vierzehn Tagen einer Organisation angehört haben, auch keine Streikunterstützung erhalten. Den Unterzeichnern war eine Unterstützung an Stelle des Lohnausfalls in Aussicht gestellt. Wörtlich heißt es dann in dem Revers:

Weiterhin bekenne ich, daß ich mich des Betrugs schuldig mache, falls ich mich der Wahrheit zuwider als nichtorganisierter Arbeiter bezeichne und in die Listen eintrage bezw. Unterstützung von der Firma in Empfang nehme. Es ist mir ausdrücklich erklärt worden, daß die Zahlung auch unter der Voraussetzung nicht erfolgen würde, daß Ersatz durch den Metallarbeiterverband in Aussicht gestellt wird.

Die ganze Aktion war, wie gesagt, von den Industriellen eingeleitet worden, um die Organisierten erkennen und maßregeln zu können. Die Leitung des Metallarbeiterverbandes veröffentlichte deshalb folgende Verhaltungsmaßregeln:

Es herrscht nun darüber Unklarheit unter den Arbeitern, wie sie sich dazu zu verhalten haben. Dazu bemerken wir, daß dort, wo alle Voraussetzungen dafür gegeben sind, die Kollegen die Unterzeichnung verweigern können. Anderseits steht aber auch der Unterzeichnung nicht das geringste im Wege. So gefährlich auch der Inhalt des Reverses aussieht, so kann dem Unterzeichner darum nichts passieren, **weil ja die Absicht**, sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, wegfällt. Obwohl wir keine Freunde von Heuchelei sind, so erscheint es doch in diesem Falle **angezeigt, Verwirrung in die Reihen der Gegner zu bringen, indem die Absicht zu deutlich erkennbar ist und der Revers als gegen die guten Sitten verstoßend keinerlei Rechtskraft haben kann.**

Die Kollegen mögen sich darum betreffs ihres Verhaltens dazu betriebsweise schlüssig werden, aber dann auch einheitlich handeln. Alles weitere dazu wird in den Sonnabendversammlungen gesagt.

In dieser Erklärung soll allen Ernstes eine Aufforderung zum Massenbetrug liegen.

Das Lustigste bei der ganzen Geschichte ist zweifellos, daß viele Betriebsleiter und Werkmeister die Arbeiter selbst beschworen haben, doch zu unterschreiben, damit man nicht auszusperren brauche. Eine Firma schickte die Leute direkt ins Bureau der Metallarbeiter, um sich dort die Erlaubnis zur Unterschrift zu holen. Bei einer anderen wurden die Reverse den Arbeitern ohne Unterschied bereits unterschrieben vorgelegt und gleich danach wieder eingesammelt. Die Firma hat dann auch nicht ausgesperrt.

Freilich, die Reversgeschichte ist für die Industriellen eine arge Blamage geworden. Sie sind schmählich damit hineingefallen und haben sehr bald die Auszahlung der Unterstützung eingestellt und die Unorganisierten auf später vertröstet oder sie in die Betriebe zum Arbeiten hereinzuholen versucht. Nur ganz vereinzelt sind überhaupt ein paar Mark an Unorganisierte ausgezahlt worden, weil der Metallarbeiterverband seinen Mitgliedern gebot, kein Judasgeld anzunehmen. Da haben nun die geärgerten Industriellen die Leiter des Metallarbeiterverbandes und die „Sächs. Arbeiterzeitung“ der Staatsanwaltschaft wegen Betruges denunziert und diese hat geglaubt, sich der ehrenwerten Herrschaften annehmen zu müssen.

Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ glaubt nicht an einen Erfolg der Aktion. „Daß aber,“ fährt sie fort, „dieser Versuch gemacht werden konnte, ist außerordentlich charakteristisch für unsere Zustände. Nach den Erpressungsprozessen, nach der Streikjustiz, nach dem Löbtauer Zuchthausurteil, dem Garnisonlazarett-Prozeß, dem letzten Bäcker-Prozeß wegen der Meißener Prügelaffäre haben wir eigentlich aufgehört, uns noch über irgend etwas nach dieser Richtung hin zu wundern. Wir glaubten schon mit Bülow sagen zu können: Ein sozialdemokratischer Redakteur muß ein Fell wie ein Rhinozeros haben. Daß wir aber noch in den Verdacht kommen könnten, zum Massenbetrug aufgereizt zu haben, das hätten wir denn doch nicht gedacht. Alles ist schon vorgekommen: Sozialdemokratische Redakteure haben „groben Unfug“ begangen, „Sittlichkeitsvergehen“, „Beleidigung der wertvollsten Elemente der Arbeiterschaft, der edlen Arbeitswilligen“, sie haben ohne Unterschied alles beleidigt, was den Hurrapatrioten heilig ist, vom Nachtwächter angefangen bis zu dem unterschiedlichen aus- oder inländischen Potentaten, der „Gotteslästerung“, des „Diebstahls von Aktenstücken“ hat man sie schon beschuldigt. Aber Aufforderung zum Massenbetrug, das hat noch den Reiz der Neuheit für diese hartgesottenen Sünder. Das fehlte gerade noch, um das Sündenregister komplett zu machen!“ —

Geh. Rat v. Holstein.

Die in den letzten Tagen von der gutgesinnten Presse vielerörterte Frage, ob der Wirkl. Geh. Rat v. Holstein gehen oder nochmals bleiben werde, ist erledigt. Er geht. Wie die „Nordd. Allgem. Ztg.“ meldet, hat der Kaiser seinen Rücktritt genehmigt. Herr v. Holstein galt bisher als der eigentliche Hauptleiter des Auswärtigen Amtes, der hinter den Kulissen die Drähte dirigierte und die diplomatischen Fäden spann. Seine eigentliche Karriere begann nach dem deutsch-französischen Kriege, als er bei dem Vorgehen Bismarcks gegen den Grafen Harry v. Arnim — er war damals Botschaftssekretär in Paris — dem Reichskanzler wertvolle Dienste leistete. Zum Dank wurde er als vortragender Rat in die politische Abteilung des Auswärtigen Amtes berufen, der er seitdem ununterbrochen angehört hat. Das Personal dieses Amtes veränderte und ersetzte sich ununterbrochen, aber Herr v. Holstein blieb, ein ruhender Pol in der Erscheinungen Flucht. Wenige hatten wie er das Vertrauen Bismarcks, und als deshalb Bismarck gehen mußte, nahm dieser an, sein Vertrauter werde ihm folgen; doch Herr v. Holstein blieb und paßte sich mit gleicher Virtuosität dem neuen Reichskanzler an.

Die „Köln. Ztg.“ weiß über diesen Vorgang zu berichten:

„Fürst Bismarck, und in vielleicht noch höherem Grade Graf Herbert Bismarck, scheinen der Ansicht gewesen zu sein, daß Holstein, der nicht nur mit der Bismarckschen Politik aufs engste verbunden war, sondern auch mit dem Bismarckschen Hause freundschaftliche Beziehungen unterhalten hatte, dem scheidenden Kanzler in die Nichtaktivität hätte nachfolgen sollen. Daß er selbst diese Meinung enttäuschte und auch fernerhin auf seinem Posten blieb, konnte eigentlich diejenigen nicht überraschen, die wußten, wie er mit allen Fäden seines Lebens mit der auswärtigen Politik verknüpft war. Es traten dann in der Folgezeit unerfreuliche Erscheinungen zutage, die in der Kampagne Austernfreund-Spätzle-Troubadour ihren Ausdruck fanden und zu persönlichen Zusammenstößen führten, von denen das Duell Kiderlen-Wächter-Polstorf allein an die Oeffentlichkeit trat. Der damals gemachte Versuch, ihn mit einigen Freunden als den Inhaber und Ausüber einer geheimen Gewalt und als einen der schlimmsten Intriganten zu verdächtigen, bedeutete für ihn eine schwere Beeinträchtigung seiner Lebensfreudigkeit, und wenn er sich in späteren Jahren immer mehr in sich selbst zurück zog und selbst auch seinen Freunden gegenüber nur zu leicht von starkem Mißtrauen ergriffen wurde, so sind die Gründe für diese Entwickelung in jenen Vorgängen zu suchen.

„Aus jener Zeit stammt auch der Vorwurf, daß er in rücksichtsloser Herrschsucht alle anderen Einflüsse und Persönlichkeiten niederzuhalten strebte und nichts neben sich emporkommen lasse. Während er der breiten Oeffentlichkeit gegenüber so gut wie unbekannt blieb, galt er einem kleineren Kreise als der eigentliche Macher, als der Mann, der über die hohen Stellen im Reichsdienst verfügte und selbst Minister-Portefeuilles verteilte.“

Windmühlen-Politik.

Wilhelm II. versteht es — wie der liebe Gott — seine Mühlen recht, recht langsam mahlen zu lassen. Aber er kann seine Mühlenräder auch in rasender Eile drehen. Je nachdem! —

Kaum ist die niederbeugende Kunde von dem entsetzlichen Erdbeben in Amerika zu unseren Ohren gedrungen, da bekommen wir auch schon folgende Wolff-Depesche zu lesen:

Berlin, 19. April. Se. Majestät der Kaiser und König hat den Botschafter in Washington, Freiherrn Speck von Sternburg, beauftragt, dem Präsidenten der Vereinigten Staaten seine tiefe und aufrichtige Teilnahme an dem Elementarunglück in den westlichen Landen der Vereinigten Staaten auszusprechen, das auch in weitesten Kreisen des deutschen Volkes Mitgefühl und Trauer erwecken. Gleichzeitig wurde der Botschafter angewiesen, auch die warmen Sympathien der deutschen Regierung auszudrücken.

Sehr erfreulich und sehr begreiflich! Hat doch Roosevelt eben erst nach Beendigung der Marokkokonferenz einen scheinbar deutschfreundlichen Phrasenschwall vom Stapel gelassen. Da wird denn Speckhen in Ausführung des kaiserlichen Befehls in einer Flut von Gegenphrasen plätschern können!

Das betrübliche Pendant zur Fixigkeit, mit der Roosevelt seine Kondolenz erhält, ist das Schneckentempo, in dem Wilhelms II. Beileidsbezeugung nach Italien kroch, als jetzt eben der Vesuv seine verderbenspeiende Lava herniederregnen ließ. Italien sollte es fühlen, daß Deutschlands Kaiser dem Viktor Emanuel grollt, weil dieser seine Diplomaten nicht anwies, in Algeciras sich blindlings der deutschen Politik mit Haut und Haaren zu verschreiben! Also es ging keins der bewußten Telegramme von Berlin oder Potsdam nach Rom. Nur dem deutschen Botschafter wurde huldvollst gestattet, nachträglich eine Art offizielles Beileidsschreiben an den italienischen Minister des Aeußern zu senden.

In allerallerletzter Stunde aber — und sozusagen hintenherum — lächelt dem italienischen Volk ein freundlicher Blitz aus Wilhelms II. Kaiseraugen. Ein Wolff-Telegramm **vom selben Datum wie das oben zitierte** besagt darüber:

Nachdem das für die Opfer des Erdbebens in Calabrien tätig gewesene deutsche Hülfskomitee in gleicher Eigenschaft auch für die durch den Ausbruch des Vesuvs Geschädigten neu konstituiert worden ist, hat seine Majestät der Kaiser und König dem Vorsitzenden des Komitees, Prinzen Salm Horstmar, eine Spende im Betrage von 10 000 M. überwiesen.

Zur Ausweisungsschmach.

Von unserer gestrigen Meldung über die Ausweisungen russischer Studenten durch die hiesige politische Polizei nimmt bisher auch nicht ein bürgerliches Blatt Notiz. Wird sich der „Chor des Schweigens“ wiederholen, den wir vor zwei Jahren schimpflich an den Pranger stellen mußten, als Freiherr v. Richthofen die russischen Studentinnen von der Tribüne des Reichstages schmähte, als Fürst Bülow, damals noch Graf Bülow, von gleicher Stelle durch seine unwürdigen antisemitischen Mätzchen über die „Silberfarb und Mandelstamm“ und die „Schnorrer und Verschwörer“ den dröhnenden Lachchorus der Junkersippe und die Empörung aller gesitteten und kulturellen Elemente entfesselte, als der Reichskanzler dann seine Macht ausnutzte, um die von ihm beleidigten Russen, da sie sich gegen den ihnen angetanen Schimpf wehrten, zu dezimieren und — ein Hausknecht des Zarismus — wegen der ihm angeblich zugefügten persönlichen Kränkung vierzehn von ihnen aus Preußen und sodann auch aus ganz Deutschland herauszuwerfen?

Der russophile „Atavismus“, zu dem sich Bülow damals in einem lichten Moment offen bekannte, ist nach einer Pause der scheinbaren äußerlichen Besserung wieder mit aller Macht ausgebrochen. Mit Halali und Hussah beginnt die frische, fröhliche Jagd auf Freiwild von neuem.

Die Tatsachen sind, wie wir jetzt hören, noch weit schlimmer, als gestern vermutet.

Nicht 20, sondern weit mehr Ausweisungen sind an dem einen 14. April ergangen; man spricht von nahezu 300 (dreihundert), die allerdings zum großen Teil wohl nicht von der politischen, sondern von der V. Abteilung des hiesigen Polizeipräsidiums verfügt sind.

Als im März 1904 bei der Ausweisung der Vierzehn Fristen von einer Woche zum Verlassen Preußens gesetzt wurden, sprach man mit Recht von Barbarei. Dieses Mal aber ist fast überall nur eine Frist von drei Tagen gesetzt, auch für ganze Familien! Drei Tage für Personen und ganze Familien, die oft viele Jahre hier ansässig und mit allen Fasern ihrer Existenz hier eingewurzelt sind. Drei Tage für die Regelung aller Angelegenheiten. Alle Ausgewiesenen sind mindestens noch auf mehrere Wochen, die meisten sind noch auf einige Monate — bis 1. Juni — viele sind bis zum Oktober an ihre Wohnungen gebunden und haben, da sie für die Miete bis dahin voll haften, schwere, unmittelbare pekuniäre Schädigungen zu erleiden! Wahrlich eine raffinierte Bestrafung ohne Urteil, ohne Begründung, ohne Grund, ohne nennenswerte Rechtsmittel! Ohne Grund! In einigen Fällen soll, so hören wir, angedeutet sein, daß die Ausweisung erfolge, weil die Betroffenen angeblich an den Versammlungen vom 18. März teilgenommen haben sollen — ohne irgendwie hervorzutreten natürlich! Eine besondere Rolle soll hierbei die Bebelsche Versammlung vom 18. März spielen. Wir können diese Nachricht, so schlecht unsere Meinung über die Gründe des Polizeipräsidiums ist, vorläufig nicht für möglich halten.

Der russische Konsul verhält sich dem Vernehmen nach gegen alle Bitten um Intervention höchst passiv. Er soll erklärt haben: „Sie sind nun einmal Gäste Preußens und haben kein Recht, hier zu sein. Wir können nichts für Sie tun! Warum bleiben Sie nicht in Rußland!“ Als ob nicht nach Völkerrecht für Ausländer so lange ein Recht auf Anwesenheit in Preußen bestände, als sie sich nicht lästig machen!

Wir machen darauf aufmerksam, daß auch der Berliner Handel, die Berliner Aerzte, die Berliner Hotels und Vermieter durch das Vorgehen der Polizei ernstlich geschädigt werden können. Die hiesige russische Kolonie bringt viel Geld nach Berlin, wenn natürlich auch viel arme Schlucker zu ihr gehören. Die polizeiliche Brüskierungstaktik kann leicht zur Folge haben, daß sich diese Kolonie, angeekelt und unsicher gemacht, ganz erheblich verringert, weit über das von der Polizei unmittelbar angestrebte Maß hinaus. Vielleicht regt das unsere bürgerlichen Zeitungen zu einem Protest gegen die Polizei und die preußische Regierung an.

Wir fragen, wie wir schon gestern fragten:

Wird sich auch nur ein Freischärler des deutschen Bürgertums dem Kulturkampf gegen die erneute Russenschmach anschließen? —

• • •

Deutsches Reich.

Ein neues Tendenzurteil.

Die Leipziger Klassenjustiz hat, wie wir gestern schon kurz gemeldet, am Mittwoch gegen den verantwortlichen Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, den Genossen Kressin, ein Urteil gefällt, das sich offen als Tendenzurteil gibt.

In ihrer Nummer 17 vom 22. Januar brachte die „Leipziger Volkszeitung“ einen Artikel, überschrieben „Eine Erbärmlichkeit“, worin es als Beweis der politischen Verlumpung des deutschen Bürgertums bezeichnet wurde, daß ein Mann von dem geistigen Kaliber eines Liman, des „Hof“redakteurs der „Leipziger Neuesten Nachrichten“, zu seinen politischen Heerführern zählen könne. Die Veranlassung zu dieser Charakterisierung dieses bürgerlichen Preßhelden hatte der „Leipziger Volkszeitung“ ein Artikel Limans in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ über den „roten Sonntag“ gegeben, worin er die Genossinnen Wera Sassulitsch und Klara Zetkin in der erbärmlichsten Weise beschimpfte und verhöhnte. Zum Schluß wurden die Arbeiter aufgefordert, ein solches Blatt aus ihrem Hause hinauszuwerfen, denn der Geldbeutel sei die empfindlichste Stelle, wo solches Preßgelichter getroffen werden könne.

Durch diesen Artikel fühlte sich die literarische Größe des Leipziger Spießertums so sehr in ihrer politischen Makellosigkeit verletzt, daß sie zum Kadi lief, um sich dort bescheinigen zu lassen, daß sie ein braves Lämmlein sei, das nie ein Wässerchen getrübt. Jawohl, derselbe Herr, der auf Befehl des Zeitungsindustriellen Herfurth in Leipzig in dessen Inseratenplantage die Sozialdemokraten und ihre Führer in der gewünschten Weise zu beschimpfen und zu beleidigen hat, und zwar aus dem sicheren Verstecke der Anonymität, dieser Mann ging hin und erhob gegen unseren Genossen Kressin von der „Leipziger Volkszeitung“ Privatklage.

Doch lassen wir jetzt den Bericht über den Prozeß folgen:

Vor Eintritt in die Verhandlung beantragte Rechtsanwalt Dr. Hübler die Ladung des Professors Delbrück als journalistischen Sachverständigen darüber, daß der Privatkläger kein Politiker sei, sondern seine Sache nur aus persönlichen Motiven führe. Ferner beantragte er die Verlesung aller der Nummern der „Neuesten Nachrichten“, in denen Liman die Sozialdemokratie und speziell Mehring beschimpfte. Liman protestierte gegen Delbrücks Ladung, da er verschiedentlich mit ihm polemisiert habe. An seiner Stelle schlage er den Chefredakteur Rippler von der „Täglichen Rundschau“ vor. Dr. Hübler übergab als Beweismaterial für die Gemeinheit, womit in den „Neuesten Nachrichten“ die Sozialdemokratie und einzelne ihrer Führer verunglimpft werden, dem Gerichte die Nummern dieses Blattes vom 5. Dezember bis zum 22. Januar. In einem dieser Artikel werde von einem intimen Verhältnis zwischen Rosa Luxemburg und Stadthagen gesprochen, Ledebour werde als Bursche bezeichnet. Weiter heiße es, Priester Gapon diniere in Monte Carlo mit Dirnen, wobei Singer als Schutzheiliger dieser Sorte Sozialdemokraten bezeichnet werde.

Der Vorsitzende bemerkte, daß auch ihm der Artikel über Rosa Luxemburg und Stadthagen noch im Gedächtnis sei. Darauf fiel Liman ein, es gehe den Angeklagten Kressin doch gar nichts an, wenn er andere beleidigt habe. Sollte er das schon seit Jahren getan haben, weshalb hätten ihn dann die betreffenden Sozialdemokraten nicht verklagt? Er würde selbst heute auf den Einwand der Verjährung verzichten. Darauf erwiderte Kressin, er sei Sozialdemokrat und verantwortlicher Redakteur, Liman habe aber nicht den Mut, die „Neuesten Nachrichten“ zu zeichnen. Liman erwiderte, die „Volkszeitung“ habe von ihm als von einem Affen auf dem Leierkasten gesprochen, er sei der Angegriffene. Die Herren Stadthagen und Mehring gehe der Prozeß nichts an.

Das Gericht lehnte die Verlesung der von der Verteidigung vorgelegten Nummern der „Neuesten Nachrichten“ ab, mit der Begründung, es sei **gerichtsbekannt, daß die „Leipziger Volkszeitung“ ihre politischen Gegner persönlich beleidige.**

Rechtsanwalt Dr. Hübler betonte, wohl könne das Gericht der Meinung sein, daß der Artikel, der den Gegenstand der Privatklage bilde, beleidigend sei, aber er sei gegen einen Gegner gerichtet, der die gröblichsten Beschimpfungen gegen Redakteure und Mitglieder der sozialdemokratischen Partei geschleudert habe. So sei Rosa Luxemburg beschimpft worden, obgleich sie den Mut gehabt hat, in der für sie so gefahrvollen Situation nach Rußland zu gehen. Aehnlich sei Frau Klara Zetkin von dem Privatkläger behandelt worden.

Mehring sei als ein Mann bezeichnet worden, dessen Traum es sei, wie Marat von seinem Redaktionssessel über Leichen zu blicken. Wenn solche Dinge geschrieben würden, müsse dem Redakteur eines sozialdemokratischen Blattes die Galle überlaufen. Ein solcher Hetzer habe auf persönliche Schonung keinen Anspruch mehr, und der Sozialdemokrat befinde sich in der Abwehr.

Liman bemerkte, der Artikel, worin er beleidigt worden, sei keine politische Polemik, sondern ein Konkurrenzmanöver. Er enthalte keinen Funken politischen Idealismus, sondern sei ein Versuch, sich durch persönliche Herabsetzung des Konkurrenten persönlichen Gewinn zu verschaffen.

Kressin bezeichnete die Ausführungen von dem Konkurrenzmanöver als puren Unsinn, da die Ueberschüsse der „Leipziger Volkszeitung“ der Partei zu gute kämen, während die Ueberschüsse

der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ in die Tasche eines Privatunternehmers flössen. Liman habe fortgesetzt mit Kot nach der Sozialdemokratie geworfen. Aus Empörung darüber habe er den Artikel, dessentwegen Liman Klage erhoben, aufgenommen.

Das Urteil lautete, wie bekannt, auf einen Monat Gefängnis. Der Artikel sei eine Kette der gröbsten Beschimpfungen und wirke bedenklich verrohend. Es sei gerichtsbekannt, daß der „Leipziger Volkszeitung“ fortgesetzt mit den schärfsten Waffen gegen ihre politischen Gegner kämpfe. Deshalb habe das Gericht auf Freiheitsstrafe erkannt.

Wohl kaum jemals ist ein Tendenzurteil so offen von dem Gericht als solches bezeichnet worden wie hier. Also deshalb die drakonische Strafe, weil die „Volkszeitung“ ihre Gegner fortgesetzt mit den schärfsten Waffen bekämpft! Nicht oder nur nebensächlich kam die Handlung des Angeklagten selbst bei Ausmessung der Strafe in Betracht.

Nur munter so weiter. Wir profitieren dabei nur. —

* * *

Die nach dem vorstehenden Berichte über Genossin Rosa Luxemburg von dem Liman verbreitete Lüge charakterisiert diese Sorte Tintenkulis der Blätter vom Schlage der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ zutreffender, als es die mit einem Monat Gefängnis geahndete außerordentlich zurückhaltende Kritik der „Leipziger Volkszeitung“ vermochte. Besonders hervorheben würde ich nicht, daß das, was der Liman geschrieben hat, erlogen ist, wenn nicht der sächsische Schöffenrichter hervorgehoben hätte, daß er das von ihm freilich nicht als Lüge gekennzeichnete Limansche Machwerk selbst gelesen habe. Daß unter seinem Vorsitz eine Beleidigung des mit Schwindel und Verdächtigung hausierenden Liman wie geschehen taxiert ist, erklärt sich meines Erachtens lediglich durch die dem Gefühl für Wahrheit abgewendete Voreingenommenheit, in die sonst wohl nur Leute mit sehr geringer Erfahrung durch die Lektüre Limanscher Pöbeleien getrieben werden können.

Artur Stadthagen.

Gamaschenknöpfe.

In der „Kreuz-Ztg.“ bekrittelt der von uns erst kürzlich als trauriger Ignorant entlarvte Generalmajor a. D. C. v. Zepelin die Kritik, die im Reichstag von unberufener Seite an der Armee geübt worden sei. Namentlich die sozialdemokratische Kritik hat es dem Manne angetan. Trotzdem er behauptet, daß die „Redereien der Herren Bebel, Ledebour und der anderen Strategen des „Vorwärts““ „nicht besser und kürzer zu charakterisieren“ seien, als dies Oberst Deimling „in markiger Weise“ getan habe, kann er es sich seltsamerweise nicht versagen, diese „markige“ Kritik durch ein breites und lendenlahmes Geschwätz zu vertiefen.

So polemisiert er weitschweifig gegen die von dem Genossen Ledebour und dem „Vorwärts“ vollzogene Brandmarkung jener generalstäblerischen Albernheit, die in dem Satze gipfelte: „Unsere Gegner (nämlich die Hereros) standen an Gewandtheit und Schnellfertigkeit den von den Engländern bekämpften Buren nicht nach. An kriegerischem Wert und Entschlossenheit des Handelns übertrafen sie diese sogar bei weitem.“ Aber es fällt dem Manne dabei gar nicht ein, die von uns angezogenen kriegsgeschichtlichen Tatsachen aus dem Burenkrieg etwa entkräften zu wollen. In solche geistigen Unkosten stürzt sich Generalmajor Zepelin ebenso wenig wie Oberst Deimling. Dafür schimpft er aus vollem Halse auf die Vaterlandslosigkeit der Sozialdemokratie, die für die Buren und gegen den deutschen Generalstab Partei ergreife und die Taten der deutschen Soldaten hämisch herabsetze.

Es müßte wirklich traurig um die Leitung der deutschen Armee aussehen, wenn die Herren Zepelin, Deimling und der Verfasser des obigen Satzes aus dem Generalstabswerk über den Hererokrieg als Typen aufzufassen wären. Denn jeder einsichtige Offizier müßte uns geradezu dankbar sein für die Geißelung jener abgeschmackten und im Grunde ganz unsoldatischen Renommiersucht, die einen Kolonialkrieg, wie ihn andere Kolonialmächte unzähligemale geführt haben, zu einer unvergleichlichen nationalen Ruhmestat aufbauscht und sich dadurch vor aller Welt lächerlich macht. Zumal diese Renommiersucht sich obendrein darin gefiel, die Leistungen dritter in skandalöser Weise herabzusetzen.

Es hat aber in der Tat fast den Anschein, als ob wir glücklich wieder da angekommen wären, wo das preußische Offizierkorps vor hundert Jahren angekommen war: in einem Zustande blinder Selbstvergötterung und bornierter Gamaschengläubigkeit, der dann urplötzlich in den fürchterlichsten Katzenjammer umschlug! —

Parteigemengsel.

Die „Deutschen Stimmen“ charakterisieren mit beißender Ironie die beiden deutschen Reichstags-„Parteien“: Deutsche Reformpartei und Wirtschaftliche Vereinigung. Da heißt es:

„In der äußersten Ecke des Sitzungssaales, rechts vom Präsidenten gesehen, haben sich zwei Gruppen gebildet, die als solche auch in der „Fraktionsliste“ des Reichstages aufgeführt sind und in einem Maße die Aufmerksamkeit auf sich lenken, das im umgekehrten Verhältnis zu ihrer ziffernmäßigen Bedeutung steht. Das Mißverhältnis wird ein geradezu schreiendes, wenn man die „Einheitlichkeit“ dieser Gruppen zum vergleichenden Maßstab nimmt. Da ist zunächst die Deutsche Reformpartei, — deren geistiges Haupt früher Herr Zimmermann aus Dresden war, jetzt aber Herr Bruhn zu werden scheint, — sechs Mann an der Zahl, jeder eine Partei für sich. Einig sind sie wenigstens im Rassenantisemitismus. Da dieser aber niemals Gegenstand der Beratung im Reichstag wird, kommt die Einheit dieser „edlen Sechs“ nie recht zur Geltung. Schon auf dem Gebiete der „Mittelstandspolitik“, das sie agitatorisch besonders abgrasen, schillern sie in allen Farben, vom reinsten Zünftlertum bis zur flachesten Phraseologie, aus der praktische Ziele überhaupt nicht heraus zu finden sind. In allem übrigen reden und stimmen sie bald so, bald so, wie's trifft. Und leben in glückseliger Programmlosigkeit dahin.

Etwas mehr tritt die Fraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung mit 14 Mitgliedern und 1 Hospitanten hervor. Da begegnen wir 6 Deutschsozialen (Krösell, Lattmann, Liebermann v. Sonnenberg, Raab, Graf Reventlow, Schack); 4 Repräsentanten des Bundes der Landwirte (Stauffer-Pfalz, Vogt-Crailsheim, Vogt-Hall, Dr. Wolff-Stuttgart); 2 Christlichsozialen (Stöcker, Dr. Burckhardt); 2 Vertretern des niederbayerischen Bauernbundes (Bachmeier, Mittermeier) und 1 Braunschweiger Welfen (v. Damm) als Hospitanten. Eine „Vereinigung“ ist dies auf alle Fälle, — „wirtschaftlich“ ist sie wohl auch, wenigstens treibt sie politisch eine Wirtschaft zum Ergötzen. Daß sie den Anspruch erhebt, als „Fraktion“ beachtet und bewertet zu werden, ist jedenfalls das Ergötzlichste . . .“

Am Beispiel der Abstimmungen vom 27. März d. J. (Antrag Ablaß zur Flottengesetznovelle) wird dann gezeigt, wie 3 Mitglieder der Wirtschaftlichen Vereinigung gegen, 3 für den Antrag Ablaß stimmten. Vom schäbigen Reste der „W. V.“ fehlten 4 Mann unentschuldigt, 2 waren krank, einer beurlaubt, einer entschuldigt.

Schließlich weist der zitierte Artikel darauf hin, daß am 28. März bei der Abstimmung über die Gültigkeit oder Ungültigkeit der Wahl Bassermanns Herr Dr. Wolff für Ungültigkeit stimmte (die 3 anderen Landwirtebündler fehlten), während sämtliche sonst anwesenden Mitglieder der „W. V.“ selbstverständlich für Gültigkeit der Wahl Bassermanns eintraten.

Ein liebliches Stilleben! —

Bestrafter Patriotismus. Etwas ganz Ungeheuerliches hat sich in Elbing ereignet; alle Staatsstützen werden darüber in helle Empörung geraten. Es sind nämlich elf Polizisten bestraft worden, weil sie an einer patriotischen Feier teilgenommen haben. Und das kam so! Am Abend vor der Silberhochzeit des deutschen Kaiserpaares veranstaltete der Elbinger Kriegerverein einen Umzug durch die Stadt. Als er ins Vereinslokal einrückte, um beim Gerstensaft den hohen Tag festlich zu beschließen, lud der Vorsitzende des Vereins die Polizeisergeanten von Elbing zu dem Feste ein. Elf Polizisten hatten soviel Patriotismus, der Einladung Folge zu leisten. Doch sie sollten dafür büßen, denn das städtische Oberhaupt betrachtete das Mitfeiern des patriotischen Festes als „Dienstvergehen“ und verhängte über die Polizisten Strafen von 1,50—3 M. Die armen Kerle, die ohnehin ein geringes Einkommen haben, sind beim Oberbürgermeister vorstellig geworden behufs Zurücknahme der Strafverfügungen. Doch das Herz des gestrengen Herrn hat sich nicht erweichen lassen. Die Strafe soll durchaus bezahlt werden. Hoffentlich wenden sich die Polizeisergeanten noch schnell nach Berlin; von hier aus dürfte ihnen rechtzeitig geholfen werden. Denn sonst besteht die Gefahr, daß die elf Polizisten ihren Patriotismus, der jetzt schon wesentlich abgekühlt sein muß, an den Nagel hängen. —

Die Reichstagsersatzwahl in Hannover-Linden ist auf den 22. Juni festgesetzt. Wie der „Voss. Ztg.“ berichtet wird, planen die Nationalliberalen eine Unterstützung der Welfen.

„Wenn sämtliche Parteien, also auch das Zentrum, sich auf einen Kandidaten vereinigen, so wird ungefähr die Zahl der Stimmen zusammenkommen, die der sozialistische Abgeordnete früher in Hannover erhielt. Man rechnet ferner damit, daß im Lager der Sozialdemokraten eine Zersplitterung der Stimmen eintritt: es verlautet hier, daß die Parteileitung den Rechtsanwalt Liebknecht als Kandidaten aufstellen werde. Sollte das zur Tatsache werden, so dürfte eine starke Meinungsverschiedenheit in der Partei zutage treten, denn die hiesigen Sozialdemokraten bestehen darauf, daß ein Mann aus ihrer Mitte gewählt werde.“

Unserer Partei kann es gleich sein, ob die reaktionären Gruppen sich zu einem nationalliberal-welfisch-klerikal-konservativen Gemisch zusammenfinden; denn wir dürfen darauf rechnen, aus eigener Kraft zu siegen. —

Kolonialfreuden. Einige Briefe eines Mannes, der hoffnungsfreudig nach Afrika auszog, sind der „Königsberger Volks-Zeitung“ zur Verfügung gestellt worden. Aus den Schreiben geht hervor, daß der Betreffende bald merkte, wie trostlos es in den Kolonien ist. Der erste Brief wurde an Bord des Schiffes auf der Ueberfahrt geschrieben und trägt den Datum vom 6. Februar d. J. Die markantesten Stellen seien hier wiedergegeben:

Liebe Eltern!

„. . . Wir haben vom 1. bis 6. eine sehr große Hitze gehabt; es waren 42—48 Grad. Im Winter ist das gerade genug. Es liegen von der Schutztruppe 20 Mann krank und zwei wurden gestern über Bord versenkt, die an Hitzschlag gestorben sind. Der eine schrieb gerade an seine Braut. Mir ist es so, als wenn ich schon zwei Jahre von Hause bin, und es sind doch nur erst einige Tage. Zwei Mann muß ich mit Essen unterhalten. Der eine hat sieben, der andere 10 Tage bei Wasser und Brot. Sie kommen wegen der großen Hitze alle zwei Stunden 20 Minuten heraus.“

Der zweite Brief ist am 16. Februar d. J., kurz nach der Landung in Lüderitzbucht geschrieben. Es heißt in demselben:

Liebe Eltern!

„. . . Das Land ist eine Wüste. Es sind nur Berge und Berge, und Sand und Felsen zu sehen. Die Arbeitszeit ist von 6 Uhr morgens; von 11 bis 3 Uhr ist Mittag und dann wird wieder bis 6 Uhr abends gearbeitet. Ist die Sonne untergegangen, dann ist es sehr kalt. Zur Arbeit sind auch Gefangene da. Die Hälfte sind Frauen und Kinder. Die Frauen müssen wie die Männer arbeiten und das Essen ist Reis und Mehl. Ich gebe mein Essen sehr viel weg. Ich kann das nicht mit ansehen, es ist zum Weinen. Wir haben in der Schmiede auch 20 Schwarze, aber die haben es gut. Wir schlagen sie nicht wie die Schachtmeister. Eine Flasche Bier kostet 80 Pf. Das Essen den Monat 90 M.“

Im dritten Brief, der am 1. März d. J. geschrieben ist, schildert der Schreiber, daß er schon 10 Tage an der Ruhr im Lazarett gelegen hat.

Die Professoren gegen die Schulverpfaffungsvorlage. Der Protest, den 27 deutsche Universitätsprofessoren gegen die Schulverpfaffungsvorlage erhoben hatten, ist nicht nur von den reaktionären Parteien, sondern auch von der Regierung als unbefugte politische Einmischung einiger gelehrter Querköpfe höhnisch abgetan worden. Wie nunmehr der „Köln. Ztg.“ aus akademischen Kreisen mitgeteilt wird, sollen sich inzwischen gegen 900 weitere Professoren dem Protest angeschlossen haben. Von dem Protest einer kleinen Minderheit kann also jetzt nicht mehr gesprochen werden. Daß aber der Protest politisch wirksam sein wird, ist trotzdem nicht anzunehmen.

Die Herren Akademiker irren sich eben ganz gewaltig, wenn sie sich einbilden, sie brauchten bloß einmal ihre Unterschrift unter ein Protestzirkular zu setzen, um der Regierung und den Parteien Respekt einzuflößen. Wenn es den Herren faktisch ernst ist mit ihrer Abwehr der reaktionären Volksverdummungsbestrebungen, so müßten sie ihre Gegnerschaft gegen diese reaktionären Tendenzen konsequent und energisch betätigen. Sie dürften dann nicht politisch indifferent bleiben oder gar, wie das vielfach der Fall ist, Parteien unterstützen, die, wie die Nationalliberalen, der Schulverpfaffung durch ihre verräterische Kompromisselei selbst den Weg geebnet haben. Da aber die Herren Professoren sich in ihrem engen Gelehrtendünkel um die Politik entweder überhaupt nicht kümmern oder aber sogar den reaktionären Parteien politische Handlangerdienste leisten, so wird ihnen nur die verdiente Behandlung zuteil, wenn man jetzt über ihren Protest als das belanglose Dokument eines Häufleins unklarer Ideologen mit Achselzucken zur Tagesordnung übergeht! —

Ultramontaner Schwindel! Die „Germania“ erklärt den Protest der Professoren gegen die Schulverpfaffung für einen Beweis gröblicher Intoleranz, da sie, die Toleranten, freiheitlich Gesinnten, dem Volke ihren Willen aufzwingen wollen, während „die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung die konfessionelle Schule will.“ Das ist eine überaus dreiste Behauptung, für die das Zentrumsblatt auch nicht den Schatten eines Beweises zu erbringen vermag. Man brauchte nur das preußische Abgeordnetenhaus aufzulösen und die Neuwahlen unter dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht stattfinden zu lassen, um die Schulverpfaffungsvorlage in den Orkus zu befördern! Das weiß das Zentrum auch ganz genau, daher seine Abneigung gegen eine demokratische Wahlreform! —

Das Beschwerderecht des Soldaten. Vor dem Königsberger Kriegsgericht stand dieser Tage der Kanonier Kiauke von der 8. Kompagnie des Artillerie-Regiments von Linger Nr. 1 wegen Fahnenflucht und Unterschlagung von 95 Pfennigen angeklagt. Der Angeklagte, ein etwas beschränkter Rekrut, hatte sich am 31. Januar von seiner Truppe entfernt und dabei 95 Pf. unterschlagen, die er von einem Kameraden bekommen hatte, um etwas zu besorgen. Am 12. März ist er verhaftet worden, nachdem er versucht hatte, sich Zivilkleider zu verschaffen. Als Grund für seine Flucht gab der Angeklagte vor Gericht an, daß er von den „alten Leuten“ auf der Stube zu sehr dressiert worden sei. Er habe allen die Stiefel putzen und die Kleider in Ordnung bringen müssen. Ebenso habe man ihn fortgesetzt zum Reinigen der Stubenutensilien gezwungen. Auf die Frage des Verhandlungsleiters, warum er sich nicht beschwert habe, entgegnete der Angeklagte, daß er Angst gehabt hätte, sich zu beschweren!

Das Gericht verurteilte den Soldaten zu **sechs Monaten und einen Tag Gefängnis** und Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes.

Der Vesuv und die Politik.

Die „Berl. Neuest. Nachr.“ hatten bekanntlich erklärt, daß Deutschland sich für Italiens Verhalten in Algeciras dadurch räche, daß es bei der Vesuvkatastrophe alle Gebote werktätiger Humanität ignoriere. Und das führende Zentrumsblatt, die „Germania“, hatte sich dies Bekenntnis zur ungeheuerlichsten Barbarei zu eigen gemacht — mit dem Erfolge, daß ein Schrei der Empörung durch ganz Italien, ja durch die ganze zivilisierte Menschheit ging. Vergebens sucht jetzt die Zentrumspresse den unerhörten Roheitsausbruch ihres Hauptorgans vergessen zu machen. So schreibt heute die „Köln. Volksztg.“:

„So ist denn der Vesuv auch in Beziehung zur Politik gesetzt. Unrichtig ist freilich, daß die deutsche Presse es an Teilnahme für die vom Vesuv Geschädigten habe fehlen lassen, aber während seinerzeit in den Komiteeaufrufen zugunsten der Opfer der Erdbeben in Kalabrien das Dreibundverhältnis Italiens, also ein politischer Grund geltend gemacht wurde, scheint es, daß jetzt aus einem politischen Grunde keine Komitees sich bilden. Wir meinen, in dieser Sache habe nur die Menschlichkeit zu sprechen, und es heiße sich jetzt oder für die damalige Zeit kein besonders gutes Zeugnis geben, wenn man anders handelt als damals.“

Die „Köln. Volksztg.“ scheint also das führende Zentrumsorgan nicht zur Presse zu rechnen! Eine derartig feige Ableugnung schafft die Zentrumsschmach nicht aus der Welt! —

Ein empörender Justizirrtum. Die Mannheimer „Volksstimme“ erzählt die Leidensgeschichte des Elektromonteurs Albert Schlicht, der neun Tage unschuldig in Untersuchungshaft saß. Schlicht wurde am 30. März frühmorgens verhaftet. Statt daß der Mann, wie es die Strafprozeßordnung vorschreibt, spätestens 24 Stunden nach seiner Verhaftung dem Richter vorgeführt wurde, geschah dies erst am 4. Tage. Dem Manne wurde dabei eröffnet, daß er beschuldigt sei, in der Nacht vom 5. auf 6. Februar vorigen Jahres in Berlin-Rüdersdorf einen Einbruch begangen zu haben. Schlicht war in der Lage nachzuweisen, wo er um jene Zeit sich auf Montage befand und wies sein Alibi auch in einer Protesterklärung an das Berliner Landgericht II nach. Nach der Vernehmung wurde er wieder abgeführt. Vier Tage später eröffnete ihm der Richter, daß ein Irrtum vorliege. Es handle sich um den Februar dieses Jahres (1906.) Nun arbeitete aber der Mann schon seit Anfang Dezember v. J. in Mannheim bei der „Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft“. Er hatte dies auch bei der ersten Vernehmung zu Protokoll gegeben. Aber erst andern Tags wurde Schlicht auf freien Fuß gesetzt, und der Herr Amtsrichter erklärte, daß er wohl die beiden Jahre verwechselt habe, die Hauptschuld aber das Landgericht Berlin II treffe. Als skandalöse Begleitumstände führt das Blatt noch an, daß ein Brief Schlichts an seine Hausfrau, worin der Verhaftete um frische Wäsche bat, nicht abgeschickt, daß seine Firma von seiner Verhaftung nicht benachrichtigt wurde und seinem Hauswirt ein Kriminalpolizist bemerkte, er könne das an Schlicht gemietete Zimmer ruhig weiter vermieten, seine Sachen werde er wohl nie wieder brauchen! —

Personentarifreform. Die Arbeiten zur Reform der Eisenbahn-Personentarife sollen nach dem Bericht der „Schles. Ztg.“ wieder einen Schritt vorwärts gerückt sein. Nach ihrer Behauptung hat der Minister der öffentlichen Arbeiten die Eisenbahndirektion Berlin beauftragt, die einschlägigen Arbeiten, so weit sie Reglements und Tarife betreffen, der ständigen Tarifkommission zu unterbreiten und die Angelegenheit so zu beschleunigen, daß sie noch in diesem Jahre der alljährlich im Dezember tagenden Generalkonferenz der deutschen Eisenbahnen zur Beratung und endgültigen Beschlußfassung vorgelegt werden kann. Ferner sind sämtliche Eisenbahndirektionen angewiesen worden, an die Umarbeitung der Personentarife auf der bereits früher angekündigten Grundlage heranzugehen. Hierbei dürften allerdings die Vorschläge des Landeseisenbahnrates, der Berliner Handelskammer und der Vorstände verschiedener kaufmännischer Vereine, betreffend Abänderung des Gepäcktarifes, in keiner Weise Berücksichtigung finden.

Man darf nach diesen bedeutenden Fortschritten darauf rechnen, daß in den nächsten zehn Jahren doch vielleicht noch so etwas wie eine Personentarifreform zustande kommt.

Ausland.

Ungarn.

Koulissenschieber.

Budapest, 19. April. (B. H.) Nur durch eine Indiskretion ermöglicht — veröffentlichte abends das Koalitionsorgan den Wortlaut des vom Monarchen und Baron Fejervary unterzeichneten Manifestes an die ungarische Nation, in dem das Unterbleiben der Neuwahlen mit der gegenwärtig herrschenden Stimmung und damit begründet wird, daß die verbündeten Parteien die Regierung ohne Beeinträchtigung der Herrscherrechte nicht übernehmen wollten. Das Manifest versichert die Nation aller bisherigen Freiheiten und stellt die Vornahme der Wahlen in ruhigeren Zeiten in Aussicht. Dieses Manifest sei in mehreren Millionen Exemplaren gedruckt und zur Versendung bereit gewesen, als plötzlich der Friede zu stande kam. Die Exemplare wurden der Regierung übergeben, wobei ein Exemplar abhanden gekommen ist.

Es ist recht gut, daß dergleichen Manifestexemplare auch mal „abhanden kommen“. So sieht das Volk doch wenigstens, wie seine Regierer bei ihnen passend scheinender Gelegenheit Verfassung Verfassung sein lassen.

Die Ungarn werden gut tun, sich diesen Vorfall ins Gedächtnis zu schreiben.

Frankreich.

Der Ausstand der Kohlengräber.

Die Scharfmacher haben ihr Ziel erreicht. Ihrem Verlangen gemäß ist massenhaft Militär aufgeboten, und da dieses aggressiv vorgeht, so kommt es zu immer schärferen Zusammenstößen. Diese Gelegenheit machen sich unsaubere Elemente zunutze, um zu plündern und zu stehlen. Am Mittwoch kam es zu blutigen Konflikten, bei denen vielfach Militärpersonen durch Steinwürfe verletzt wurden. Die Ausständigen errichteten Barrikaden, die Soldaten gingen mit scharfer Waffe vor. Clemenceau hatte eine Unterredung mit den Grubendirektoren, aber den Arbeitervertreter Basly zu empfangen, weigerte er sich!

Im Becken des Departements Pas de Calais sind 17 000 Soldaten aufgeboten. Eine telegraphische Meldung aus Lens vom 19. April lautet:

Das Syndikat der Grubenarbeiter, an dessen Spitze die Deputierten Basly und Lamendin stehen, richtete an die Grubenarbeiter einen Aufruf, in dem die während der Streikunruhen vorgekommenen Diebstähle und Plünderungen auf das schärfste verurteilt werden. Ein solches Vorgehen könne die Opfer, welche die Grubenarbeiter brächten, um sich eine bessere Stellung zu erobern, nur aufs Spiel setzen. — Der Aufruf schließt mit der Mahnung an die Grubenarbeiter, sich ruhig zu verhalten und den fremden Agitatoren zu mißtrauen. —

England.

Um die Schulvorlage.

Die Pfaffen Englands rüsten zum Kampfe gegen das von uns am 15. d. M. bereits in seinen Grundzügen dargelegte Birrelsche Schulgesetz. Die Anglikaner vornehmlich sind aus dem Häuschen geraten, da sie ihre Privilegien bedroht sehen. Sie wollen durch

Abhalten von Versammlungen einen Proteststurm entfachen. Am 11. Mai soll der Rummel mit einem großen Eröffnungs-Meeting in London beginnen, dem die Bischofsgarde Versammlungen in allen Teilen Londons und in den Provinzen folgen lassen will, damit die Eltern über die große „Gefahr" aufgeklärt werden, die ihren Kindern — vergeblich — droht: „Mit Gottes Hülfe" hoffen die anglikanischen Hirten samt ihren Schafen den schweren Kampf in ihrem Sinne durchzufechten.

Auch die Katholiken Englands rücken an. Der Erzbischof von Westminster will, umringt von katholischen Deputierten aus Irland, am 5. Mai in London ein großes Meeting abhalten, um besonders dem kirchenfeindlichen Sozialismus das Fell zu verbohlen.

Uebrigens sind die englischen Sozialisten natürlich mit der Vorlage des Herrn Unterrichtsministers Birrel durchaus nicht voll einverstanden. So hat z. B. Snowden bereits erklärt, daß Birrels Entwurf eine Halbheit bedeute und daher von Englands Arbeiterschaft bekämpft werden müsse. —

Gewerkschaftliches.

Maifeier und Unternehmer.

Wie alljährlich, so üben sich auch in diesem Jahre wieder verschiedene Unternehmergruppen in allerhand schönen Beschlußfassungen über zeitweise Aussperrungen von Arbeitern, die den 1. Mai feiern. So beschloß jüngst die Generalversammlung des Verbandes der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten (E. V.), dieselben Maßregeln zu ergreifen wie im vorigen Jahre, nämlich:

Alle diejenigen Arbeiter, die am 1. Mai feiern, sofort unter Rückgabe von Buch und Karte zu entlassen und vor dem 3. Mai nicht wieder einzustellen.

Die Herren Unternehmer wissen zwar, daß derartige Beschlüsse der Maifeier auch nicht den allergeringsten Abbruch tun. Törichterweise aber glauben sie noch immer, es ihrer „Ehre" als staatserhaltende „Arbeitgeber" schuldig zu sein, die fruchtlosen Aussperrungsdrohungen jedes Jahr zu wiederholen. Die Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter werden denn auch diesmal den Beschluß achselzuckend zur Kenntnis nehmen und — das Maifest feiern.

Recht rabiat gebärdet sich auch die „Freie Vereinigung der Holzindustriellen Berlins". Bei näherem Zusehen aber steckt nichts dahinter. Der Beschluß lautet:

Der 1. Mai ist unter keinen Umständen freizugeben. Allen Mitgliedern wird die Verpflichtung auferlegt, diesen Beschluß durch Anschlag in den Fabrikräumen usw. den Arbeitern zur Kenntnis zu bringen und für strikte Durchführung zu sorgen. Das Nähere wird allen Mitgliedern durch Zirkulare mitgeteilt werden.

Mit anderen Worten heißt das: Freigeben werden wir den 1. Mai nicht, doch wenn die Holzarbeiter ihn trotzdem feiern, so — können wir nichts daran ändern. Das harmlose Vergnügen, für strikte Durchführung des Aushangs dieses Beschlusses pflichtschuldigst zu sorgen, werden die Holzarbeiter den Arbeitgebern mit Freuden gönnen.

Berlin und Umgegend.

Die Arbeit niedergelegt haben gestern in der Nähmaschinenfabrik von Frister u. Roßmann, Skalitzerstraße, sämtliche Holzarbeiter und Arbeiterinnen, sowie die Maschinenarbeiter, Packer und das Expeditionspersonal. Verursacht wurde die Arbeitsniederlegung dadurch, daß den Arbeiterinnen Lohnabzüge von rund 10 Proz. gemacht wurden, weil sie nach Ansicht des Chefs mit Löhnen bis zu 20 M. zu viel verdienten. Auch die Polierer sollten sich Abzüge gefallen lassen. Verhandlungen führten zu keinem befriedigenden Ergebnis. An dem Streik sind bisher zirka 120 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt.

Wie das Unternehmertum sich um seine tariflichen Verpflichtungen herumzudrücken sucht, davon lieferte die Brennspiritus-Gesellschaft zu Tempelhof jüngst einen drastischen Beweis. Diese Gesellschaft hat den Vertrieb für die bekannte agrarische Spiritus-Verwertungsgesellschaft und ist daher aus guten Gründen bestrebt, möglichst große Ueberschüsse herauszuwirtschaften. Im vorigen Jahre hatte nun der Transportarbeiter-Verband mit der Gesellschaft einen Tarifvertrag für die dortigen Geschäftskutscher abgeschlossen. Dem jetzigen Direktor mögen die Lohnvereinbarungen aber wohl zu hoch erschienen sein. Da er vertraglich nun nicht weniger zahlen konnte, umging er den Tarif, indem er eine Anzahl Kutscher entließ und den verbleibenden die Arbeit der entlassenen mit aufbürdete. Damit nicht genug, entließ er auch noch einige Lagerarbeiter und mutete den Kutschern zu, auch deren Arbeiten mit zu verrichten. So sparte er erheblich an Lohn und gerierte sich trotzdem als „tariftreu". Natürlich hatten die Kutscher nicht die mindeste Lust, sich eine derartige Ueberbürdung ihrer Arbeitskraft stillschweigend gefallen zu lassen, um so weniger, als sich der Umsatz steigerte und daher die Fahrtouren immer länger und ausgedehnter wurden. Als ihnen der Direktor obendrein noch zumutete, anstatt um 6 schon um 5 Uhr morgens die Arbeit zu beginnen und ihnen noch eine Frühstücksvergünstigung entzog, da riß ihnen die Geduld. Es kam zu Auseinandersetzungen, in deren Verlauf der Direktor mehreren Kutschern „tarifmäßig" kündigte — nur scheinbar, wie er später sagte, um sie in Willfährigkeit zu erhalten. Darauf kündigten aber auch alle übrigen Kutscher „tarifmäßig" ihr Arbeitsverhältnis, da sie „tarifmäßig" nicht sofort in den Streik treten konnten. Jetzt geriet der Herr Direktor allerdings in die Klemme, denn die Kündigung läuft am Sonnabend ab, und neue Kutscher bekommt er nicht. Er hat bereits an die Organisation geschrieben, daß sie ihm doch neue Kutscher besorgen möge, wenn die verflixte Kündigung nicht rückgängig zu machen sei, weil im Tarifvertrag stehe, daß, wenn die Kutscher abgingen, vom Arbeitsnachweis des Verbandes Ersatzkutscher besorgt würden. Der Verband dürfte dem Direktor aber begreiflich machen, daß die Kündigung nur dann zurückgenommen wird und Ersatzkutscher nur dann geschickt werden, wenn er die Gesamtzahl der Kutscher wieder den Arbeitsanforderungen entsprechend erhöht und ebenfalls wieder Hülfsarbeiter einstellt. Auch von der schlauen Spiritusgesellschaft läßt sich die Organisation eine derartige Umgehung des Tarifvertrags nicht gefallen.

Den neuen Malertarif hat jetzt auch die Innung für Köpenick-Friedrichshagen anerkannt. — In Berlin und den Vororten ist jetzt nach beendetem Streik die Arbeit überall wieder aufgenommen worden. Der Arbeitsnachweis des Malerverbandes hat zudem ungewöhnlich stark mit der Vermittelung von Arbeitskräften zu tun, was wohl zweifellos darauf zurückzuführen ist, daß während des Streiks so viele Arbeiten unvollendet liegen geblieben sind, die jetzt in beschleunigtem Tempo fertiggestellt werden müssen.

Deutsches Reich.

Achtung, Besteckarbeiter! Bei der Firma Franz Bahner, Silberwarenfabrik in Düsseldorf, sind 38 Besteckarbeiter in den Ausstand getreten. Es handelt sich bei dem Kampfe um die Verteidigung des Koalitionsrechts. Die Firma verlangte von den Arbeitern den Austritt aus dem Verbande, worauf diese die Kündigung einreichten. Wenn der Zuzug von auswärts ferngehalten wird, muß die Firma nachgeben. Zuzug von Besteckarbeitern, Schleifern, Vergoldern usw. ist deshalb fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Der Streik in der Zellstoffabrik Waldhof bei Mannheim ist beendet, nachdem gestern nachmittag durch Verhandlungen zwischen der Fabrikleitung und Vertretern der Arbeiterschaft eine Einigung herbeigeführt worden ist.

Ausland.

Die Streikbewegung in Frankreich.

Ministerpräsident Sarrien weigerte sich, die Abordnung der ausständigen Postunterbeamten zu empfangen; er erklärte, er wolle nicht Beamte bei sich sehen, die sich im „Aufruhr" befänden. (Huhu!)

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Zündholzfabriken haben im Prinzip beschlossen, in den Ausstand zu treten, wenn die Forderungen der Postunterbeamten nicht erfüllt und wenn die 800 entlassenen Beamten nicht wieder eingestellt werden.

Sämtliche vereinigte Gewerkschaften in Lorient haben für morgen den Generalausstand beschlossen.

Zur Erdbeben-Katastrophe in San Francisco.

Kaum sind die Schreckensnachrichten aus Italien verstummt, ist Amerika der Schauplatz einer Katastrophe geworden, wie sie noch niemals vorher in diesem Lande sich ereignet hat. **Zahlreiche Städte in Kalifornien sind zerstört, Tausende von Menschen sind umgekommen und viele Tausende obdachlos** und aller Existenzmittel beraubt. In Ergänzung unserer gestrigen Mitteilungen geben wir die inzwischen eingelaufenen weiteren Meldungen wieder:

New York, 18. April. Beim Eintritt der Dunkelheit nahmen die Schrecken der Erdbebenkatastrophe noch furchtbarere Gestalt an. Alle Gas- und Elektrizitätsleitungen waren unterbrochen und die Stadt war infolgedessen in Dunkelheit gehüllt. Der 11 Stockwerke hohe „Wolkenkratzer" des „San Francisco Chronicle" ist anscheinend das einzige derartige aus Eisen errichtete Bauwerk, das ohne Beschädigung davongekommen ist, während alle anderen Gebäude mit Stahlgerippe ihre Gestalt geändert haben. Das acht Stockwerke hohe Haus des „Examiner", das 20 Stockwerke hohe Gebäude des „San Francisco Call" und das 12 Stockwerke hohe Geschäftshaus der „Mutual Bank" liegen sämtlich in Trümmer. Zahlreiche Schiffe wurden bei jedem Erdstoß ans Ufer geworfen und von der zurücktretenden Flut dann wieder mitgenommen. Viele von ihnen treiben steuerlos auf die hohe See hinaus. Die Behörden befürchten entsetzliche Szenen für den Fall, daß das Feuer das Chinesenviertel erreicht, wo 20 000 **Chinesen auf einem kleinen Raum in Häusern zusammengedrängt sind,** die sämtlich aus sehr leicht brennendem Material gebaut sind. Auch hegt man Befürchtungen für das Leben des bekannten Opernsängers Caruso, der Frau Sembrich und der übrigen **Angehörigen der New York Metropolitan-Oper, die, 253 Köpfe stark,** im Palasthotel abgestiegen waren. Man hat von ihnen bisher nicht das geringste gehört.

Nach gestern hier eingetroffenen Depeschen aus Oakland sind die Mitglieder des Conried-Ensembles in San Francisco sämtlich gerettet worden.

In Tracy (Kalifornien) stürzten alle Fabrik- und Hauptschornsteine ein.

Die Stadt **Berkeley,** der Sitz der kalifornischen Staatsuniversität, steht in Flammen.

Die Regierung läßt schleunigst eine Verbindung durch drahtlose Telegraphie zwischen dem heimgesuchten Gebiete und der Goatinsel herstellen, da die Drahtleitungen beschädigt sind.

Die Stanford Universität in Palo Alto, die am reichsten dotierte Hochschule in den Vereinigten Staaten, ist nur noch ein Schutthaufen.

Die Stadt **San Jose,** 60 englische Meilen nördlich von San Francisco, steht in Flammen.

Das Staatsirrenhaus in Agnew bei San Jose ist eingestürzt und hat viele Insassen unter seinen Trümmern begraben.

Oakland (Kalifornien), 19. April. In Oakland treffen Flüchtlinge aus anderen kalifornischen Städten ein. Die Städte **Santa Cruz, Monterey, Gilroy und Mollister sind zerstört,** eine Anzahl von Menschen sind umgekommen, die Zahl der Toten in Santa Cruz soll bedeutend sein. Wie verlautet, sind 200 **Personen in Santa Rosa getötet und 10000 obdachlos. 120 Leichen** sind unter den Trümmern des Agnew-Irrenhauses in der Nähe von San Jose hervorgezogen, **weitere 150 befinden sich wahrscheinlich noch unter den Trümmern.** Die hiesigen Gebäude sind erheblich beschädigt, aber es sind keine gänzlich zerstört: Fünf Personen sind getötet. Die Schiffe im Hafen von San Francisco sind unversehrt, die Münze und die Handelsbörse in San Francisco sollen in Flammen stehen.

Die Zahl der in San Francisco Umgekommenen wird auf 3000 angegeben. Eine um 8 Uhr 45 Min. abends eingetroffene Depesche meldet, daß fast die ganze Stadt zerstört ist.

New York, 19. April. Ueber die Erdbebenkatastrophe in San Francisco sind noch fernere Meldungen eingetroffen: Unter zahlreichen anderen Gebäuden wurde auch das der Western Union and Postal Telegraph Company mit Dynamit in die Luft gesprengt, um eine weitere Ausdehnung des Brandes zu verhindern. Das Palace und das Grand Hotel sind eingeäschert. **Die meisten Theater,** darunter das Columbia- und das Orpheum-Theater, sowie das Grand Opernhaus sind infolge des Erdbebens **eingestürzt und dann in Brand geraten.** Die am Strande gelegenen Schuppen der Southern Pacificbahn sind eingestürzt, tausende Tonnen von Kohlen sind infolgedessen in das Meer geschüttet worden, die eingestürzten Gebäude sind meistens alte Holz- und Steingebäude, während die modernen Stahlbauten durch das Erdbeben weniger gelitten haben.

Das Waisenhaus in San Francisco ist eingestürzt. 200 Kinder wurden unter den Trümmern begraben. Auch die Gebäude der Leland Stanford-Universität liegen in Trümmern. Eine Volksherberge in der Siebenten Straße geriet nach ihrem Einsturz durch ausströmendes Gas in Brand, wobei 75 **Wohngäste umkamen.** Eine Mietskaserne in der Zehnten Straße flog ebenfalls durch Gasentzündung in die Luft. Dabei kamen 80 **Personen um.** Viele Menschen liegen unter den Trümmern der eingestürzten Häuser am Fischmarkt begraben.

Das Asiatenviertel in San Francisco ist vernichtet. Auch die Kirche und das College St. Ignatius, eines der größten Jesuiten-Institute, dessen Bau zwei Millionen Dollars gekostet hat, sind zerstört. Die letzten Berichte aus Palo Alto besagen, daß die steinernen Gebäude der Leland Stanford Junior University schwer beschädigt sind und daß viele Mauern Risse erhalten haben. Dagegen ist die auf der Ostseite der Bai von San Francisco belegene Staats-Universität von Kalifornien nicht sehr beschädigt.

New York, 19. April, 4 Uhr 57 Min. Aus Oakland wird weiter gemeldet: Während der Nacht sprang das Feuer auf die vornehmen Viertel von San Francisco über. Das von panischem Schrecken ergriffene Volk stürzte aus den Häusern heraus, seine tragbaren Wertgegenstände mit sich führend. Die Menge flüchtete sich in die Parks und auf die öffentlichen Plätze, alle Theater sind zerstört, der Verlust an Menschenleben wird niemals genau bekannt werden, da Hunderte den Tod in den Flammen gefunden haben. Menlopark und Burlingame, die beiden vornehmen Paläste, und die beiden vornehmen Vorstädte haben ebenfalls gelitten. Ferner sind auch Napa und Vallejo und alle Städte in der Umgegend der Bai beschädigt worden.

Zur Hülfeleistung sind nach der Unglücksstätte Truppen entsandt. Diese machen übermenschliche Anstrengungen, um die Ausbreitung des Feuers zu verhindern. Um 11 Uhr waren bereits 400 Leichen geborgen. Mehrere hundert Verletzte wurden in den Palast der Mechaniker gebracht. Für San Francisco allein beläuft sich der Materialschaden bereits auf über 200 000 000 Dollar. — Der „Evening World" zufolge sind in zwei Hotels, welche einstürzten, allein 250 Personen umgekommen. In der Valencia-Street ist ein Riß von 1 Meter Breite gebildet worden. Die Gleise der Straßen- und Eisenbahnen sind zerstört. In einem Teile der Stadt, wo zahlreiche Mietswohnungen sich befinden, beläuft sich die Zahl der Toten auf Hunderte. General Funston hat den Befehl über sämtliche Truppen übernommen. Es ist Befehl erteilt worden, **jeden niederzuschießen, der plündernd angetroffen wird.** Die Leichen und die Verwundeten werden in öffentlichen Gebäuden niedergelegt.

Eine Depesche des Generals Funston an das Kriegsdepartement verlangt Zelte und Lebensmittel für 200 000 Personen. Kriegssekretär Taft erwiderte, er habe die Entsendung von 200 000 Rationen aus den Kasernen in Vancouver angeordnet und werde die Lieferung von Zelten sofort veranlassen.

San Francisco, 19. April. Die St. Ignatius-Kirche steht in Flammen. Die Regierung verteilt Medikamente, Lebensmittel und Geld unter die Verunglückten. Unter den eingestürzten Gebäuden befinden sich die beiden Paläste der Zeitungen „Examinain" und „Call". Alle Journalisten, die sich in den beiden Gebäuden befanden, sind umgekommen.

New York, 19. April. Ein Telegramm aus Chicago meldet, daß die Versicherungsrisiken der Feuerversicherungs-Gesellschaften, die die in San Francisco **entstandenen Verluste zu decken haben werden,** sich auf etwa **250 Millionen Dollar belaufen.**

Eine spätere Meldung besagt:

Washington, 19. April, 6 Uhr 17 Minuten. General Funston telegraphierte heute dem Kriegsdepartement aus San Francisco, daß die Stadt tatsächlich zerstört sei.

Die französische und die italienische Regierung sowie der König von Italien haben der Regierung der Vereinigten Staaten ihrer Teilnahme an dem Unglück Ausdruck gegeben.

San Francisco, 19. April. (W. T. B.) Während der Nacht haben die Flammen **viele der schönsten Gebäude der City vernichtet.** Das Feuer ist dann in den verschiedensten Richtungen **nach allen Teilen der Stadt übergesprungen,** hat den Stadtteil der Nordküste ergriffen und sich im Süden über die Hafenstadt bis zum Strand der Bucht und über die Hügel nach der dritten und der Townsend Street weiter verbreitet. **Der ganze Distrikt der südlichen Market Street ist vollständig zerstört.** Wie weit das Feuer im Süden über den Kanal gegangen ist, läßt sich zurzeit nicht angeben, da dieser Stadtteil gänzlich abgeschnitten ist. **Fabriken und Geschäftshäuser liegen in Trümmern, alle Zeitungsdruckereien sind unbrauchbar geworden.**

New York, 19. April. (W. T. B.) **Aus allen Teilen des Landes kommen von den Bürgermeistern der Städte die großherzigsten Anerbietungen von Hülfe für San Francisco.** Der Stabschef, General Bell, hat die schleunige Sendung von Hülfsmitteln nach San Francisco von verschiedenen Plätzen angeordnet. Der Bürgermeister und der Präsident der Handelskammer von New York haben ihre Hülfe angeboten und gleiche Anerbietungen sind aus Philadelphia, Pittsburg, Duluth und Chicago eingegangen. Die nationale Gesellschaft vom Roten Kreuz hat beschlossen, Sammlungen zu veranstalten. Wie gemeldet wird ist das Feuer in San Francisco auch auf den Nobhill-Distrikt übergesprungen, in dem sich viele vornehme Privathäuser befinden.

Washington, 19. April. General Funston hat das Kriegsdepartement telegraphisch ersucht, so viel Zelte und Nahrungsmittel wie möglich zu senden, **da gegen 200 000 Menschen obdachlos und nur geringe Vorräte von Lebensmitteln vorhanden seien.** Alle Regierungsgebäude in der Stadt seien zerstört. Der Staatssekretär hat telegraphisch **10 Millionen Dollars von New York nach San Francisco überweisen lassen.**

New York, 19. April. Eine Nachricht aus San Francisco sagt bezüglich der telegraphischen Erkundigungen über **den Verbleib von Amerikanern und Ausländern,** die sich während der Katastrophe dort aufgehalten haben sollen, **daß solche Ermittelungen zurzeit wegen der herrschenden Verwirrung ganz unmöglich seien,** doch sei anzunehmen, daß die Besucher der großen Hotels sich meist hätten retten können.

Oakland, 19. April. (Meldung des „Reuterschen Bureaus.) Es besteht in der Tat **keine Hoffnung mehr, irgend einen Teil der Stadt zu retten.** Diejenigen, die bis jetzt noch auf einen schließlichen Erfolg der Feuerwehr gehofft haben, haben diese Hoffnung jetzt aufgegeben und fliehen verzweifelt vor den Flammen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein starkes Verlangen.

Hamburg, 19. April. (Privatdepesche des „Vorwärts".) Der Reederverein beschloß in einer Sitzung, nur mit einer Kommission, die aus aktiven Seeleuten besteht, zu verhandeln. **Weiter wurde in der Sitzung das Verlangen gestellt, den Vorstand des Seemannsverbandes neu zu besetzen, der nicht, wie der jetzige Vorstand, die Reeder maßlos angreift.**

Die Seeleute werden in einer am Freitag Abend stattfindenden Versammlung Stellung nehmen zu dem Verlangen der Reeder.

Beleidigte Polizeiverwaltung.

Mannheim, 19. April. (W. H.) Der Redakteur der sozialdemokratischen „Volksstimme", Emil Mayer, stand heute abermals vor dem Schwurgericht **wegen Beleidigung der hiesigen Polizeiverwaltung durch einen Bericht über die Demonstrationen am roten Sonntag.** Das Urteil lautete auf 150 M. Geldstrafe, eventuell 20 Tage Gefängnis.

Aussperrung.

Mannheim, 19. April. (W. T. B.) Infolge von Lohnstreitigkeiten hat die Direktion **der Rheinischen Gummi- und Celluloidfabrik Neckarau ihre Fabrik gesperrt.**

Die Unruhen im französischen Kohlenrevier.

Paris, 19. April. (W. H.) Der heutige Ministerrat beschäftigte sich mit der Lage im Ausstandsgebiet und faßte energische Maßregeln zur Unterdrückung der Unruhen. Die Regierung verfügte, **daß 5000 Mann Verstärkung in das Ausstandsgebiet abgehen. Der Bürgermeister von Lens weigerte sich, den Truppen Quartier zu geben.** Infolgedessen hat die Regierung selbst das Quartiermachen übernommen.

Bombensicher!

Petersburg, 19. April. (W. H.) **Heute wurde die gesamte hiesige Polizei mit kugelsicheren Panzern ausgerüstet.**

Reiche Beute.

Tiflis, 19. April. (Meldung der „Petersburger Telegraphen-Agentur".) Eine Bande von 12 Personen drang heute in das inmitten der Stadt belegene Gebäude der Landwirtschaftlichen Kreditgesellschaft ein und raubte 6000 Rubel in Silber und 6000 Rubel in Papier. Der Bankleiter wurde durch Schüsse tödlich, eine andere Person leichter verwundet. Außerdem wurde der Portier durch eine Bombe, die die Räuber beim Verlassen des Gebäudes zur Explosion brachten, getötet.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Neunter Parteitag der polnisch-sozialdemokratischen Partei (P. P. S.) in Deutschland.

Ueber die Verhandlungen, deren Ergebnis wir schon kurz mitgeteilt haben, geht uns folgender ausführliche Bericht zu:

In Kattowitz (O.-S.) tagte in den Osterfeiertagen wiederum der Parteitag der P. P. S. Erschienen waren Delegierte aus vielen Orten Oberschlesiens, aus Posen, Gnesen, Inowrazlaw, ferner aus Breslau, Berlin, Hamburg, Bremen und aus Rheinland-Westfalen. Mit den Mitgliedern des Vorstandes, den Kontrolleuren usw. waren im ganzen 56 Teilnehmer an den Verhandlungen im Kattowitzer Gewerkschaftslokale versammelt. Ausländische Teilnehmer wurden von dem überwachenden Beamten, Polizeirat Mädler, im Auftrage des Regierungspräsidenten nicht zugelassen, auch als Gäste nicht; sie wurden mit sofortiger Ausweisung bedroht. Selbst ein aus Russisch-Polen erschienener bürgerlicher Berichterstatter mußte auf Erfordern der Polizei das Parteitagslokal verlassen.

Im Vordergrunde der Verhandlungen, die von Genossen Biniszkiewicz geleitet wurden, stand auch auf diesem Parteitage wiederum die Frage der Vereinigung mit der deutschen Sozialdemokratie. Bekanntlich war die Vereinigung im Vorjahre daran gescheitert, daß der damalige Parteitag der P. P. S. die von seinem Vorstande mit dem deutschen Vorstande vereinbarten Vereinigungsbedingungen in einigen Punkten derart abänderte, daß diese von der anderen Seite nicht akzeptiert wurden. Die später wieder aufgenommenen Verhandlungen zwischen den beiden Vorständen führten zu einem neuen Abkommen, das nunmehr wieder dem Parteitage der P. P. S. zur Beschlußfassung vorlag und das folgenden Wortlaut hat:

a) Organisation. Die polnischen Sozialdemokraten im Deutschen Reiche bilden eine selbständige Organisation, deren Aufgabe darin besteht, die Agitation und Organisation unter der polnischen Bevölkerung Deutschlands zu betreiben. Die polnische Organisation ist ein Bestandteil der Gesamtpartei Deutschlands, sie erkennt ausdrücklich das Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands an, desgleichen die Parteiinstanzen der deutschen Partei, einschließlich des deutschen Parteitages als oberster Parteiinstanz. Die Delegation zum deutschen Parteitage erfolgt nach den Vorschriften des deutschen Organisationsstatuts. Die Sektionsbildung innerhalb der einzelnen Parteiorte ist zulässig.

b) Presse. Die in polnischer Sprache erscheinenden Blätter unterstehen der Kontrolle des Vorstandes und des Parteitages der polnischen Organisation. Das dem deutschen Parteivorstande zustehende Recht der Kontrolle über die prinzipielle Haltung der Parteipresse — § 23 des Organisationsstatuts — bleibt unberührt. Die in Kattowitz erscheinende „Gazeta Robotnicza" ist offizielles Organ für alle im Deutschen Reiche wohnhaften polnischen Genossen. Zur Ausübung der ständigen Kontrolle sowohl der Redaktion wie der Geschäftsführung wird eine Preßkommission eingesetzt. Ein Mitglied der Preßkommission wird vom deutschen Parteivorstand ernannt.

c) Reichstagskandidaturen. Die Aufstellung der Reichstagskandidaturen wird auf einer Konferenz des Wahlkreises vollzogen, die von den organisierten Genossen des Wahlkreises oder deren Delegierten gebildet wird. Verständigen sich die Genossen eines Wahlkreises nicht über die Kandidatur, so haben der Vorstand der polnischen Parteiorganisation und der Vorstand der Gesamtpartei eine Verständigung herbeizuführen.

Die Debatte über diesen Vereinigungsvorschlag war auf dem Parteitage lang und lebhaft. Während einige Redner für die unbedingte Erhaltung der völligen Selbständigkeit der Partei eintraten, bekämpften andere nur einzelne Punkte der vorgeschlagenen Vereinbarung. Die Mehrzahl der Redner aber trat für die endliche Vereinigung unter den vorgelegten Bedingungen ein. Nachdem ein Antrag, der Vereinigung grundsätzlich zuzustimmen, dem neuzuwählenden Vorstande aber einige mehr redaktionelle Aenderungen am Vereinigungsvorschlage und die Verständigung darüber mit dem deutschen Parteivorstande zu übertragen, abgelehnt war, wurde der vorgelegte Vereinigungsvorschlag im obigen Wortlaut mit 49 gegen 5 Stimmen angenommen.

Zum Punkt „Agitation und Organisation" wurde dann beschlossen:

1. Der Parteitag empfiehlt den Genossen die Gründung von Wahlkreis-, Regierungsbezirks- und Provinzorganisationen der P. P. S. mit dem Recht, Konferenzen abzuhalten.

2. Der Vorstand soll in dem Organisationsentwurf die Aenderungen vornehmen, die sich aus der Annahme des Einigungsvorschlages ergaben und sie als rechtsverbindlich in der „Gazeta Robotnicza" veröffentlichen.

3. Im Organisationsentwurf soll folgende Aenderung in der Beschickung des polnisch-sozialistischen Parteitags vorgenommen werden. Danach können bis 50 organisierte Genossen einen Delegierten, auf jede 50 Genossen bis 300 ein Delegierten mehr, über 300 bis 400 sieben, darüber hinaus im Höchstfalle 8 Delegierte entsenden. Außerdem nehmen Vorstand, Kontrollkommission, Preßkommission und Vertreter der „Gazeta Robotnicza" am Parteitage teil.

Dem neuzuwählenden Vorstande wurden folgende Anträge zur eventuellen Erledigung überwiesen: 1. Nach Posen öfter agitatorische Kräfte zu schicken. 2. In Oberschlesien einen besoldeten Parteibeamten anzustellen. 3. In Zabrze (O.-S.) einen Parteibeamten anzustellen. Ebenso wurde dem Vorstande die beantragte Anstellung eines Leiters des Verlags und der Expedition der „Gazeta Robotnicza" zur Erledigung überwiesen. Beschlossen wurde die Herausgabe einer Maischrift 1907, eines Kalenders für 1907, regelmäßiger Flugblätter nach jeder parlamentarischen Session, und solcher Flugblätter (zentrale und lokale), die wichtigere Ereignisse besprechen, welche die Arbeiterklasse interessieren.

Zum Punkt „Presse" wurde beschlossen:

1. Vom 1. Juni ab soll die „Gazeta Robotnicza" dreimal wöchentlich erscheinen, in möglichst kurzer Zeit täglich.

2. Der Parteitag verpflichtet alle Genossen zum Abonnement auf die „Gazeta Robotnicza".

3. Die „G. R." soll die Quittungen über die von den Kolporteuren bezahlten Abonnementsgelder veröffentlichen. Die Kolporteure sollen bis zum 20. jeden Monats abrechnen.

4. In den großen Industrieorten sollen die Kolporteure der Parteipresse, die infolge ihrer Agitation keine Arbeit finden können, Zuschüsse aus der Parteikasse erhalten.

5. Die Kontrolle der Bücher und Kasse, der Druckerei und des Verlags der „Gazeta Robotnicza" soll monatlich erfolgen.

Zur Maifeier beschließt der Parteitag, die Genossen sollen, wo das irgend möglich, den 1. Mai feiern und auf diese Weise für die Solidarität mit dem klassenbewußten Proletariat der ganzen Welt demonstrieren.

Einstimmig wird dann folgende Resolution beschlossen: „Der IX. Parteitag der polnisch-sozialistischen Partei (P. P. S.) in Deutschland bewundert die heroischen Anstrengungen und die elementare Macht der sozialistischen Parteien in Rußland, speziell der polnisch-sozialistischen Partei Russisch-Polens, die sich im Ausbruch der Revolution und des Generalstreiks erwiesen hat.

Die ganze Welt ist erstaunt über die Macht der sozialistischen Parteien, die es vermocht haben, unter den elendesten Bedingungen und der härtesten Bedrückung das Ungeheuer auf tönernen Füßen, welches allen freiheitlichen Bestrebungen in Europa als Schädling entgegentritt, in den Fundamenten zu erschüttern.

Der Parteitag drückt sein Vertrauen zu der Kraft der sozialistischen Parteien aus, daß sie — wenn sie sich auch unter dem Joch der Bajonette, des Kriegszustandes und des Galgens befinden — es verstehen werden, die Agitation so zu führen, daß sie zugunsten der Arbeiterklasse nicht nur in Rußland und Polen, sondern in der ganzen Welt ausfällt."

In den Parteivorstand wurden gewählt: Biniszkiewicz, Trabalski, Morawski, Sosna und Scholtysek, sämtlich in Oberschlesien. In die Kontrollkommission wurden Rybicki, Thiel, Proksza und Chrzanowski, sämtlich aus Berlin, und Walla, Mieczkowski und Cepernik aus Oberschlesien gewählt. Zu Mitgliedern der Preßkommission wurden die in Oberschlesien wohnenden Genossen Adamek, Kunze und Danisch erwählt.

Mit einem begeisternden Schlußwort des Vorsitzenden Biniszkiewicz und einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie wurden dann die zweitägigen Verhandlungen des Parteitages geschlossen.

Die sächsische Wahlrechtsbewegung auf der Landeskonferenz der sozialdemokratischen Partei Sachsens.

Wir ergänzen unseren gestrigen telephonischen Bericht über den zweiten Verhandlungstag der Konferenz durch eine ausführlichere Wiedergabe des wichtigsten Verhandlungspunktes, der Wahlrechtsbewegung.

Das Referat des Genossen Geyer lautete etwa folgendermaßen:

Unsere Wahlrechtsbewegung wird von den Gegnern verschieden beurteilt; auch in unserer Partei war man geteilter Meinung darüber.

Die Konferenz hat nun zu entscheiden, ob das, was getan wurde, richtig war. Die Empörung über den Wahlrechtsraub ist nicht gleich gekommen; erst als die letzten Vertreter aus dem Landtage hinausgewählt waren, als die Wirkung des Dreiklassenunrechts klar zutage trat, fing die Gärung über das Wahlunrecht an. Nicht zum wenigsten hat die Beteiligung an den Landtagswahlen die Wahlrechtsbewegung mit in Fluß gebracht und die gegnerischen Parteien zur Stellungnahme zur Wahlrechtsänderung gedrängt. Freilich haben diese nun nicht etwa die Einführung des allgemeinen Wahlrechts befürwortet, aber daß sie sich damit im Landtage beschäftigen mußten, hat auf die Bewegung draußen günstig zurückgewirkt. Mehr ist sie noch durch den Eintritt des Genossen Goldstein in den Landtag gefördert worden. Den Verhandlungen im Landtage sind dann die großen Demonstrationen vor Weihnachten gefolgt (der Redner schilderte sie im einzelnen) und die die Antwort auf die Verschleppung der Wahlrechtsreform waren. Die Wahlrechtsbewegung hat günstig auf die Parteibewegung überhaupt eingewirkt, wie die russische Revolution und die Wahlrechtsbewegung in Oesterreich wieder auf die Bewegung in Sachsen.

Eine Frucht der Wahlrechtsbewegung und der Demonstrationen ist der Sturz des Ministeriums Metzsch das viel reaktionärer war als das verrufene Beustsche. Die Demonstrationen haben aber auch Anlaß zu Interpellationen im Landtage selbst gegeben, und so hat die Wahlrechtsfrage die ganzen Verhandlungen im Landtage beherrscht. Das zeigt sich besonders in der Schaffung der aus Landtagsmitgliedern bestehenden sogenannten freien Wahlrechtskommission, deren Tätigkeit aber bisher gleich Null war und auch in Zukunft sein wird.

Durch das Versprechen der Regierung, eine Wahlrechtsreform zu schaffen, ist man unsererseits dazu gekommen, ihr eine Anstandspause zur Einlösung zu gewähren, was einen gewissen Stillstand in der Wahlrechtsbewegung herbeigeführt hat. Hier ist nun, nachdem das Ministerium Metzsch gefallen ist, die Frage, wie die Bewegung aus der Beharrung wieder in Fluß gebracht werden kann. Jede dafür günstige Situation muß ausgenützt werden. Eine solche ist die Behandlung der nächsten Landtagswahlen auf der Landeskonferenz im kommenden Jahre.

Unsere Gegner sinnen nun darüber nach, wie sie sich mit der Wahlrechtsbewegung abfinden sollen. Während die einen wünschen, daß sie durch Gewalt niedergeschlagen werde, wollen sie die anderen durch Zugeständnisse unwirksam machen. Den bürgerlichen Parteien daraufhin entgegenzukommen wäre aber Verrat an uns selbst. Hier kann es nichts anderes geben, als der sächsischen Reaktion ein Ende machen. In und außer dem Lande gibt es Parteigenossen, die ein schärferes Vorgehen wünschten und auch den politischen Massenstreik als Mittel zur Erkämpfung des allgemeinen Wahlrechts angewendet sehen möchten. Man kann sich wohl darüber unterhalten, aber hier etwas derartiges zu beschließen, ist jetzt gar nicht angängig. Die Beratung der anzuwendenden Mittel ist zunächst Sache der Parteiinstanzen Sachsens. Unsere Taktik hat sich auch nach dem Verhalten der Gegner mit zu richten.

Darunter soll jedoch nicht verstanden werden, daß wir abwarten sollen, was nun der neue Minister tun wird. Der Kampf muß mit aller Schärfe ununterbrochen weitergeführt werden bis zur Erringung des allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrechts. Nun vorwärts! (Beifall.)

In der nun folgenden lebhaft geführten Diskussion beschäftigte man sich in der Hauptsache mit der verflossenen Wahlrechtsdemonstration und dem Mittel des politischen Massenstreiks zur Erkämpfung des allgemeinen Wahlrechts. Die Meinung über die fernere Wahlrechtsbewegung ging allgemein dahin, daß sie mit aller Energie weitergeführt werden müsse. Beschlüsse dazu wurden indessen nicht gefaßt.

Der 12. Parteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands.

Utrecht, 15. April 1906.

Am Vorabend des Parteitages fand die übliche, von den Utrechter Genossen arrangierte und stark besuchte Vorfeier im Tivoli-Saale statt. Genosse Troelstra hielt die Festrede, häufig von Beifall unterbrochen. Er gab einen Rückblick auf die Gründung der holländischen S. D. A. P.; von bürgerlicher und von der Seite der Arbeiter selbst wurde damals behauptet, daß kein Klassenkampf in Holland Wurzel fassen könne. Die bürgerlichen Demokraten forderten die Gründer der Partei auf, zu ihnen zu stoßen. Die Antwort aber war: Die Demokratie sei nicht Zweck, sondern Mittel. — Dann behandelte der Redner den Kampf gegen den Individualismus und Anarchismus, dessen Urgrund eigentlich noch bürgerlicher Natur sei. Das Auftreten der drei ersten sozialdemokratischen Abgeordneten in der Zweiten Kammer erwarb der Partei das Vertrauen der Arbeiter.

In den Vordergrund ihres Wirkens stellten sie den Kampf für das allgemeine Wahlrecht. Zum drittenmal tage der Parteitag zu Utrecht. Der erste im Jahre 1896 repräsentierte erst eine kleine Partei: 30 Abgeordnete vertraten 1000 Mitglieder. Auf dem zweiten Utrechtschen Parteitage im Jahre 1901 waren bereits 4000 Mitglieder durch 80 Delegierte vertreten, und der jetzige steht unter dem Zeichen der Meinungsverschiedenheiten in der Partei selbst. Das sei unangenehm, aber vor kurzem habe Anseele zu Redner gesagt: „Ihr habt zwar etwas viel Kritik und Zwist, aber ein bißchen von diesem Zwist möchte ich auch in Belgien haben." (Heiterkeit.) Der Redner meint, es sei gut, daß die Arbeiter die verschiedenen Angelegenheiten von mehreren Seiten beleuchtet sehen. — Der innere Kampf sei verschiedener Art, er müsse jedoch auf solcher Grundlage geführt werden, daß die Partei nur eine bleibe. Bei voller Freiheit der Kritik müsse die Selbstbeschränkung der Kämpfenden so groß sein, daß das Ansehen der Partei nicht leide. (Beifall.) Ausdrücklich müsse konstatiert werden, daß es keinen Personenstreit gelte. Nur die Schwierigkeit sei es, das richtige Verhältnis zwischen den verschiedenartigen Kräften in der Partei zu finden, die aber alle für die Partei nötig sind. (Beifall.) Beide müssen einander wertschätzen und ehren, begreifen, daß sie einander nötig haben, die einen mit ihrer unüberwindlichen Wissenschaft, die anderen mit ihrer unüberwindlichen Moral, zusammen kämpfen gegen die bürgerliche Negation von Wissenschaft und Moral. (Beifall.)

Erster Tag. Vormittag.

Der Vorsitzende der Partei, Genosse F. M. Wibaut, eröffnete den Parteitag und gedachte in seiner Eröffnungsrede der tausende namenloser Helden in der russischen Revolution, und der als Opfer des Kapitalismus in Courrières Gefallenen. In einem Rückblick auf das abgelaufene Jahr besprach er den Wahlkampf im letzten Sommer, der für die holländische Sozialdemokratie ein erfolgreicher gewesen sei. Die Partei ist von 137 auf 152 Abteilungen, von 6100 Mitgliedern auf 6816 fortgeschritten; auch die Mitgliederbeiträge sind gestiegen, der neuerrichtete Parteifonds lasse sich gut an, eine eigene Parteidruckerei sei zustande gekommen, die mithelfen werde, die langersehnte Erniedrigung im Abonnementspreise des Parteiorgans „Het Volk" zu erzielen. 90 Anträge seien zu behandeln sowie die Parteileitung zu wählen. Ein Mißverständnis sei es, daß man in persönlichen Angelegenheiten ertrinken werde. Das Gegenteil sei der Fall. Sachliche Fragen von großer Bedeutung ständen zur Behandlung, die kameradschaftlich, klar und deutlich, mit Schärfe, aber nicht verwundend behandelt werden müsse. Hoch über allem Zwist stehe, trotz tiefgehender Meinungsverschiedenheiten, die Einheitlichkeit von Wollen und Tun, die Partei und das Prinzip. Redner drängt auf Kürze bei den Debatten und beantragt, während der dreitägigen Dauer des Parteitages, täglich drei Sitzungen zu halten und an erster Stelle den Bericht der Parteileitung auf die Tagesordnung zu setzen, dann Kammerfraktion und Parteiredaktion.

Die Diskussionen über die Feststellung der Tagesordnung füllten die ganze Vormittagssitzung.

Schließlich wurde auf Antrag des Genossen P. L. Tak und unter Verwerfung der vom Parteivorstande beantragten Tagesordnung mit 154 gegen 98 Stimmen mit großer Mehrheit beschlossen, eine „Siebener-Kommission für Organisation und Taktik" zu wählen, in welcher die beiden Richtungen vertreten sein sollten. Die von ihr zu entwerfenden Anträge sollen gleich zu Anfang der Montagsitzung eingereicht werden und zur Verhandlung kommen.

Während der Sonntagnachmittag- und Abendsitzungen sollen die kleinen Anträge betr. Organisation, und am Dienstag-Vormittag, bezw. gleich nach Ablauf der Diskussionen über die Taktik, die Redaktionsfrage zur Behandlung kommen.

Erster Tag. Nachmittag.

Bei Eröffnung teilt der Vorsitzende Genosse Wibaut mit, daß in die Siebener-Kommission gewählt sind: P. J. Troelstra mit 222, J. W. Vliegen mit 162, J. H. Schaper mit 123, van der Goes mit 171, Herm. Gorter mit 186, Frau Henriette Roland-Holst mit 90 und P. L. Tak mit 136 von 238 abgegebenen Stimmen.

Hierauf erstattet der Parteisekretär und Kassierer J. G. van Kuykhof seinen Kassenbericht, der im Druck vorliegt. Die Gesamteinnahmen der Partei betrugen im Jahre 1905 20 079,82½ Gulden, die Gesamtausgaben 19 640,33½ Gulden, Bestand 433,49 Gulden. Die Eingänge an Mitgliederbeiträgen betragen 3626,37 Gulden, an freiwilligen Beiträgen 1116,69 Gulden, für Unterstützung der Russen wurden verausgabt 2123,89 Gulden, für die Wahlen 11 128,98 Gulden.

In seiner kurzen Erläuterung teilt der Parteisekretär noch mit, daß der Parteifonds bereits 5500 Gulden betrage und für ihn eine jährliche Einnahme von 6000 Gulden zu erwarten sei, so daß die feste Gesamteinnahme jährlich auf 9600 Gulden zu veranschlagen sei. — Der Bericht findet nach einigen Fragen die Zustimmung des Parteitages.

Der Vorsitzende, Genosse Wibaut, teilt mit, daß der Broschürenhandel vom Parteisekretariat getrennt werden soll. Die Ermächtigung hierzu und zur dafür benötigten Anleihe von 4000 Gulden wird erteilt.

Für den nächstjährigen Parteitag wird Amsterdam gewählt.

Nachdem über innere Organisation, Publizierung von noch ausführlicheren Protokollen über die Sitzungen des Parteivorstandes als die augenblicklich üblichen Vermittelung von Versammlungsrednern und die Arbeitsbedingungen des Personals des Parteiorgans „Het Volk" längere Diskussionen geführt sind, wird bei dem Punkte: Statuten und Reglement eine längere Debatte gepflogen über die Anträge der vom Parteivorstande ernannten Kommission für die Lokalorganisationen. Sie werden schließlich angenommen, so daß u. a. „in einem aus einer Gemeinde bestehenden Wahldistrikte nur eine Parteiabteilung bestehen kann." Ausnahmen sind jedoch zugelassen; unter Zustimmung des Parteivorstandes können schwache Abteilungen in Städten sich zu einer Abteilung vereinigen.

XI. Verbandstag des Zentralverbandes der Glaser.

Mannheim, am 14., 15. und 16. April.

Aus dem Kassenbericht sei hier folgendes mitgeteilt: Der Kassenbestand betrug am 1. Januar 1903 25 850,87 M. und ist am 1. Januar 1906 auf 33 042,14 M. gestiegen; es ist also eine Mehreinnahme von 7191,27 M. zu verzeichnen.

Für Reiseunterstützung wurden in den drei Berichtsjahren insgesamt 17 878,42 M. und für Arbeitslosenunterstützung 36 423 M. ausbezahlt. Das Verbandsorgan, dessen Auflage auf 6000 gestiegen ist, erforderte eine Ausgabe von 19 636,95 M. An den Streikfonds wurden 36 855,92 M. abgeliefert; die Gesamtausgaben für Streiks beliefen sich auf 37 524,60 M.

An die beiden Berichte, insbesondere den des Vorstandes knüpfte sich eine eingehende Diskussion, in der an der Tätigkeit des Vorstandes insbesondere gerügt wurde, daß er zu viel von süddeutschen Zahlstellen sich zu Versammlungen in Anspruch nehmen lasse, worunter die eigentlichen Verbandsgeschäfte litten. Getadelt wurde auch, daß der Vorsitzende im Verkehr mit den Zahlstellenbeamten einen schroffen Ton anschlage. Bezüglich des Fachblattes wurde der Wunsch nach einer besseren Ausgestaltung desselben laut, es müsse unbedingt Wandel geschaffen und dafür gesorgt werden, daß das Verbandsorgan nicht nur agitatorisch, sondern auch anregend und bildend wirke. Besonders die Vertreter der Zahlstellen Berlin und Leipzig vertraten diesen Standpunkt mit aller Entschiedenheit. Im übrigen wurde anerkannt, daß der Vorsitzende seine Schuldigkeit getan habe, daß aber eine Entlastung notwendig sei.

Der Bericht des Kassierers fand allseitige Zustimmung. Getadelt wurde, daß manche Zahlstellen so lange auf die Einsendung ihrer Abrechnungen warten lassen.

Graß-Leipzig erstattete den Bericht des Ausschusses. Er besprach kurz die bei dem Ausschuß eingelaufenen Beschwerden und berichtet bezüglich der Mitwirkung des Ausschusses bei Lohnbewegungen und regt an, daß man künftig die Genehmigung von Lohnbewegungen dem Hauptvorstande allein überlassen solle.

Den Bericht der Preßkommission erstattete Tritt-Karlsruhe. An der Tätigkeit der Preßkommission wurde scharfe Kritik geübt und die Notwendigkeit einer Sitzverlegung betont, insbesondere wurde auch kritisiert, daß die Preßkommission nicht gegen die Haltung der Redaktion im „Vorwärts"-Konflikt eingeschritten sei.

Eichhorn-Karlsruhe verteidigt die Redaktion und die Preßkommission gegen die Angriffe. Es sei im Verband nicht allein die Meinung der Berliner und Leipziger Kollegen maßgebend. Die Stellungnahme der Redaktion im „Vorwärts"-Konflikt sei bedingt gewesen durch die Rücksicht auf das Interesse des Verbandes und der Gewerkschaftsbewegung.

Sowohl dem Vorsitzenden wie dem Kassierer wurde Entlastung erteilt.

Es folgte die Beratung des Antrages betreffs

Uebertritt zum Holzarbeiter-Verband.

Pfeiffer-Offenbach begründete den Antrag in eingehender Weise, worin er insbesondere auch von Herzog-Frankfurt unterstützt wurde. In längerer Debatte wurde das „Für" und „Wider" erörtert. Bei der namentlich erfolgten Abstimmung wurde der Uebertritt mit 35 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Ein Antrag, vor dem nächsten Verbandstage eine Urabstimmung über die Frage des Uebertritts vorzunehmen, wurde mit 23 gegen 21 Stimmen abgelehnt.

Der Verbandstag trat danach in die Beratung des vom Hauptvorstande vorgelegten Statutenentwurfs ein. Es entspann sich dabei eine sehr lebhafte Diskussion, bei welcher die Delegierten die von den einzelnen Zahlstellen zum Statut gestellten Anträge verteidigten. Die Berliner Delegierten traten energisch für die Erhöhung des Beitrages auf 50 Pf. und Einführung der Erwerbslosen-Unterstützung ein. Von Leipzig wurde die Anstellung eines weiteren Verbandsbeamten befürwortet. Der Entwurf wurde einer 9gliedrigen Kommission zur Vorberatung überwiesen. Ueber das Ergebnis der Beratungen berichtete Schiebel-Leipzig. Die Kommission schlug vor, den Beitrag von 30 auf 45 Pf. zu erhöhen, bezüglich der Unterstützungssätze eine Aenderung nur insoweit eintreten zu lassen, als eine Gleichstellung der Ledigen mit den Verheirateten und bei der Reise-Unterstützung die Abschaffung der Kilometergelder und dafür Einführung von Tagegeldern von 1,25 M. pro Tag vorzusehen sei. Abgesehen von einigen unwesentlichen Aenderungen empfahl Schiebel im übrigen Annahme des Vorstands-Entwurfes. Derselbe wurde denn auch entsprechend dem Antrage der Kommission en bloc mit 42 gegen 2 Stimmen angenommen.

Bei Punkt „Agitation und Organisation" entspann sich im Anschluß an ein Referat des Verbandsvorsitzenden Eichhorn eine äußerst rege Diskussion, nach deren Beendigung folgende Anträge angenommen wurden:

I.

„Der Verbandstag befürwortet eine teilweise Verschmelzung bezw. volle Angliederung des jetzigen 11. Agitationsbezirkes an den 10. Bezirk mit seinem Sitz in Mannheim. Maßgebend hierfür ist in erster Linie, daß ein großer Teil der Zahlstellen des 11. Bezirkes in unmittelbarer Nähe des Vorortes des 10. Bezirkes liegt und naturgemäß von diesem intensiver bearbeitet werden kann, als dies jetzt von Saarbrücken aus geschieht.

Koblenz und Kassel sollen dem 10. Bezirk ebenfalls zugeteilt werden."

II.

„Jedes beim Hauptvorstand oder einer Zahlstelle geführte Einzelmitglied ist sofort mit genauer Adresse dem zuständigen Agitationsbezirke anzumelden."

Ein Antrag der Zahlstelle Berlin auf Anstellung eines Agitationsleiters zur regelmäßigen Bearbeitung der rückständigeren Zahlstellen wurde abgelehnt, verschiedene andere Anträge wurden dem Verbandsvorstande zur Beachtung überwiesen.

Zu Punkt „Maifeier" wurde folgende Resolution angenommen:

Der Verbandstag erblickt in der Maifeier die würdigste und wirksamste Demonstration des klassenbewußten Proletariats, dazu angetan, um die Klassenforderungen der Arbeiterklasse, als da sind: Ausgestaltung der Sozialgesetzgebung, Einführung eines Maximalarbeitstages von 8 Stunden, Förderung des Weltfriedens, energisch zum Ausdruck zu bringen. Obwohl vom Unternehmertum und den bürgerlichen Regierungen aufs schärfste bekämpft, nimmt der Verbandstag keine Veranlassung, von einer würdigen, tatkräftigen Durchführung der Maifeier Abstand zu nehmen.

Grundbedingung der Maifeier ist die völlige Arbeitsruhe am 1. Mai.

Der Verbandstag verpflichtet deshalb die Funktionäre der Organisation, überall da, wo irgend angängig, die Kollegen zur Arbeitsruhe zu veranlassen.

Maifeiern als Demonstration am ersten Sonntag im Mai kann der Verbandstag nicht befürworten.

Damit war die Tagesordnung in der Hauptsache erledigt. Es war nun zunächst noch über die zu Punkt „Presse" gestellten Anträge abzustimmen. Als Sitz der Preßkommission wurde Mannheim bestimmt und der Redaktion des Verbandsorgans die Genehmigung erteilt, bis zu 300 M. jährlich für Mitarbeit auszugeben.

Als Verbandsvorort wurde wiederum Karlsruhe bestimmt. Der Sitz des Ausschusses bleibt in Leipzig.

Einstimmig wird beschlossen, den Kassierer Schmidt als besoldeten Beamten mit einem Jahresgehalt von 2000 M. anzustellen.

Als Vorsitzender des Verbandes wird Eichhorn einstimmig wiedergewählt und sein Gehalt auf 2000 M. erhöht. Ferner wird beschlossen, ein eigenes Verbandsbureau einzurichten. Um der Zahlstelle Berlin die Anstellung eines besonderen Beamten zu ermöglichen, wird aus der Hauptkasse ein Zuschuß von jährlich 1000 M. geleistet.

Als Ort des nächsten Verbandstages wurde Nürnberg mit 25 gegen 19 Stimmen gewählt.

Der Verbandsvorsitzende Eichhorn dankte der Zahlstelle Mannheim für die liebenswürdige Aufnahme und sprach die Hoffnung aus, daß alle die an den Verbandstag geknüpften Hoffnungen auf Kräftigung der Organisation in Erfüllung gehen mögen. Mit einem Hoch auf den Verband der Glaser wurde der XI. Verbandstag geschlossen, worauf die Versammelten die Arbeiter-Marseillaise sangen.

6. Verbandstag der Sattler in Dresden.

Mittwoch, 18. April 1906.

Aus dem Referat des Verbandssekretärs Blum-Berlin zu Punkt 3 der Tagesordnung: „Agitation und Gauleitung", wollen wir erwähnen, daß sich die Einteilung der Gaue bei den Sattlern aus Gründen praktischer Agitation und leichterer Zusammenarbeit mit jener des Tapeziererverbandes deckt. Nach Einführung der Institution fanden Gauleiterkonferenzen statt, die klärend und schulend wirkten, daher als durchaus erfolgreich zu betrachten sind und den Vorteil brachten, daß die Institution danach bedeutend besser funktionierte. Indessen muß noch jetzt betont werden, daß die Haupttätigkeit der Gauleiter sich nicht auf ihren Sitzort beziehen soll, wo naturgemäß eine örtliche Verwaltungsstelle vorhanden ist, sondern auf die auswärtigen Orte des betreffenden Gaues. Natürlich kommt es bisweilen noch heute vor, daß diese Richtschnur nicht immer genügend beachtet wird und so kommt es hie und da mitunter zu leichteren Friktionen, die vermieden werden müssen und können. Trotzdem sind im allgemeinen die Erfolge der Gauleiter, die bisher zu verzeichnen sind, als ganz respektable zu betrachten. Infolge der Einführung dieser Institution ist denn auch die persönliche Agitation des Hauptvorstandes ganz in den Hintergrund getreten und hat nur in Einzelfällen stattgefunden. Es muß jedoch gesagt werden, daß die bisherige Gaueinteilung den Bedürfnissen nicht mehr entspricht; einzelne Gaue sind viel zu groß und die gegenwärtige Einteilung muß verkleinert werden. In den christlichen Gewerkschaften namentlich Rheinland-Westfalens werden schon bei 3—400 Mitgliedern besoldete Agitatoren angestellt, wobei offensichtlich eine bekannte politische Partei dahinter steht. Besonders in Frankfurt a. M., Offenbach und Umgegend macht sich die Tätigkeit dieser Herren, die von ihrem Standpunkt aus geschickt operieren, unliebsam bemerkbar. Auch bei den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften ist die gleiche Praxis zu konstatieren, wodurch naturgemäß die Position des Verbandes erschwert wird. Es wird sich nicht nur eine Teilung und damit Anstellung eines Gauleiters für den bisherigen sächsischen Gau nötig machen, sondern auch für Süddeutschland, denn von Stuttgart aus kann das ganze weite Gebiet nicht genügend agitatorisch bearbeitet werden. Nehmen wir die Anstellung besoldeter Gauleiter nicht rechtzeitig vor, so habe der Verband später nicht Indifferente aufzuklären, sondern gegnerische Organisationen zu bekämpfen, was seine Position ganz außerordentlich erschwere. In Augsburg macht sich das schon jetzt bemerkbar. Es darf nicht so gefragt werden: rentiert sich die Anstellung der Gauleiter? Sofort sind die Erfolge nicht zu erwarten, aber sie kommen. Der Transportarbeiterverband hat es durch rechtzeitige Anstellung besoldeter Beamter zu großen Erfolgen gebracht. Auch der Bäckerverband hat bei 8—9000 Mitgliedern neun besoldete Gauleiter. Die Ausgabe für dieselben ist ein Kapital, das sich reichlich rentiert. Zudem ist aus dem Rechenschaftsbericht bereits ersichtlich, daß die Kosten für Agitation durch die Anstellung keine nennenswerte Steigerung erfahren. Eine neue Gaueinteilung ist notwendig, speziell muß Süddeutschland in zwei selbständige Gaue geteilt werden. Die Neueinteilung wird nicht nach Provinz- und Landesgrenzen vorgenommen, sondern der praktischen Einrichtung wegen nach Bahnlinien. Im Interesse der Institution wird es liegen, wenn die Gauleiter nur von der Hauptverwaltung angestellt werden, da sonst ein ersprießliches Arbeiten nicht gewährleistet werden kann. Natürlich hat die Generalversammlung die entsprechenden Direktiven zu erteilen, aber die Auswahl der Personen selbst dem Hauptvorstande zu überlassen. Bedauerlich scheint ihm, daß nicht sämtliche Gauleiter kraft ihres Amtes schon an der Generalversammlung teilnehmen können, da sie seiner Ansicht nach derselben Rechenschaft abzulegen haben. Er erbittet, dem Hauptvorstande Machtvollkommenheit in der Richtung zu geben, nach Bedarf Gauleiter anzustellen und für Offenbach und Umgegend einen Lokalbeamten zu bewilligen, der dort in Anbetracht der Verhältnisse durchaus notwendig erscheint.

Die Debatte über diesen Punkt zog sich bis 10 Uhr vormittags hin und zeigte bedeutende Gegensätze in bezug auf die Beurteilung der Sachlage. Von den Gegnern der Anstellung wird ins Feld geführt, daß die Ausgaben für Anstellung weiterer besoldeter Gaubeamten die Kassenverhältnisse allzu sehr belasten würden, auch reizten die bisherigen Erfahrungen nicht sonderlich zu weiteren Anstellungen. Auch bezweifelte man das Vorhandensein entsprechender agitatorisch geschulter Kollegen zu diesen Aemtern und warf die Frage auf, ob dieselben überhaupt ein Tätigkeitsfeld haben. Man würde mit der Anstellung einen Sprung ins Dunkle machen, der sich nicht rechtfertigen ließe und sollte daher erst Erfahrungen sammeln. Die nächste Generalversammlung in drei Jahren könne dann schon eher ein entscheidendes Wort sprechen. Die Kosten für einen besoldeten Gauvorsteher würden sich jährlich auf mindestens 5000 M. stellen und dieses Geld könne man zu anderweitigen Agitationszwecken besser verwenden.

Von den Befürwortern werden die bereits im Blumschen Referat ins Feld geführten Gründe noch des weiteren ausgebaut und erwähnt unter anderen Knoll-Berlin als Vertreter der Generalkommission, daß die von Blum angeführte Anstellung christlicher Gewerkschaftsagitatoren darauf zurückzuführen sei, daß seinerzeit das Zentrum der Sozialdemokratie den Kampf bis aufs Messer ankündigte. Das Tätigkeitsgebiet der Gaubeamten liefere die Statistik, die nachweist, daß von 20 000 Berufskollegen erst 7000 organisiert sind. Ziel müsse es sein, auch den letzten Mann für die Organisation zu gewinnen. Man müsse sich daran gewöhnen, nach großzügigen Gedanken zu agitieren und nicht fragen: was bringt uns der Gauleiter ein, sondern: was kann er verhindern? Er verhütet die Schädigung und Zerstörung des Geschaffenen, kann überall zugreifen, wo es in jungen Organisationen an agitatorischen Kräften fehlt und sollte heranziehen und schulen. Auch die Organisationstätigkeit ist eine Arbeit, die gelernt werden muß, und daher werden mit der Zeit die heute und gestern vorgebrachten Mängel verschwinden. Man möge sich von der Ansicht emanzipieren, daß bezahlte Beamte nur ein notwendiges Uebel seien — sie sind ein notwendiger Bestandteil der jetzigen Organisation. Die Früchte ihrer Tätigkeit reifen nicht sofort, aber sicher im nächsten Jahrzehnt. Man solle daher nicht drei volle Jahre warten, sondern sofort das Notwendige tun!

Auch Hackelbusch-Berlin als Vorsitzender des Ausschusses ersucht, die Anträge nicht kurzer Hand abzuweisen. Uns sind bereits agitatorisch geschulte Kräfte verloren gegangen, die jetzt anderweite Anstellung gefunden haben, nachdem sie durch ihre Verbandstätigkeit im Berufe nicht mehr unterkommen konnten. Der Schritt zur Anstellung ist notwendig und wird getan werden; tun wir ihn jetzt nicht, so stehen wir nicht auf der Höhe der Zeit. Oft könne ein besoldeter Gauleiter sehr geldsparend wirken, wie z. B. diese Möglichkeit in Kassel gegeben gewesen, das uns viel gekostet habe.

In namentlicher Abstimmung wird sodann der Antrag des Vorstandes und Ausschusses, welcher die Anstellung eines Gauleiters für Mitteldeutschland fordert, mit 21 gegen 16 Stimmen abgelehnt, dagegen für Offenbach und den dortigen Industriebezirk ein Lokalbeamter bewilligt. Weiter soll die bisherige Gaueinteilung verbessert, d. h. die Zahl der Gaue vermehrt werden und konform eines Nürnberger Antrages wird der Zentralvorstand ermächtigt, nach Ablauf eines weiteren Jahres und nach Uebersicht einer günstigen Finanzlage weitere agitatorische Kräfte anzustellen. Letzterer Antrag wird mit allen gegen 5 Stimmen angenommen.

Eine beantragte Sitzverlegung der Gauleitung von Essen nach Köln wird dem Vorstande zur Erledigung überwiesen und sodann beschlossen: „Anträge auf Abhaltung besonderer Branchenkonferenzen sind nur an den Zentralvorstand zu richten. Andere Funktionäre (z. B. Gauleiter. D. B.) haben zu solchen Veranstaltungen nicht das Recht."

Nach längerer Debatte wird noch der Antrag angenommen: „Die Gauleiter sind verpflichtet sich bei grundlegenden Fragen, die solche Branchen betreffen, für welche Zentral- oder Tarifkommissionen bestehen, um Auskunft an die betreffenden Zentralstellen zu wenden und deren Anordnungen gemäß zu handeln."

Weiter wird bei diesem Teil der Tagesordnung zugleich der hierher gehörige Teil der Statuten durchberaten. Von den gefaßten Beschlüssen seien hervorgehoben, daß besoldete Gauleiter durch Zentralvorstand und Ausschuß nach den Bestimmungen der Generalversammlungen gewählt werden. Unbesoldete Gauleiter erhalten außer den aus Zeitversäumnis und direkten Ausgaben entstehenden Verlusten eine monatliche Entschädigung von 15 M., also 180 M. jährlich. Weitergehende Anträge wurden abgelehnt. Gaukonferenzen können jährlich stattfinden, auf Verlangen der Mehrheit der Verwaltungsstellen muß eine solche einberufen werden.

Die weiteren Beschlüsse interessieren die Oeffentlichkeit weniger.

Nach Erledigung dieses Punktes der Tagesordnung wird eine Kommission gewählt, welche die Vorarbeiten bezw. Vorschläge zur Vorstandsneuwahl zu besorgen hat.

Danach gelangt Punkt 4 der Tagesordnung: Statutenberatung, zur Verhandlung. Einleitend wird von Blum-Berlin betont, daß ohne Beitragserhöhung nicht weiter gearbeitet werden kann. Soll eine Erhöhung der Unterstützungssätze platzgreifen, so muß natürlich auch die Beitragserhöhung dementsprechend bemessen werden. Generell spricht sich die Generalversammlung gegen die weitere Erhöhung der Unterstützungssätze aus und wird der Wochenbeitrag für männliche Mitglieder von 40 auf 45 Pf. erhöht, während die übrigen Sätze wie bisher bestehen bleiben. Die Karenzzeit für alle Unterstützungszweige wird einheitlich auf 52 Wochenbeiträge bemessen. Es wird Vorsorge getroffen, daß Mitgliedern anderer Organisationen (auch Hirsch-Dunckerscher und christlicher Gewerkschaften) der Uebertritt zum Verbande unter Anrechnung der dort geleisteten Beiträge ohne Entrichtung von Eintrittsgeld ermöglicht wird, sofern sie nicht arbeitslos, krank oder auf der Reise befindlich sind.

Die weiteren geschäftlichen Festsetzungen entbehren des öffentlichen Interesses.

5. Generalversammlung des Verbandes der Stukkateure und verw. Berufsgenossen Deutschlands.

Leipzig, 18. April.

Zweiter Verhandlungstag.

Die Debatte über einen Anschluß an den Maurerverband setzte sich fort, und eine ganze Anzahl Redner sprachen sich für eine Verschmelzung mit dem Maurerverbande aus. Sollte es aber dazu noch nicht kommen, so mache sich wegen der vielen Streitigkeiten zwischen Stukkateuren und Maurern sowohl in Friedens- wie in Kriegszeiten eine Vereinbarung notwendig. Nachdem noch der Vertreter der Generalkommission für die Verschmelzung eingetreten oder wenigstens für einen allgemeinen Kartellvertrag, wurde eine Resolution angenommen, die Vorstand und Ausschuß beauftragt, mit dem Vorstande des Maurerverbandes über eine Verschmelzung, die aber die Berufsinteressen der Stukkateure wahrt, zu verhandeln und das Ergebnis der Verhandlungen zum Gegenstande einer Urabstimmung zu machen. Ferner wurde ein Antrag angenommen, der den Vorstand verpflichtet, den einzelnen Filialen neu erschienene Broschüren und sonstiges Agitationsmaterial für die Gewerkschaftsbewegung unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Hierauf wurde ein Zwischenfall bei einer Lohnbewegung der Bildhauer in Hannover diskutiert. Dort hätten es die Stukkateure trotz ihrer gegebenen Unterschrift an solidarischem Verhalten fehlen lassen. Vom Ausschuß erklärte Schäfer, daß dem Vorstand der Vorwurf des Wortbruches in dieser Sache nicht erspart bleiben könne. Der Vorsitzende machte aber auch den Bildhauern angeblich schwere Verstöße zum Vorwurf und behauptete, der Ausschuß sei voreilig zu einem Mißtrauensvotum gekommen. Die vom Vertreter der Bildhauer Lüttich-Leipzig auch in einer Plauener Sache erhobenen Vorwürfe seien unberechtigt. Ein Kartellvertrag mit den Bildhauern in Halle hätte, weil statutenwidrig, zurückgewiesen werden müssen. Es gelangte eine Resolution zur Annahme, worin das Verhalten des Ausschusses in der Hannoverschen Sache für richtig erklärt wird und worin weitere Leitsätze über eine allgemeine Vereinbarung mit den Bildhauern bei Lohnkämpfen enthalten sind.

Nach weiteren Beschwerden über fehlerhaftes Vorgehen des Hauptvorstandes bei Lohnbewegungen und einer längeren Diskussion über einige Anträge in betreff der Uebernahme von Schulden einiger Filialen auf die Hauptkasse, wurde beschlossen, nur die Streikschulden auf die Hauptkasse zu übernehmen.

Darauf vertagt sich die Versammlung auf morgen.

Sechste Generalversammlung des Zentralverbandes der Vergolder Deutschlands.

Leipzig, 18. April.

In der Nachmittagssitzung wurde nach kurzer Diskussion in namentlicher Abstimmung mit 19 gegen 4 Stimmen der Anschluß an den Holzarbeiter-Verband beschlossen. Der Uebertritt soll am 1. Oktober 1906 erfolgen. Der Antrag, nochmals eine Urabstimmung vorzunehmen, wurde abgelehnt, da ein anderes Resultat nicht zu erwarten ist. Die übrigen Punkte, auch der Bericht über den Gewerkschaftskongreß wurde von der Tagesordnung abgesetzt. Zum Vorsitzenden wurde H. Späthe wiedergewählt. Späthe empfahl dann Stellung zur Maifeier zu nehmen. Redner lehnt es ab, die Maifeier mit Lohnforderungen zu verknüpfen. Der Vorstand habe auch abgelehnt, die Kosten zu tragen. Hirschnagel-München ist der Meinung, daß es mit der Maifeier nicht recht vorwärts gehe. Die Maifeier konzentriert sich bei uns auf den ersten Sonntag im Mai. Bossenhart-Neu-Strelitz bezeichnet auch an diesem Ort die Feier als unbefriedigend. Die Anregung, möglichst Tarifverträge zur Durchführung zu bringen, fand allgemeine Zustimmung, aber es wurde gewarnt, Verträge auf zu lange Dauer festzulegen, weil solche Verträge es hindern, eine günstige Konjunktur auszunutzen. Nach einigen Schlußbetrachtungen des Wiener Delegierten Schmidt, des Vertreters der Generalkommission Robert Schmidt, des Vertreters des Holzarbeiterverbandes Schneegas und des Vorsitzenden Oehlert wurden die Verhandlungen geschlossen mit dem Wunsche, daß die Mitglieder auch den Beschluß der Generalversammlung vollkommen zur Ausführung bringen werden. Die Gegner des Anschlusses erklärten, daß sie alle Kräfte einsetzen werden, um im Sinne der Beschlüsse der Generalversammlung zu wirken.

8. General-Versammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

Mühlhausen i. Th., 18. April 1906.

Fünfter Verhandlungstag.

Die Debatte über die „Unterstützungseinrichtungen des Verbandes" wird lebhaft weitergeführt. Umbreit als Vertreter der Generalkommission plädiert für Einführung einer Sterbeunterstützung. Die Streikunterstützung soll in folgender Weise geregelt werden:

Beitrag für	50 Pf.	11—13 M.
„ „	40 „	9—11 „
„ „	30 „	7— 9 „
„ „	20 „	6— 7 „

Die niedrige Staffel ist für Mitglieder, welche noch keine Beitragsleistung von 52 Wochen geleistet haben. Ferner soll für jedes Kind unter 14 Jahren in Klasse I und II 0,75 M., in Klasse III und IV 1,— M. gezahlt werden, jedoch darf die Gesamtunterstützung in

Klasse I	10,— M.
„ II	12,— „
„ III	15,— „
„ IV	17,— „

nicht übersteigen. Bei Gemaßregeltenunterstützungen sollen diese Sätze um 2 M. in jeder Klasse erhöht werden. — Ferner müssen in allen Fällen, außer bei Krankheit, auch während der Unterstützungswochen die Beiträge gezahlt werden. Die Krankenunterstützung wird wie folgt geregelt:

I. Klasse	20 Pf.	2,— M.	2,50 M.	3,— M.	3,50 M.
II. „	30 „	2,50 „	3,— „	3,50 „	4,— „
III. „	40 „	3,— „	3,60 „	4,20 „	4,80 „
IV. „	50 „	3,50 „	4,20 „	4,90 „	5,60 „

Mit großer Majorität wird die Einführung einer Unterstützung bei Sterbefällen beschlossen, die sich nach folgenden Beitragsklassen regelt:

I. Klasse . . .	15 M.	20 M.	25 M.	30 M.
II. „ . . .	20 „	27 „	33 „	40 „
III. „ . . .	25 „	34 „	42 „	50 „
IV. „ . . .	30 „	40 „	50 „	60 „

Die übrigen Unterstützungszweige des Verbandes erfahren keine wesentliche Aenderung; nur einige redaktionelle Aenderungen werden vorgenommen. Das geänderte Statut soll mit dem 1. Januar 1907 in Kraft treten.

Zum Punkte „Gaueinteilung" und „Innere Verwaltung" erhält v. d. Berg zum Bericht der Kommission das Wort. Nach ausgedehnter Debatte werden zum Gaureglement einige redaktionelle Aenderungen angenommen. Ferner soll für Brandenburg ein und für Sachsen drei Gauleiter angestellt werden. Alle sonst gestellten Anträge finden unter diesem Punkte ihre Erledigung.

Nach mehrstündiger Debatte, worin nur interne Verwaltungsangelegenheiten behandelt werden, wird das Gehalt für die Beamten des Zentralvorstandes, das mit 2000 Mark beginnen und bis zu 2400 M. steigen soll, festgelegt, dagegen sollen die Gehälter der Ortsbeamten und Gauleiter von den betreffenden Orten und Gaubezirken selbst geregelt werden. Die Regelung des Gehaltes der Redakteure soll vom Vorstande vorgenommen werden. Ferner wird den Verbandsfunktionären das Recht auf 8—14 Tage Ferien zugebilligt.

Ferner wird dem Statut ein Passus, die Presse betreffend, angefügt.

Als besoldete Vorstandspersonen werden Hübsch, Treue, Rössel und Zehms wieder und Jäckel neu hinzugewählt; als Redakteure Wagner und Krätzig.

Die nächste Generalversammlung soll in Leipzig stattfinden, die Zeitbestimmung wird dem Vorstand überlassen. Der Sitz des Ausschusses wird nach Gera verlegt.

Dann werden die Verhandlungen geschlossen.

Aus der Partei.

Tausend politisch organisierte Landarbeiter (Instleute, Deputanten, Freiarbeiter, Knechte und kleine Besitzer) zählen jetzt in Ostpreußen die sieben fast rein ländlichen sozialdemokratischen Wahlkreisvereine. Die Zahl 1000 für eine ganze Provinz ist nicht groß. Wenn man aber bedenkt, unter welchen schwierigen Verhältnissen in diesen im Reichstage und Landtage durch erzreaktionäre Junker und Pfaffen vertretenen Wahlkreisen die Agitation betrieben werden muß, dann erscheinen tausend politisch organisierte, fast rechtlose Landarbeiter in einem ganz anderen Lichte.

Nur in vier von diesen sieben Wahlkreisen stehen der Sozialdemokratie in je einer kleinen Stadt beschränkte Versammlungsräume zur Verfügung. In einem fünften Wahlkreise ist ein solcher Raum erst vor ein paar Wochen beschafft. Auf dem platten Lande gelingt es nur ausnahmsweise, hier und da mal bei einem kleinen Besitzer in dessen Wohnung eine Versammlung abzuhalten. Aber gerade in den beiden der Stadt Königsberg am nächsten liegenden und fortgeschrittensten Wahlkreisen steht uns nicht ein einziges Versammlungslokal zur Verfügung. Die Vorstände dieser Kreisvereine haben nicht einmal ein Lokal, in dem sie ihre Sitzungen und Besprechungen abhalten können. Dazu kommt noch, daß in drei dieser ostpreußischen Wahlkreise eine mehr oder minder große Zahl litanisch sprechende Bevölkerung vorhanden ist.

Während unsere Agitatoren von den Pfaffen, Junkern, Lehrern und behördlichen Organen auf jede nur erdenkliche Art gehetzt und schikaniert werden, läßt man der gegnerischen Agitation den breitesten Spielraum und fördert sie nach Kräften. Kriegervereine, Heilsarmee, Sanitätskolonnen, Blau-Kreuzvereine, christliche sogenannte Arbeitervereine, Baptisten, freiwillige Feuerwehren und Turnvereine haben sich in jeder kleinen Stadt, in jedem Kirchspiel und in vielen großen Dörfern eingenistet. Sie treiben nicht zu knapp und ganz ungestört Politik im Sinne der reaktionären Machthaber und Volksausbeuter, die deshalb diesem volksverdummenden Treiben sympathisch gegenüberstehen. Neuerdings dringen Heilsarmee und Blau-Kreuz-Vereinler an Sonn- und Feiertagen mit Musik auf die Dörfer und Güter, verteilen dort Traktätchen, halten Reden und treiben sonst für ihre Ideen Propaganda. Dagegen werden im sozialdemokratischen Geruche stehende Personen oft so lange gemaßregelt und verfolgt, bis sie entweder ihre ostelbische Heimat verlassen, oder vollständig ruiniert, der Verzweiflung nahe, den ungleichen Kampf aufgeben. Sehr oft kommt es vor, daß aufgeklärte Landarbeiter, die für die Sozialdemokratie agitieren, von ihren eigenen unwissenden und verhetzten Klassengenossen geächtet und verfolgt werden.

Trägt man allen diesen widrigen Umständen Rechnung und bedenkt man, daß der erste ostpreußische ländliche Wahlkreisverein erst im März 1905, also vor kaum einem Jahre, der letzte aber erst im Oktober vorigen Jahres gegründet wurde, dann muß man doch zu der Ueberzeugung kommen, daß auch unter der ostpreußischen ländlichen Arbeiterbevölkerung der Sozialismus mit Erfolg den Gedanken der Organisation und das Klassenbewußtsein gefestigt hat. Man kann also wohl die Hoffnung aussprechen, daß bei weiterer rühriger Tätigkeit aller in Betracht kommenden Faktoren dem ersten Tausend bald das zweite und dritte Tausend klassenbewußter, politisch organisierter Landarbeiter folgen werden. Und damit ist denn das Vorhandensein des von der reaktionären Junkerclique oft so rühmend hervorgehobenen gesunden Sinnes der Landbevölkerung bewiesen.

Die Parteigenossen der oberen Rheinprovinz hielten zu Ostern in Trier ihren neunten Parteitag ab. Es waren 16 Reichstagswahlkreise durch 44 Delegierte vertreten; vier Kreise hatten keine Vertreter entsandt, weil dort die Parteibewegung noch äußerst schwach ist.

Die Tagung fand in dem eigenen Heim statt, das sich die Trierer Genossen unter Aufwendung eines beispiellosen Opfermutes erbaut haben. Es ist ein stattliches Haus aus rotem Sandstein mit einem großen schönen Saale. Bis heute warten die Parteigenossen aber immer noch vergebens auf die Schankerlaubnis, die ihnen die Trierer Machthaber verweigern, obwohl an dem Bedürfnis dazu selbst die Polizei beim besten Willen nicht zweifeln kann. Wer in dem Hause etwas verzehren will, ist gezwungen, Mitglied des Vereins zu werden, was denn auch die Delegierten und Gäste vorher getan hatten.

Zum erstenmal wohnte dem Provinzialparteitag eine Genossin bei. Sie war von den Trierer Parteigenossinnen entsandt worden, mußte aber infolge der Gesetzesunkenntnis der Trierer Behörde im Zuschauerraume Platz nehmen, um das Stattfinden der Tagung nicht zu gefährden. Die Belehrungen, die der Leiter des Parteitages, Genosse Bernhard Müller, den Vertretern der Polizei zu teil werden ließ, werden die Herren sobald nicht vergessen. Im übrigen haben die Rücken und Tücken der Gegner, die im frommen Trier so augenfällig zutage traten, den Geist der Verhandlungen nicht nur nicht beeinträchtigt, sondern sie haben außerordentlich begeisternd und anfeuernd auf den Kampfesmut aller Delegierten und nicht zum wenigsten der Trierer Genossen gewirkt. Der Parteitag zu Trier erwies sich der Tatsache würdig, daß er im Geburtsorte unseres Karl Marx stattfand. Wohl kein früherer Parteitag hat auf einer solchen intellektuellen und parlamentarischen Höhe gestanden. Aus dem gedruckt erschienenen Berichte des Agitationskomitees haben wir bereits kürzlich das Nötige mitgeteilt. Es sei hier noch die Resolution mitgeteilt, die der Parteitag nach einem trefflichen Referat des Genossen Hofrichter (Köln) über die preußische Wahlrechtsbewegung einstimmig beschloß. Sie lautet:

Der sozialdemokratische Parteitag für die obere Rheinprovinz nimmt Kenntnis von dem Versuche der preußischen Regierung, durch die Gesetzesvorlagen zum preußischen Dreiklassenwahlrecht dieses von allen politisch Denkenden verurteilte elendeste aller Wahlsysteme zu konservieren, anstatt es durch ein den Anforderungen der Zeitverhältnisse, den Wünschen des preußischen Volkes und den Forderungen von Recht und Gerechtigkeit entsprechendes Wahlrecht zu ersetzen.

Der Parteitag nimmt ferner Kenntnis von dem verächtlichen Verhalten der im preußischen Dreiklassenhause vertretenen politischen Parteien, die diesen Versuch der preußischen Regierung, statt ihn mit allen Mitteln zu bekämpfen und ihn zu durchkreuzen, durch ihr Eingehen auf die Vorlage unterstützten. Diese Tatsache zeigt, daß keine dieser Parteien den ernsthaften Willen zur Beseitigung des Dreiklassenwahlsystems hat, welches 85 Prozent des preußischen Volkes politisch entrechtet, sowie Fortschritt und freiheitliche Entwickelung in Preußen hemmt und in Deutschland bedroht.

Der Kampf um die Beseitigung des preußischen Herrenhauses und um den Ersatz des preußischen Dreiklassenwahlsystems durch das allgemeine gleiche geheime und direkte Wahlrecht für alle großjährigen Preußen ohne Unterschied des Geschlechts bleibt allein der Sozialdemokratie überlassen. Um auch den neuen Aufgaben voll gerecht werden zu können, fordert der Parteitag daher die Genossen des Agitationsbezirks auf, mit allen Kräften für die Ausbreitung der Parteipresse sowie die Festigung und den Ausbau der politischen Organisationen tätig zu sein.

Der Jahreskongreß der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands tagte während des Osterfestes in Stockton-on-Tees. Es war, wie einige Redner mit Recht erklärten, eine Siegesfeier, welche die Partei begehen konnte. Keir Hardie sagte u. a.: Niemals habe eine Partei, die 30 Mitglieder im Parlament habe, solchen Einfluß in irgend einem Lande gehabt. Das komme nicht von den 30 Stimmen, über die die Partei im Parlament verfügt, sondern der Einfluß der Partei liege außerhalb des Hauses. Snowden sagte: Daß Presse und Regierung jetzt die Sache der Arbeiter „entdeckt", sei nicht zum wenigsten das Verdienst der Unabhängigen Arbeiterpartei. Auch was die Fortschritte der Organisation anbelange, hat die U. A. P. alle Ursache, zufrieden zu sein. Es sind im Laufe des letzten Jahres 134 neue Lokalgruppen gebildet worden. Die Abrechnung bilanziert mit 67 680 M.; zu den Wahlkosten wurden 96 920 M. aufgebracht.

Von Pudsey lag ein Tadelsvotum gegen John Burns vor wegen dessen Briefe, die er während der Wahl zugunsten liberaler Kandidaten geschrieben hatte. Die Resolution wurde nicht zugelassen, weil, wie Bruce Glasier sarkastisch bemerkte, Burns nicht anders zu behandeln sei als andere Mitglieder der liberalen Partei. — Hierauf wurden einige Statutenänderungen vorgenommen. Der Nationalrat wurde auf 18 Mitglieder erhöht, von denen 6 auf den Jahreskongressen, die anderen 7 von den einzelnen Distrikten gewählt werden sollen. Als Vorsitzender wurde an Stelle von Snowden der Genosse Ramsay Macdonald gewählt.

Der belgische Parteikongreß verhandelte in seiner letzten Sitzung über die Alkoholfrage. Vor 2 Jahren wurde der Beschluß gefaßt, daß die sozialistischen Genossenschaften den Verkauf von Alkohol einzustellen haben; diejenigen, die diesen Beschlüssen nicht nachkommen, sollten aus der Partei ausgeschlossen werden. Obwohl diesem Beschluß durchaus nicht alle „Volkshäuser" (denn um solche handelt es sich vor allem) nachgekommen sind, hat man bis jetzt von der obigen Bestimmung noch keinen Gebrauch gemacht. Der Genosse Bologne berichtete über die durch die Beschlüsse geschaffene Situation. Diejenigen Volkshäuser und Genossenschaften, welche sich gefügt, seien geschädigt, ohne daß dem Alkohol Abbruch getan sei. Es sei gefährlich, die Arbeiter zu trennen in solche, die Alkohol konsumieren und in solche, die keinen trinken. Im Volkshaus zu Jolimont sei der Verkauf von Alkohol eingestellt; die Folge davon war, daß die Konkurrenz in der Nähe Destillationen eröffnete. Wenn man den Branntwein untersage, müsse man auch das Trinken von Bier und Wein verbieten. Debroukere erklärt sich gegen den Branntwein, will aber mäßigen Genuß von Bier und Wein zulassen. Vandervelde ist bekanntlich vollständiger Abstinent. Alkohol sei immer Gift, in welcher Form er auch genossen werde. Bei der Abstimmung wird schließlich der Beschluß nicht aufrecht erhalten; er wird bis zum nächsten Kongreß vertagt; auf den Generalversammlungen der Genossenschaften sollen Mitglieder des Parteivorstandes sich bemühen, jene zu veranlassen, den Wünschen der Partei nachzukommen. — Nachdem noch eine Sympathiekundgebung für die von den Schergen des Zaren unmenschlich mißhandelte Spiridonowa angenommen ist, wird die Wahl des Parteivorstandes erledigt und hierauf der Kongreß geschlossen.

Der dänische Parteitag. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurden der Reichstagsfraktion der Partei Aufträge zur Ausarbeitung verschiedener Gesetzentwürfe erteilt, namentlich zur Verbesserung des Schulwesens, zur Einführung der Gesundheitslehre in den Schulen und zur Verbesserung der Krankenkassengesetzgebung. Ferner soll die Fraktion einen Gesetzentwurf gegen die zügellose Ausbeutung polnischer Arbeitskräfte ausarbeiten, die von den dänischen Agrariern in Massen eingeführt werden und teilweise eine geradezu schmähliche Behandlung erfahren.

Außerdem wurde beschlossen, die Agitation unter den Landarbeitern mit ganz besonderem Eifer zu betreiben und die örtlichen Organisationen, die nicht selbst genug Mittel dazu besitzen, aus der Parteikasse oder mit Rednern zu unterstützen.

Schließlich wurden noch einige kleinere Aenderungen des Parteiprogramms beschlossen. Das Parteiprogramm soll dem nächsten Parteitag, der 1908 in Odense stattfinden wird, zur Revision vorgelegt werden.

Der norwegische Parteitag. Der Bericht des Parteivorstandes führte, soweit er sich auf die Unionsauflösung bezieht, zu einer langen und lebhaften Debatte, die von Redakteur Buen (Trondhjem) eröffnet wurde. Die meisten Redner kritisierten scharf das Verhalten des Storthingsabgeordneten Eriksen, der bekanntlich gegen das Karlstäder Uebereinkommen zwischen Norwegen und Schweden und schließlich, samt den anderen 3 Storthingsmännern der sozialdemokratischen Partei, für den neuen König gestimmt hat, und ebenso das Verhalten Chr. H. Knudsens und Gjöstens beim Einzug des Königs und den Einzugsfeierlichkeiten. Auch wurde Redakteur Kringen wegen der Haltung des Hauptorgans der Partei angegriffen.

Dr. Eriksen erwiderte, daß, als er gegen das Karlstäder Uebereinkommen agitierte und stimmte, er die Gewißheit gehabt habe, daß dessen Ablehnung nicht zum Kriege führen konnte. Er habe Aufzeichnungen über die geheimen Verhandlungen, die, wenn sie einmal veröffentlicht werden könnten, Licht über diese Frage verbreiten würden. Der Kongreß solle es der Geschichte überlassen, ein Urteil über die Frage zu fällen. — Wie Eriksen, so verteidigten sich auch die anderen Angegriffenen nach besten Kräften. Der weitere Verlauf der Debatte machte jedoch den Eindruck, daß sie es nicht vermocht hatten, die Mehrheit des Parteitages zu überzeugen, daß sie richtig gehandelt.

Der Parteitag beschloß in der folgenden Sitzung einige Aenderungen des Parteistatuts, die bestimmt und geeignet sind, den Zusammenhalt und die Disziplin innerhalb der Partei zu stärken.

Der Ausstand im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Zeitz, 18. April. (Eig. Ber.).

Eine wertvolle Errungenschaft des Streiks ist schon jetzt zu verzeichnen. Die Riebeckschen Montanwerke, die größte Aktiengesellschaft im Braunkohlenbergbau Mitteldeutschlands, haben die neunstündige Schicht auf den meisten ihrer Werke eingeführt. Da, wo es noch nicht geschehen ist, ist deren Einführung nur noch eine Frage kurzer Zeit. Allerdings bezieht sich dies nur auf die im unterirdischen Betriebe beschäftigten eigentlichen Bergleute. Als die wesentlichste Etappe auf dem Wege zur Achtstundenschicht ist der Fortschritt trotzdem mit Freuden zu begrüßen.

Im Erz-, Kupferschiefer-, Kali-, Steinkohlenbergbau bewegt sich von jeher die Schichtzeit für die Förderleute (Hauer, Lehrhauer, Schlepper) in den Grenzen zwischen acht, neun und in wenigen Fällen zehn Stunden. Im Braunkohlenbergbau hingegen war die Arbeitszeit beinahe unbegrenzt. Regel war bisher eine eigentliche Arbeitszeit von 6 Uhr früh bis 1/2 6 Uhr abends. Pausen 1/2 Stunde Frühstück und 1 Stunde Mittag. Die Mittagsstunde war den Leuten vielfach verkümmert dadurch, daß sie in derselben das zum Aufbauen nötige Grubenholz für den Gebrauch zurechtmachen mußten. Aber auch sonst sind schwere hygienische und sonstige Bedenken gegen die Mittagspause im Bergbau — so parodox es klingen mag — geltend zu machen. Bei den weitausgedehnten Bauen haben die Leute meistenteils einen mehrere Kilometer langen Weg unterirdisch zurückzulegen, ehe sie die „Fahrten" empor zum Licht klimmen können. Das Akkordsystem bedingt nun, daß die Leute erst im letzten Augenblicke die Keilhaue wegwerfen, um dann in wilder Hast, gebückt, stolpernd, ausrutschend, dem Ausgange zuzustreben. Die „Fahrten", 6—11 je nach der Tiefe der Schächte mehr oder weniger viele, zirka 5 Meter lange Leitern, werden so rasch die Kräfte es erlauben, erklommen und atemlos, keuchend, halb von Sinnen vor Anstrengung, mit einem unbeschreiblichen Blick ins Leere steht der Bergmann da. Triefend und rauchend vor Schweiß, halbverschmachtet.

Dann geht es gierig über das Mittagbrot. Die schmierig-schwarzen Hände besudeln Topf und Löffel. Was hilft's? Der Hunger treibt's hinein!

Die knappe halbe Stunde der Ruhe wird dann womöglich noch durch Schleifen des Gezähes und Holzzuhauen verkümmert und kaum ist's 1 Uhr, so drängt sich alles zum Schacht zur Einfahrt. Hals über Kopf geht es dann die Strecken wieder hinter „vor Ort" zur Arbeit. Durch das Hasten, um über Tage zu kommen, sowie nach der Pause die Arbeitsstelle wieder zu erreichen, ist eine Menge Arbeitskraft absorbiert — von „Erholung" gar nicht zu reden! — aber positiv geleistet, geschaffen ist nichts. Ein weiteres gewichtiges Argument gegen das Verlassen des „Ortes" ist die dadurch bedingte Unfallgefahr. In den zwei Stunden, in denen die Arbeit unbeaufsichtigt stehen gelassen worden ist, haben sich vielleicht Massen gelöst, Hohlräume gebildet und den Mann droht jeden Augenblick das Verderben. Er merkt's aber kaum. Tatsächlich weist die Statistik nach, daß der größte Prozentsatz an Unfällen auf die letzten Arbeitsstunden entfällt! Ein Beweis mehr, daß die Arbeitszeit verkürzt, die Mittagspause wegfallen muß.

Wenn nun oben gesagt ist, daß die größte Gesellschaft, die hier in Betracht kommt, die neunstündige Arbeit im Schachte eingeführt habe, so ist damit zugleich Bresche in das bisher geübte System geschlagen und die Wege für die Achtstundenschicht geebnet. Denn mit der Mittagspause ist die neunstündige Schicht keine Erleichterung und ohne dieselbe ist eine nur durch eine halbstündige Pause unterbrochene schwere intensive unterirdische Tätigkeit zu lang, und so drängt naturgemäß alles auf die Achtstundenschicht hin.

Wie man den Streikenden das Leben schwer macht, davon wieder ein Beispiel. Sollte da in Stackelberg bei Hohenmölsen am zweiten Feiertage eine öffentliche Volksversammlung, die erste seit reichlich einem Dutzend Jahren, stattfinden. Ein Lokal war gewonnen. Der Einberufer meldete die Versammlung am Sonnabend, den 14., vormittags brieflich beim zuständigen Amtsvorsteher — der zugleich Fabrikdirektor im Streikgebiet ist — an. Weil der Einberufer aber nicht angegeben hatte, wes Standes er ist, wurde die Bescheinigung auf Grund des § 1 des Vereinsgesetzes nicht ausgestellt. Der § 1 des Vereinsgesetzes schreibt aber die Angabe des Standes resp. der Beschäftigung des Einberufers gar nicht vor! Die Anmeldung mit dem ablehnenden Bescheide gelangte auf dem Rückwege zum Absender am 14. April, abends 6—7 Uhr, zur Abstempelung auf dem Postamte Webau. Am 16. April, vorm. gegen 9 Uhr gelangte sie in die Hände des Adressaten in Hohenmölsen! Der Brief hatte die Entfernung zwischen den beiden Orten, die keine 3/4 Stunden auseinanderliegen, in 38 Stunden zurückgelegt. (Ein Kompliment der postalischen „Fixigkeit"!) Die Versammlung war vereitelt, der Staat gerettet. Bevor die eingereichte Beschwerde zurück ist, ist der Streik vorbei und ein Bedürfnis nicht mehr vorhanden!"

JULIUS LINDENBAUM

Ecke der Fruchtstraße. **Große Frankfurterstraße 141.** Ecke der Fruchtstraße.

Größtes und ältestes Geschäft im Ostbezirk für

Herren- und Knaben-Garderobe.

Spezialität: Anfertigung nach Maß.

Garantie für tadellosen Sitz, sowie prima Zutaten und Verarbeitung.

Für beste und reellste Bedienung bürgt der langjährig bekannte gute Ruf meiner seit 1879 bestehenden Firma.

Bezahlung der Arbeitslöhne erfolgt nach dem von mir im vorigen Jahre mit dem Zentral-Verbande der Schneider und Schneiderinnen vereinbarten Tarif.

Von der

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek

sind bisher folgende Hefte erschienen: 233/19*

Heft 1
Die erste Hülfe bei Unglücksfällen von Dr. Christeller
Muß in Fabriken, Werkstätten, auf Bauplätzen vorhanden sein.

Heft 2
Das erste Lebensjahr . . . . . von Dr. Silberstein
Jeder jungen Mutter zur Anschaffung zu empfehlen.

Heft 3
Gesundheitspflege des Nervensystems von Dr. Hirschlaff
Wer seine Nerven gesund erhalten will, lese diese Anleitung dazu.

Heft 4
Der Achtstundentag . . . . . von Dr. Zadek
Eine ärztliche Begründung der sozialdemokratischen Forderung.

Heft 5
Alkoholfrage und Arbeiterklasse . von Dr. Fröhlich
Eine empfehlenswerte Agitationsbroschüre.

Heft 6
Das Schulkind . . . . . von Dr. Silberstein
Die Kinder vor Schulkrankheiten schützen, ist Zweck des Büchleins.

Heft 7
Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten von Dr. Gebert
Belehrend über diese, für jeden Menschen wichtige Frage.

Heft 8
Nahrung und Ernährung . . . . . von Dr. Chajes
Ein wichtiges Kapitel für die Arbeiterfamilie.

Heft 9
Wie sollen wir uns kleiden? von Dr. P. Bernstein
Eine belehrende Abhandlung über diese wichtige Frage.

Heft 10
Der Arbeiterschutz mit besonderer Berücksichtigung der Werkstatthygiene . . . . . von Dr. M. Epstein-München.

Jedes Heft kostet 20 Pfennig.

Diese Abhandlungen sind für jedermann verständlich geschrieben und sollten in keiner Familie fehlen.

Expedition des „Vorwärts"
Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, Laden.

BRENNABOR

Die Brennabor-Räder mit ihrem spielend leichten Lauf und ihrer nahezu unbegrenzten Haltbarkeit sind **nur echt**, wenn sie

nebenstehende Marke

am Steuerrohr tragen.

Brennabor-Werke, Brandenburg a. H.

Filiale Berlin W., Kronenstraße 11.

Färberei, chem. Waschanstalt,
Reinigung von Herren- u. Damen-Garderobe. Gardinenwäscherei.
A. Backhoff, Skalitzerstr. 81,
früher 22 Jahre Skalitzerstr. 108.

Lunge u. Hals.
Bei Husten, Heiserkeit, Verschleimung, Brustleiden, Asthma rc. gebrauche man nur den garant. echt.
Russischen Knöterich
Pakete mit wissenschaftl. Gutachten M. 1.—, 3 Stck. 2.75. Bei 6 Paketen franko überall hin. **Reichel's Bonbons Pectoral,** aus nur heilkräftigen Arzneistoffen bestehend, sind wunderbar in ihrer Wirkung u. verdoppeln den Erfolg. 1 Pfund 1.20 M., ½ Pfund 60 Pf. Versand hier frei Haus!
Otto Reichel, BERLIN 43, Eisenbahnstr. 4.

Mächtige Bundesgenossen

im Kampf gegen die noch immer herrschende Fleischteuerung findet die Hausfrau in **Knorr's Suppentafeln** und **Erbswurst**, aus denen sich nur mit Wasser kräftige Fleischbrühsuppen in wenigen Minuten herstellen lassen. Verlangen Sie bei Ihren Lieferanten ausdrücklich: **Knorr's Suppentafeln** und **Erbswurst!**

Jedes Jenensia-Rad
ein Meisterwerk deutscher Technik.
Teilzahlung! Zwei Jahre Garantie
Sozial-Räder M. 65.—, Sozial-Luxus-, mit Freilauf, M. 100.—,
Gebrauchte Räder billig! Bitte genau auf Hausnummer „23" zu achten.
23, R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.

H. Zimmermann
Berlin SO. Juwelier Oranienstr. 206
Gold- und Silberwaren-Fabrik,
Uhren-Großhandlung. 277L*
Eigene Werkstatt für Neuarbeit u. Reparatur.
Streng reell. — Billigste Preise.

Blitz-Schnell
kommt man mit der Hochbahn bei **Weingarten,** Gitschinerstr. 72, Station im Hause. Empfiehlt:
1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,
1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,
auch für korpulente Herren passend.
Dieselben sind von feinen Kavalieren und Reisenden, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen. 5352*
Fahrgeld wird vergütet. ● Bitte auf Hausnummer zu achten.

Hammel-Zentrale

Hammelfleisch-Verkauf nach Pariser Art
Dresdenerstraße 17
vis-a-vis Tamaschke. 538L*

Täglich von 4—8 Uhr nachm. findet Probewaschen mit den weltberühmten patentierten Waschmaschinen, Wringmaschinen und Waschpulver „Ruhrperle" von dem größten Spezial-Fabrik-Geschäft der Welt „Karl Kampmann jr., G. m. b. H., Mülheim-Ruhr" statt. — Heinrich Lohbeck, Berlin N., Invalidenstraße Nr. 142, Hof, Quergebäude.

New-Departure-Freilauf-Bremsnabe

Die beste der Welt Erhältlich in jeder besseren **Fahrradhandlung.** **Millionen im Gebrauch**

Engros-Vertrieb: Romain Talbot, Berlin S.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1†

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brüm, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 263/3

Möbel, Gelegenheitskäufe, neue und gebrauchte billig Linienstr. 247 I.

Hochvornehme Herrenanzüge, Sommerpaletots, die aus feinsten Maßstoffen gefertigt wurden, 18 bis 38,00, Herrenhosen 7—12,00 verkauft täglich, Sonntags. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, 1 Treppe.

Gardinen-Versandhaus Jerusalemerstraße 11/12 Saison-Ausnahmepreise für Gardinen, Stores, Bettdecken, Portieren, Tischdecken. Reste enorm billig. 1435R*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36 b. 1427R*

Fahrräder, Teilzahlungen. Bergstraße 28, Skalitzerstraße 40. 1418R*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Bauparzellen, genehmigter Bebauungsplan, Straßenland frei, projektierter Bahnhof dicht Kolonie, Quadratrute neun Mark, ganze Blocks billiger, zirka 80 Parzellen verkauft Burkhardt, Blumberg bei Ahrensfelde. †121*

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5,00 an, Hosen von 1,50 an, Gehrockanzüge von 12,00 an, Fracks von 2,50 an, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am vorteilhaftesten bei Natz, Mulackstraße 14. 1271b*

Nähmaschinen, gebrauchte, Wheeler-Wilson von 8 Mark und Langschiff von 10 Mark an. Bellmann, Gollnowstraße 26. 1132R

Federbetten Stand 10,50, große 16 Mark. Pfandleihhaus Küstriner Platz 7. 1462R*

Möbel, Spiegel, Sofas, Bettstellen, reelle Matratzen, enorm riesige Auswahl vollständiger Wohnungs-Einrichtungen bekannt billigst! „Nur Grünerweg 81." Hermann Dwinatzki.

Kinderwagen, Kinderbettstellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgesetzte spottbillig. Schneider, Kurfürstenstraße 172. 885b*

Fahrräder, verfallene, am billigsten Leihhaus, Neue Schönhauserstraße 11. (Achtung Hausnummer.) Größtes Fahrräderlager Berlins, Riesenauswahl sämtlicher Fahrradmarken zu Preisen, welche keine Konkurrenz bieten kann. Tatsächlich günstige Gelegenheiten feinster Qualitätsmarken. Nagelneue Fahrräder, hochschneidige Straßenrenner 45,00. Gebrauchte Fahrräder „kleinste Preislagen". Man achte genau auf Firma und Straßennummer. Leihhaus Lohmann, Neue Schönhauserstraße 11.

Zwei große Bettlaken 2,70, Bettbezug und zwei Kopfkissen 3,95, Herrenhemden Vierteldutzend 3,40, Ausstattungen, sowie eleganteste Reisemuster spottbillig. Wäschefabrik Salomonsky, Dircksenstraße 21, Alexanderplatz. 237/14

Plüschsofas, Raummangels, 40,00, 45,00, 50,00, 55,00, Schreibtisch 35,00, seltene Gelegenheit. Salongarnitur 75,00. Landsbergerstraße 42 II.

Neues Taschensofa, Tuchsofa, Chaiselongue, Nußbaummöbel spottbillig verkäuflich. Hauswirt Pankow, Brehmestraße 52. 1275b

Zigarren, Zigaretten, gut, billig, Königsbergerstraße 22, gegenüber Gubenerstraße. †68

Schaukelwanne, Moosdorf-Hochhäusler, verkauft Mix, Skalitzerstraße 59. †21

Fahrräder, neue und gebrauchte, spottbillig, auch Teilzahlung. Große Frankfurterstraße 14, Kämmereit. †68*

Möbel, Kleiderschränke, Sofas, Bettstellen, reelle Matratzen, Küchenmöbel, spottbillig. Großartige Auswahl. Saalfelds Möbelspeicher, Krautstraße 50, kein Laden 1299b*

Waldbaustellen, Quadratrute 10 Mark an, jeder Größe, im idyllischen Birkenwerder, beste Kapitalsanlage. Jorrs, Pankow, Elisabethweg 10. 1288b*

„Damenuhr" Gratiszugabe oder bis 12,00 Vergütung, Nähmaschinen ohne Anzahlung Woche 1,00. Postkarte genügt. Köpenickerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Prenzlauerstraße 59/60. †89*

Nähmaschinen. Zahle bis 15,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Woche 1,00. Postkarte. Brauser, Tilsiterstraße 90. †67*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Zigarren-, Zigarettengeschäft billig verkäuflich. Chausseestraße 45. †129

Kinderwagen, Gummi 12,00, Sportwagen 6,00, zurückgesetzte, gebrauchte spottbillig. Umtausch. Alte werden mit in Zahlung genommen. Kietzling, Gneisenaustraße 15. 1289b

Pianino, kreuzsaitig, 140,00, Turmstraße 8, parterre. 115/11

Kanarienhähne 5,00, Weibchen 1,50 Jüdenstraße 47 II. 115/12

Adlernähmaschine, Langschiffchen 10,00 Jüdenstraße 47 II. 115/13

Verschiedenes.

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a. 973b*

Pfandleihe, Prinzenstraße 63, täglich 8—8, Sonntags bis 2. 1429R*

Kunststopferei von Frau Kokosky, Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Pfandleihe Markusstraße 27. *

Verloren zwei Policen: G. 0712 Görnitz, G. 054307 Gohlke. Der Finder wird gebeten, abzugeben Kurfürstraße 34/35, Görnitz. 1291b

Wasserwagen jeder Art repariert Kortt, jetzt Hochstädterstraße 9. †80

Vereinszimmer, Saal, Kegelbahn zu vergeben. Alte Jakobstraße 83. 1276b

Fahrräderverleihung Große Frankfurterstraße 14, Kämmereit. †68*

Fahrräderreparaturen, Zubehörteile, sehr billig Große Frankfurterstraße 14, Kämmereit. †68*

Kleiderspind kauft Verwalter, Palisadenstraße 95. *

Vermietungen.

Zimmer.

Möbliertes Zimmer für einen Herrn Boxhagenerstraße 14/15, vorn IV, bei Kochinski. †68*

Möblierte Zimmer für Damen, mit und ohne Kost, Krausenstraße 24, Hof 2 Treppen rechts. 1290b

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle für zwei Herren, 1. Mai. Alexandrinenstraße 58, Seitenflügel I rechts.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Glätzer, Mulackstraße 27. 1468b

Stellenangebote.

Zusammensetzer auf Perlmutter verlangt Crosinsky, Köpenickerstr. 154.

Färber und Wäscher verlangt Gebr. Altenbergs Färberei, Weißensee, Langhansstraße 4. †124*

Versilberer und Barockvergolder verlangt Max Leonhard, Schlesischestraße 31. †21*

Schlosserlehrling verlangt Brandes, Alexandrinenstraße 118. 1213b*

Klavierspieler Sonnabend, Sonntag verlangt Mix, Skalitzerstraße 59.

Hausreiniger wird verlangt zum 1. Mai. Zu erfragen Stargarderstraße 8, parterre links. †24

Grundierer verlangt Wienecke, Görlitzer Ufer 23. †21

Farbigmacher verlangt Hermann Glischke, Weißensee, Sedanstraße 46a.

Suche tüchtigen Lackierer auf Operationsmöbel, dauernde Stellung. Gerke, Berlin, Birkenstraße 18. †74

Fliesenleger verlangt Pinkowsky, Gneisenaustraße 29. †105

Winkelschmied, tüchtiger, und tüchtige Vorreiher für Eisenkonstruktion und Brückenbau sofort gesucht. Druckenmüller, Schöneberg. 1285b

Vergolder-Lehrling verlangt F. Bathe, Köpenickerstraße 127. 6,00 Kostgeld. 1287b

Automobilführer! Federmann wird schnellstens zu erstklassigem Chauffeur ausgebildet. Lehrpläne kostenlos. Automobiltechnikum, Berlin, Spitzernstraße 11/12. 296/99*

Stanzer, welche an Ziehpressen gearbeitet haben, suchen Gebr. Koppe, Lichtenberg, Rittergutsstraße 131/132.

Junge Mädchen finden dauernde Beschäftigung Kartonfabrik Grüner Weg 104. 115/10

Zeitungsfrauen finden sofort lohnende Beschäftigung Prinzenstraße 41. 115/8*

Zeitungsfrauen verlangt Kronenstraße 65. 1280b*

Arbeiterinnen, Woche 10 Mark, sucht Kroner, Alexandrinenstraße 119.

Parfümerie-Direktrice, im Entwerfen von Mustern gewandt und zuverlässig in der Beaufsichtigung, verlangt Danziger, Alte Jakobstraße 9.

Achtung! Waschfrauen, Reinmachefrauen usw. werden bei höchsten Löhnen von größerem, neu gegründetem Institut gesucht. Gebühr nur 50 Pfennige. Anna Grütte, Stellenvermittlerin, Oranienstr. 50, I.

Zeitungsfrauen finden sofort lohnende Beschäftigung Schützenstraße 22/23. (Tour Mauerstraße und Taubenstraße). 115/2*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Stellung
sucht routinierter **Zeitungs-Fachmann** (Buchdrucker), zurzeit Redakteur an einem 8seitigen Parteiblatt, zum 1. Juli in einem Parteiunternehmen als **Redakteur, Geschäftsführer** oder in einem sonstigen Zweige des Zeitungswesens.
Offerten sind unter **C. 3** an die Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Farbigmacher
für **Goldleistenfabrik** finden bei **Fischler & Co.** in **Budapest, Lehelgasse 23, dauernd** Beschäftigung. *

= Werkzeugmacher =
für Schnitte und Stanzen gesucht.
Carl Otto Nachf., Usedomstr. 31, 291/12 Fabrik für gelochte Bleche.

Tüchtige Arbeiterinnen
bei hohem Lohn und Vergütung des Fahrgeldes gesucht 6812*
Chemische Werke Florian & Co.,
Britz-Berlin, Chausseestr. 68.

Die gemeinf. Ortskrankenkasse für Mariendorf und Umgegend
beabsichtigt zum 1. Juni d. J. einen **Kassenbeamten** einzustellen, der nebenher die **Krankenkontrolle** auszuüben hat. **Bevorzugt** werden Kassenmitglieder. — Bewerbungen, denen eine kurze schriftliche Arbeit über die Aufgaben eines Krankenbesuchers beizufügen ist, sind bis zum 30. April d. J. unter **K. B.** an unsere Kasse in Mariendorf, Chausseestraße 74, II, einzureichen. [273/2
Mariendorf, 14. April 1906.
E. Beihke, Vorsitzender.

Achtung, Wagenfabriken!
In den Wagenfabriken von **Kühlstein,** Charlottenburg, **L. Ruhe** Inh. Lousebner, Enckepl. 6, **Kliemt,** Neue Königstraße, **Gebr. Wienicke,** Pankow, **Franke,** Inselstraße, befinden sich die sämtlichen **Arbeiter** im Streik.
Wir ersuchen die Kollegen aller Branchen nach den obigen Betrieben keine Arbeit anzunehmen. 176/3
Die Agitationskommission.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Der Kongreß der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften.

In der gestrigen Sitzung wurde die Beratung über den Programmentwurf fortgesetzt. Der Absatz über Zugehörigkeit zur Freien Vereinigung wurde nach Ablehnung einiger Aenderungsanträge wie folgt angenommen:

„Zur Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften können alle Gewerkschaften gehören, die sich zu deren Grundsätzen bekennen und sich solidarisch erklären in den Kämpfen aller Arbeiter ohne Rücksicht auf Nationalität und Organisationsform, soweit sie auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Zur Freien Vereinigung können nicht gehören solche Gewerkschaften, die den Klassenkampf verleugnen und statt der Gegensätzlichkeit eine Gemeinsamkeit der Interessen zwischen Unternehmern und Arbeitern anerkennen und erstreben.“

Der Absatz über Organisation erhielt nach Annahme einiger Zusatzanträge folgende Fassung:

„Die Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften setzt sich zusammen aus Zentralisationen und solchen selbständigen Lokalorganisationen, für deren Beruf eine Zentralisation der Freien Vereinigung nicht angeschlossen ist.

Jede Organisation hat ihr vollkommenes Selbstbestimmungsrecht und ihre eigenen, den örtlichen wirtschaftlichen und beruflichen Verhältnissen entsprechenden Statuten, welche den Grundsätzen der Freien Vereinigung nicht widersprechen dürfen.

Unter allen Umständen ist jede Gewerkschaft verpflichtet, mindestens als Jahresbeitrag einen halben Wochenlohn von ihren Mitgliedern zu erheben sowie pro Mitglied und Quartal 5 Pf. zum Agitationsfonds an die Geschäftskommission zu zahlen.

Den Gewerkschaften wird empfohlen, wenn an einem Orte mehrere der Freien Vereinigung angeschlossene Organisationen bestehen, sich zu Kartellen zu vereinigen. Die Kartelle haben die Aufgabe, die örtlichen Interessen aller ihnen angeschlossenen Organisationen und Mitglieder zu vertreten, namentlich bei Wahlen, Streiks, Aussperrungen und Boykotts einzugreifen und den Grundsätzen der Freien Vereinigung gemäß zu wirken sowie Rat und Auskunft in allen gewerblichen und die Arbeiterversicherung berührenden Fragen zu erteilen.

Personen, für die eine Zentralisation oder Lokalorganisation nicht besteht, können sich als Einzelmitglieder der Freien Vereinigung anschließen.“

Von Ausständen handelt folgender Abschnitt, der ohne Aenderung angenommen wurde:

„Die Unterstützung von Ausständen beruht auf Gegenseitigkeit und freier Solidarität.

Aufgabe jeder Gewerkschaft ist es jedoch, daß sie alles aufbietet, um ihre Streiks und Sperren selbst unterstützen zu können.

Gewerkschaften, welche sich an der Unterstützung von Ausständen trotz finanzieller Möglichkeit ihrerseits nicht beteiligen, haben kein Recht, die Solidarität der anderen Gewerkschaften in Anspruch zu nehmen.“

Die näheren Bestimmungen über die Streikunterstützung sind in einer vom vorigen Kongreß angenommenen Resolution festgelegt und bleiben unverändert bestehen.

Zum Absatz Kongreß war eine neue, der Größe der einzelnen Gewerkschaften Rechnung tragende Regelung der Beschickung vorgeschlagen. Dies wurde jedoch abgelehnt, so daß es nach wie vor den Gewerkschaften überlassen bleibt, die Zahl ihrer Delegierten selbst zu bestimmen.

Der Kongreß findet alle zwei Jahre statt; außerordentliche Kongresse können auf einstimmigen Beschluß der Geschäftskommission und auf Antrag von mindestens zwei Dritteln der angeschlossenen Organisationen einberufen werden.

Die Absätze über die Geschäftskommission und die Revisoren wurden, wie sie vorgeschlagen waren, angenommen und entsprechen dem bisher Bestehenden.

Zum Absatz Organ lagen verschiedene Anträge auf Verbesserung, Erweiterung sowie Verbilligung und die Verbreitung der „Einigkeit“ betreffend, vor. Darüber entwickelte sich eine lebhafte Debatte, die in der Vormittagssitzung nicht zu Ende geführt werden konnte.

In der Debatte über das Organ, die in der Nachmittagssitzung fortgesetzt wurde, handelte es sich teils um einen Antrag, die „Einigkeit“ für alle angeschlossenen Gewerkschaften ohne Ausnahme obligatorisch einzuführen. Dagegen sprachen Regge (Kürschner) und Schröder (Metallarbeiter), deren Organisationen eigene Organe herausgeben und bei Annahme des Antrages mit größeren Ausgaben für die Presse rechnen müßten. Der Antrag wurde gegen 19 Stimmen abgelehnt; beschlossen wurde, daß die „Einigkeit“ in allen Gewerkschaften, die kein eigenes Organ haben, obligatorisch eingeführt sein soll. Ein zweiter Antrag, die „Einigkeit“ alle 14 Tage dreimal, statt wöchentlich einmal erscheinen zu lassen, wurde ebenfalls abgelehnt. Angenommen wurde folgende Resolution:

„Der siebente Kongreß erkennt an, daß die Presse zur Weiterentwickelung und Aufklärung der Mitglieder der Freien Vereinigung notwendig ist und die geistige Waffe im Kampfe mit unseren Gegnern jedweder Art darstellt.

Deshalb beschließt der Kongreß, die „Einigkeit“ viel mehr als bisher mit prinzipiell aufklärenden Artikeln auszustatten.

Besonders sollen regelmäßig Berichte aus der internationalen Arbeiterbewegung gebracht werden; auch soll versucht werden, ausländische Gesinnungsgenossen zur Mitarbeit heranzuziehen, um das Gefühl der internationalen Solidarität in allen Mitgliedern zu wecken.

Die oft ganz überflüssigen Berichte über interne Organisationsangelegenheiten sollen soviel wie möglich eingeschränkt werden.

Alle der Freien Vereinigung angeschlossenen Zentralisationen und Ortsvereine sind verpflichtet, innerhalb und außerhalb ihres Mitgliederkreises eine kräftige Agitation für Gewinnung von Abonnenten zu entfalten, um dem verflachenden Einfluß der Zentralverbandspresse entgegenzuwirken.“

Der ganze Programmentwurf wurde schließlich mit den beschlossenen Aenderungen und samt der alten Resolution über die Streikunterstützung einstimmig gutgeheißen.

Hierauf fand die Wahl der Geschäftskommission statt. Als Vorsitzender und Redakteur wurde Fritz Kater gewählt, als Kassierer und Expedient Andreas Kleinlein, als Beisitzer Puttlitz, Hinrichsen und Thieme. Als Revisoren wurden Schönheim und Gehl gewählt.

Das Gehalt des Vorsitzenden wurde wie bisher auf 2400 M. festgesetzt, das des Kassierers auf 2200 M.

Als letzter Punkt der Tagesordnung kam eine Anzahl besonderer Anträge zur Beratung. Einige Anträge zur Förderung der Agitation durch Herausgebung von Agitationsmaterial, Aufstellung einer Referentenliste usw. wurden der Geschäftskommission zur Berücksichtigung überwiesen. Folgender Antrag über Frauenagitation wurde nach kurzer Begründung durch Frau Müller gegen drei Stimmen angenommen:

„Der siebente Kongreß verpflichtet die Geschäftskommission, mehr als bisher der proletarischen Frauenbewegung Beachtung zu schenken und sie demgemäß zu unterstützen. Dies kann geschehen, wenn seitens der Agitationskommissionen und Kartelle unserer Richtung Frauenversammlungen mit zweckentsprechenden Vorträgen einberufen werden, um die Frauen und Töchter des Proletariats zu organisieren. Die Frauenorganisation, welche auf dem Boden der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften steht, ist der „Gewerkschaftliche Frauenverein zu Berlin“. Derselbe würde sich, sobald an weiteren Orten sich solche Vereine bilden, die Form der Zentralisation im Sinne der Freien Vereinigung geben.“

Ueber einen Antrag, der eine grundsätzliche Verwerfung aller Tarifverträge enthielt, wurde nach kurzer Debatte zur Tagesordnung übergegangen.

Anträge einiger Gewerkschaften auf Niederschlagung von Darlehnsschulden wurden nach kurzer Begründung durch die Vertreter jener Gewerkschaften angenommen.

Zur Maifeier wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„In Erwägung, daß seit dem Internationalen Kongreß 1889 zu Paris, der für den 1. Mai eine internationale Manifestation (Kundgebung) beschloß, mit der Maßgabe, daß gleichzeitig in allen Ländern und in allen Städten an einem bestimmten Tage die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten (Behörden) die Forderung richten, den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen usw.

In fernerer Erwägung, daß sich seit 1890 bis 1905 der Gedanke der Arbeitsruhe am 1. Mai als Demonstration und als würdigste Feier desselben immer mehr und mehr eingelebt hat, beschließt der Kongreß, am 1. Mai jeden Jahres die Arbeit ruhen zu lassen. Jeder Arbeiter hält es für seine Ehrenpflicht, an diesem Tage durch Verweigerung der Arbeit unter voller Selbstverantwortung der Klassengesellschaft, sowie dem klassenbewußten Proletariat zu bekunden, daß die Idee des allgemeinen Generalstreiks im Wachsen begriffen ist.

Die Feier des 1. Mai soll der Maßstab für das Wachsen des Klassenbewußtseins im Proletariat sein.“

Ein Antrag Biester, den im Juni in Genf stattfindenden antimilitaristischen Kongreß durch Delegierte zu beschicken, wurde nach längerer Debatte gegen neun Stimmen abgelehnt. Einstimmig angenommen wurde folgender Antrag:

„Der Kongreß möge beschließen, daß gegenüber den immer mehr überhand nehmenden Forderungen der Reichsregierung für Heer und Flotte und der damit verbundenen immerfort steigenden Mehrbesteuerung der unteren Volksschichten die Geschäftskommission, getreu dem Vorbilde der französischen Antimilitaristen, in Wort und Schrift gegen diese Forderungen der Reichsregierung energisch Front macht.“

Ferner wurde beschlossen, den internationalen Sozialistenkongreß im Jahre 1907 durch zwei Delegierte zu beschicken. Als Delegierte wurden Fritz Kater und Theodor Fischer gewählt, als Ersatzmänner Puttlitz und Gast.

Auf Antrag Biester wurde beschlossen, zum antimilitaristischen Kongreß in Genf einen offiziellen Berichterstatter der „Einigkeit“ zu senden.

Sodann wurde der Kongreß nach einer Ansprache Theodor Fischers mit Hochrufen auf den internationalen revolutionären Sozialismus geschlossen.

Soziales.

Die Landarbeiterorganisation.

Der „Konservativen Korrespondenz“ macht der am Karfreitag von dem Brandenburger Gauverband der Fabrik-, Land- und Hülfsarbeiter energisch bekundete Entschluß, die traurige Lage der Landarbeiter trotz der gesetzlichen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch engeren gewerkschaftlichen Zusammenschluß zu heben, arge Kopfschmerzen. Sie stößt folgenden Stoßseufzer aus:

„Gewerkschaftliche Organisation der Landarbeiter. Das Ei des Kolumbus! Vergebens hatten sich bisher die sozialdemokratischen Parteigrößen, die Theoretiker und die Praktiker, über die Lösung der Frage ihre Köpfe zerbrochen, wie es möglich wäre, die „dicken Schädel“ der Landleute zu revolutionieren und dasjenige Element an die rote Fahne zu fesseln, ohne welches — wie schon Marx und Engels bekannt hatten — an einen Sieg der Sozialrevolution nicht zu denken ist. Die Landleute zeigten sich aber keineswegs als so „dumm“, wie sie in den Kreisen der „Genossen“ verschrien sind, sie erkannten die sich mit Versprechungen herandrängenden roten Sendboten und wiesen ihnen die Tür. Nun wollen es die Sozialdemokraten auf eine andere Art versuchen. Sie wollen als neutrale Gewerkschaftler kommen. Sie wollen es ungeheuer billig machen, nämlich für Männer wöchentlich zu zehn, für Frauen zu nur fünf Pfennigen. Dafür wollen sie „Rechtsschutz“ gewähren und versprechen auch noch — ohne sich auf das Halten zu verpflichten — Maßregelungs-, Umzugs- und Sterbeunterstützung. Der Verband der Fabrik-, Land- und Hülfsarbeiter will demnächst auf dem Lande seine Jahrmarktsbuden aufschlagen und die Landarbeiter zum Eintritt auffordern. Billig hier! Zehn Pfennige für Männer, fünfe für Frauen! Für die Landarbeiter aber, die mit jedem Pfennig rechnen müssen, ist diese Geldausgabe von 5,20 M. oder 2,60 M. auf das Jahr noch viel zu hoch; denn von den sogenannten Gegenleistungen können sie keinen Gebrauch machen. Außerdem ist die Zumutung für sie, sich den roten Gewerkschaften als revolutionäres Kanonenfutter zu verschreiben, zu stark. Sie werden also wohl von der Reklametrommel des Gewerkschaftsverbandes sich nicht locken lassen. Ob die „Genossen“ auf das platte Land gewerkschaftlich oder sozialdemokratisch kommen, macht keinen Unterschied. Ihr Zweck ist Verhetzung, und dem wird man nach wie vor entgegen zu treten wissen. Und um so erfolgreicher wird dies geschehen können, je sorgsamer die Wohlfahrtspflege auf dem Lande getrieben wird.“

„Wohlfahrtspflege auf dem Lande“ von Konservativen getrieben! Darunter versteht wohl die „Konservative Korrespondenz“: Heranziehung von Ausländern, Beschäftigung von Korrigenden, Gefangenen, Zuchthäuslern als billige Arbeitskräfte, 14 stündige Arbeitszeit, jammervolle Löhne, rechtswidrige Lohnvorenthaltung, Hülflosigkeit in Krankheitsfällen, menschenunwürdige Wohnungen, unverschämte und schamlose Behandlung, Verschränkung des Rechtsweges und dergleichen osteibische „Wohltaten“, vor denen selbst ausländische nach Deutschland gelockte Arbeiter ausreißen. Die Sozialdemokratie hat insbesondere in der letzten Zeit recht viele neue Anhänger gewonnen. Die „konservativer Wohltaten“ sind der Boden, auf dem die sozialdemokratische Aufklärungsarbeit unter den Kleinbauern und den ländlichen Arbeitern prächtig gedeiht. Uebrigens: vor der Zollerhöhung auf notwendige Lebensmittel und Bedarfsartikel versprachen die „allen ehrlichen“ konservativen Großgrundbesitzer, daß sie nach der Zollerhöhung bessere Lohnbedingungen den ländlichen Arbeitern bieten würden. Hat vielleicht die „Konservative Korrespondenz“ schon einen Landarbeiter entdeckt, dem dieses Versprechen eingelöst ist?

Wissenschaftliche Kurse zum Studium des Alkoholismus.

Auch in den weiteren Vorträgen zur Bekämpfung des Alkoholismus wurde der sozialen Ursachen, die zum Alkoholmißbrauch veranlassen, und der Notwendigkeit einer Bekämpfung dieser Ursachen kaum gedacht. Gerade diese wohlgemeinten Vorlesungen beweisen, daß auch auf diesem Gebiete der Kampf, soweit der Alkoholismus durch die Erfassung weiter Volkskreise soziale Gefahren in sich birgt, lediglich Aufgabe der Arbeiterklasse selbst sein kann und schon heute unendlich wirksamer durch die Arbeiter in ihren gewerkschaftlichen und politischen Organisationen geführt wird, als durch allerlei gut gemeinte Ratschläge, zu deren Ausführung die Mittel versagt werden.

Dr. Bergemann (Striegau) hob in seinem Vortrag hervor, das den meisten Erfolg gegen den Alkoholismus versprechende Mittel liege in der Erziehung der Jugend. Freilich dürfe nicht verkannt werden, daß eine in den Dienst der gegen den Mißbrauch geistiger Getränke gerichteten Bestrebungen gestellte Jugenderziehung heutzutage noch mit sehr großen Schwierigkeiten zu kämpfen habe. Besonders schwerwiegend sei der Umstand, daß es noch sehr an geeigneten Erziehern in Haus und Schule fehle. Auch sei die Beschaffenheit unserer gesamten sozialen Verhältnisse einer Erziehung zur Enthaltsamkeit durchaus nicht günstig. Dennoch müsse getan werden, was irgend möglich sei. Man möge sich bemühen, nach Kräften aufklärend zu wirken und alle Kreise und Schichten der Bevölkerung über die außerordentlich großen Gefahren, mit denen der Alkohol Gesundheit, Volkswohlstand und Sittlichkeit bedrohe, zu belehren und auf diese Weise eine allmähliche Umgestaltung eben des sozialen Milieus herbeizuführen und die Zahl der guten Erzieher zu vermehren. Ferner versuche man, Erziehungsmaßnahmen durchzusetzen, die dem Zweck, enthaltsame Menschen heranzubilden, am besten zu entsprechen erscheinen. Am erfolgreichsten sei hierbei die Gewöhnung an Enthaltsamkeit, sowohl als unmittelbare wie auch als mittelbare Gewöhnung, d. h. als direktes Anhalten zur Enthaltsamkeit unter Lohnverheißung und Strafandrohung, bezw. Lohnzuteilung und Strafzufügung, und als vorgelebtes Musterbild das vom Erzieher gegebene Beispiel. Bedeutsam sei ferner eine verständige Körperpflege, die das Ziel verfolge, durch zweckmäßige Ernährung, durch Gymnastik, Sport und Bewegungsspiel das Kind zu einem gesunden und rüstigen Menschen heranzubilden, der ein starkes Selbstbewußtsein besitze, vermöge dessen er dereinst imstande sei, unbekümmert um Hohn und Spott und Neckerei auf dem einmal betretenen Wege der Enthaltsamkeit weiter zu gehen. Auch die auf Gründung von aus Knaben und Mädchen bestehenden Kinderenthaltsamkeitsvereinen gerichteten Bestrebungen verdienten gefördert und unterstützt zu werden. Endlich komme noch die Belehrung über die gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sittlichen Schädigungen und Gefahren, die der Alkohol im Gefolge habe, in Betracht. Ort dieser Belehrungen soll die Schule sein, und zwar sowohl die Volksschule, wie das Gymnasium und die Universität, die Knabenschule so gut wie die Mädchenschule. Einzugliedern seien diese Alkoholbelehrungen am vorteilhaftesten den Moralunterweisungen, dem Unterricht in der Gesellschaftskunde und der Gesundheitslehre, drei Disziplinen, die in der Schule, abgesehen von den Hochschulen, leider noch immer nicht als selbständige Fächer vorhanden seien, die aber seit langem als solche gefordert würden und immer wieder von neuem gefordert werden müßten.

Der Inhalt des von Dr. Laquer-Wiesbaden gehaltenen Vortrages über Einrichtungen und Veranstaltungen im Kampfe gegen den Alkoholismus spiegelt sich in folgenden sechs Leitsätzen wieder:

„I. Neben der Aufklärung in Wort und Schrift, neben den Wegen der Gesetzgebung und Verwaltung, der Schule und der Kirche hat die werktätige Bekämpfung des Alkoholismus den gleichwertigen Platz; dieselbe soll Einrichtungen schaffen, die vorbildlich und anschaulich die Ueberwertigkeit des mäßigen Alkoholgenusses und für bestimmte Fälle die der Enthaltsamkeit zeigen und die Hauptquellen des Alkoholmißbrauches beseitigen. II. In dieser Hinsicht kommen fast alle vom Alkohol ablenkenden Wege der sozialen Fürsorge mit in Betracht: Herbergen und Ledigenheime, Volks- und Gewerkschaftshäuser sollen entweder alkoholfrei geführt werden oder sehr billige Ersatzgetränke (im Sommer frisch bereitete Limonaden, im Winter Tee oder Kaffee) darbieten; jede Hebung der Volksgeselligkeit und Volksgesundheit (Sport, Leibesübungen, öffentliche Bäder), alle Erziehung zu idealeren Genüssen, Volkshochschulen, Volkskonzerte und dergleichen bekämpfen mittelbar den Alkoholgenuß, lenken vom Wirtshaus und vom Trunk zu Hause ab. III. Das Wirtshaus, welches bei uns viel zu sehr den Mittelpunkt des geselligen Lebens aller Schichten bildet, bedarf der Reform; die Inhaber der bestehenden Gasthäuser müssen angehalten werden, billige alkoholfreie Ersatzgetränke zu führen; gemeinnützige Gesellschaften sollen nach skandinavischem und englischem Vorbild die neu entstehenden Schankgerechtsame, besonders auf dem Lande (Gemeindewirtshaus) und in Arbeitervierteln, erwerben und unter Ausschaltung des Nutzens an geistigen Getränken den Charakter der Wirtshäuser als einer Erholungsstätte besser als bisher zu wahren suchen. IV. Nach Zürcher Muster (Frauenverein für Volkswohl und Mäßigkeit) sollen unter Leitung von Frauen in Großstädten Speisehäuser für männliche und weibliche Angestellte der alkoholfreien Volksernährung im großen Stil dienstbar gemacht werden. Die bestehenden Kaffeehallen sollen sich in alkoholfreie Volkskantinen umwandeln. V. Die Arbeitgeber sollen auch fernerhin (vgl. die Erlasse des Eisenbahnministers, die Berichte der preußischen Gewerbeinspektion und die Erfolge der Hamburg-Amerika-Linie) dem Kampf gegen den Alkohol das weitgehendste Interesse entgegenbringen. Die staatlichen Kanalämter sind berufen, in dieser Hinsicht Musteranstalten zu schaffen. VI. Den größten Fortschritt unserer Bestrebungen wird eine durchgreifende Wohnungsreform bringen.“

Sollten die noch heute und morgen (vormittags 10 bis 12 und abends 8 bis 10 im Barackenauditorium der Universität unentgeltlich) zu haltenden Vorträge bemerkenswertes bringen, so werden wir darüber berichten. Der bisherige Verlauf der Vorlesungen dürfte für die Arbeiter kaum wertvolles gebracht haben, weil die Vortragenden, wie alle bürgerlichen Ideologen, der Erörterung der Ursache der sozial schädigenden Wirkung eines übermäßigen Alkoholgenusses aus dem Wege gehen.

Aus Industrie und Handel.

Erhöhung der Beteiligungsziffer beim Stahlverband. Seit Monaten wird berichtet, daß die Stahlwerke bis zur äußersten Grenze der Leistungsfähigkeit angespannt sind. Unter solchen Umständen gewinnen die Anträge auf Erhöhung der Beteiligungsziffern den Charakter spekulativer Stimmungsmache. Hat man vielleicht doch nötig, die Kauflust künstlich anzuregen, den Anschein einer möglichen Materialnot zu erwecken? Kürzlich wurde noch behauptet, die bezüglichen Anträge hätten keine Aussicht auf Erfolg. Nun sind in der am Donnerstag stattgefundenen Beiratssitzung des Stahlverbandes die Beteiligungsziffern für Stabeisen, für Bleche und Röhren um je $4^1/_2$ Proz., für Walzdraht um $5^1/_2$ Proz. erhöht worden.

Eine glänzende Geschäftslage für die Eisenindustrie konstatiert der Geschäftsbericht des Stahlverbandes. Die Verbandswerke seien in Halbzeug, Eisenbahnmaterial und Formeisen sehr stark beschäftigt und müssen zur Bewältigung der vorliegenden Arbeit ihre ganze Leistungsfähigkeit in Anspruch nehmen. Der Absatz im Monat März überschreite in allen drei Produkten die höchste bis jetzt dagewesene monatliche Versandziffer. In Eisenbahnmaterial sei der Bestand an Aufträgen sehr umfangreich, hauptsächlich infolge von starken Anforderungen seitens der preußischen Staatsbahn. Das Auslandsgeschäft in Formeisen war zufriedenstellend. In Tätigung neuer Abschlüsse trat zurzeit etwas Ruhe ein, da der Bedarf für das erste Halbjahr im allgemeinen gedeckt sei. Der Abruf sei sehr bedeutend, woraus geschlossen werden könne, daß ein Nachlassen des Bedarfs nicht eingetreten sei und eine weitere günstige Preisentwickelung in Aussicht stehe.

Profit. Eine Dividende von 12 Proz. gegen 11 Proz. im Vorjahr bringt die Chemische Fabrik zu Heinrichshall zur Verteilung. — Die A.-G. für Glasindustrie vorm. Fr. Siemens-Dresden schüttet 15 Proz. aus, per 1904 betrug die Dividende 14 Proz. — 80 M. pro Kux erhalten die Aktionäre der Mansfeldschen Kupferschieferbauenden Gewerkschaft, die sich im vorigen Jahre mit 40 M. begnügen mußten. — Die A.-G. für Federstahlindustrie verteilt wie seit 12 Jahren auch für 1905 12 Prozent Dividende. — Von 8 auf 9 Proz. stieg die Dividende der A.-G. für Maschinenpapier-Fabrikation Aschaffenburg.

Aus Rußlands Montanindustrie. Angesichts der wahrscheinlich noch auf Jahre hinaus Rußlands Volkswirtschaft und industrielle Entwickelung stark beeinflussenden revolutionären Bewegung dürfte es interessieren, einige nähere Angaben über die Ausdehnung der russischen Montanindustrie zu erfahren. Das Schwergewicht liegt in der Gewinnung von Rohmaterialien und in der Erzeugung von

Rohprodukten. Die noch mangelhafte Entwickelung in der Weiterverarbeitung steckt natürlich auch der Rohproduktion eine gewisse Grenze. In der Konkurrenz auf dem Auslandsmarkte kann Rußland hauptsächlich nur bestehen, insoweit es in einzelnen Produkten, wie z. B. Manganerze, fast Alleinproduzent und Weltlieferant ist. In der Rohproduktion läßt Rußland schon einige ganz ansehnliche Ziffern aufmarschieren. Aber schon das Jahr 1902, bis dahin reichen die Nachweisungen des statistischen Sammelwerks über das Berg- und Hüttenwesen Rußlands, hat gegen die Vorjahre einen kleinen Rückschlag gebracht. Den erwähnten Angaben entnehmen wir folgende Hauptziffern. Es wurden produziert in 1000 Pud (Pud gleich 16,38 Kilogramm):

	Kohle	Roheisen	Stahl	Naphtha	Kupfer	Zink
1901 . .	1 008 952	175 016	136 015	702 722	517	372
1902 . .	1 005 271	158 618	133 308	678 285	538	504

In allen Artikeln außer bei Zink ein Produktionsrückgang, die Zahl der betriebenen Hochöfen ging in 1902 auf 252 gegen 302 im Jahre 1900 zurück, die Koksgewinnung verminderte sich auf 113 141 Pud gegen 117 035 Pud im Vorjahre. Die Zahl der in Berg- und Hüttenwerken beschäftigten Arbeiter erfuhr in den letzten Jahren ebenfalls eine ziemlich erhebliche Reduktion. Die Gesamtbelegschaft bezifferte sich auf:

Jahr	1898	1899	1900	1901	1902
Mann	465 012	634 009	715 497	683 150	626 929

Die Zahl der Beschäftigten ist mithin in zwei Jahren um rund 90 000 gleich 12,5 Proz. zurückgegangen. Auffällig geringe Ziffern weist gegenüber Deutschland die russische Unfallstatistik auf. Die Gesamtzahl aller gemeldeten Unfälle belief sich in 1901 auf 23 360 oder pro 1000 Beschäftigte 34,2; absolut und prozentual die höchste Ziffer wurde für 1902 ermittelt, nämlich 33 613 Unglücksfälle überhaupt oder 53,6 pro 1000 Beschäftigte. Von den Unglücksfällen verliefen 525 gleich 0,85 pro 1000 Beschäftigte tödlich. Im Jahre 1901 war die Zahl der tödlich verlaufenen Unglücksfälle um 128 größer.

Starke Einwanderung in Amerika. Nach einem Bericht des staatlichen Arbeitsamtes betrug die Zahl der in den ersten drei Monaten dieses Jahres über den New Yorker Hafen Eingewanderten 165 540. Es ist das eine Zunahme gegen das erste Quartal des vorigen Jahres um über 9000 und sind allein aus Italien in dem ersten Viertel dieses Jahres um 20 000 Personen mehr über den New Yorker Hafen eingewandert als in den ersten drei Monaten vorigen Jahres. Von der angegebenen Zahl sind 53 413 in New York verblieben, und nicht weniger als 35 728 und damit etwa ein Viertel aller 140 000 Einwanderer im Alter von 14 Jahren und darüber waren des Lesens und Schreibens unkundig.

Um die Zahl solcher „unerwünschten" Einwanderer möglichst zu beschränken, wird im Kongreß erneut der Erlaß eines Gesetzes geplant, welches nicht nur die bisherige Einwanderer-Kopfsteuer von 2 Dollar auf 5 Dollar erhöht, sondern auch den Nachweis eines gewissen Bildungsgrades erforderlich macht. Nicht weniger als 100 Dollar Strafe sollen, dem neuen Gesetzesvorschlag gemäß, die Dampfschiffgesellschaften für jeden Einwanderer erlegen, dessen geistiger oder gesundheitlicher Zustand ihn von der Zulassung zu den Vereinigten Staaten ausschließt. Dagegen hat Canada im letzten Jahre zur Anlockung von Einwanderern Agentenkommissionen von insgesamt 102 663 Dollar bezahlt und davon 14 428 Dollar für Einwanderer aus den Vereinigten Staaten. Eine einzige canadische Bahngesellschaft soll 2500 Agenten in den Vereinigten Staaten haben.

Gerichts-Zeitung.

„Ein Blick in die Seele des Ultramontanismus",
zum sechsten Male vor dem Kriegsgericht.

Gegen den **evangelischen Divisionspfarrer Bachstein** wurde am Mittwoch zum sechsten Male **wegen Beschimpfung der katholischen Kirche** prozessiert. Diesmal blieb der in den früheren Malen freigesprochene Divisionspfarrer in den durch eine reichsmilitärgerichtliche Rechtsauslegung des § 166 des Strafgesetzbuches verdichteten Maschen hängen. Der Prozeß ist für den Drang der herrschenden Klasse nach Verfolgung wirklicher Ueberzeugung und nach Schutz des elendesten Pharisäismus bezeichnend.

Wir rekapitulieren den Gang dieser für ultramontane Toleranz bezeichnenden Haupt- und Staatsaktion.

Der evangelische Divisionspfarrer Bachstein, ein ehemaliger katholischer Geistlicher aus Minden, hat sich nach Ansicht des Gerichtsherrn, der die **Anklage** erhoben hat, der Beschimpfung der katholischen Kirche schuldig gemacht, und zwar wird diese Beschimpfung erblickt in einer Rede, die Bachstein am 19. Januar 1905 im Osnabrücker Zweigverein des Evangelischen Bundes gehalten hat. Das Thema lautete: **„Ein Blick in die Seele des Ultramontanismus".** Wegen dieses Vortrages wurde Bachstein unter Anklage gestellt. Er sollte das Papsttum herabgesetzt und den Marienkult beschimpft haben. Das **Kriegsgericht der 13. Division** sprach Bachstein von der ihm zur Last gelegten Anklage aber **frei.** Der Gerichtsherr legte jedoch gegen dieses freisprechende Urteil Berufung beim **Oberkriegsgericht** des 7. Armeekorps ein. Doch auch dieses kam zu einem **Freispruch.** Das Oberkriegsgericht hatte die in Betracht kommende Frage, ob das Tatbestandsmerkmal der Oeffentlichkeit bei jener Versammlung in Osnabrück erfüllt gewesen sei, verneint. Gegen die Entscheidung des Oberkriegsgerichts legte der Gerichtsherr Revision beim zweiten Senat des **Reichsmilitärgerichts** ein. Das Reichsmilitärgericht hob das Urteil des Oberkriegsgerichts auf und verwies die Sache zur anderweitigen Entscheidung **an die Berufungsinstanz zurück,** um zu prüfen, ob der Angeklagte nicht mit dem dolus eventualis zu fassen sei. Dieser liege vor, wenn Bachstein sich bewußt sein mußte, daß auch Katholiken ihm zuhören.

Am 14. November 1905 sprach das **Oberkriegsgericht** zu Münster abermals den Divisionspfarrer **frei:** wiewohl es diesmal annahm, Oeffentlichkeit habe bei dem Vortrage obgewaltet.

Das **Reichsmilitärgericht hob** auch das freisprechende Erkenntnis **auf** und setzte dem Oberkriegsgericht, an das das Urteil zurückgewiesen wurde, engere Grenzen für die Art seiner Beurteilung. Diese für das Oberkriegsgericht bindenden Normen sind schwerlich mit der Vorschrift vereinbar, daß das Revisionsgericht lediglich Verletzung von **Rechtsnormen** zu prüfen habe. Das Reichsmilitärgericht bezeichnet das Urteil des Oberkriegsgerichts als unvollständig, unklar und in sich widerspruchsvoll. Eine Beschimpfung im Sinne des § 166 St.-G.-B. sei vorhanden, erstens wenn die Vorsätzlichkeit der Beschimpfung kundgegeben, zweitens wenn aus der Aeußerung der beschimpfende Charakter sich kundgibt und drittens wenn einzelne beschimpfende Tatsachen und Ausdrücke in beschimpfender Form kundgegeben sind. Es ermangele hinsichtlich des Begriffes der „Beschimpfung" dem Urteile die Feststellung, daß der Angeklagte lediglich seine Aeußerungen aus der Bibel, den Psalmen und den Bekenntnisschriften entnommen habe. **Es stehe dem Angeklagten nicht zu, Aeußerungen, die auf die Pharisäer und Saduzäer angewendet wurden, auf die heutigen Religionen in Anwendung zu bringen.** Der Vortrag sei zudem außerhalb der Kirche gehalten worden, und manche Aeußerungen des Angeklagten könnten von der profanen Menge zweifellos als Beschimpfung aufgefaßt werden. Der Angeklagte habe also das Bewußtsein der Beschimpfung haben müssen.

Diese Erkenntnisgründe bildeten die Grundlage der Verhandlung, die am Mittwoch vor dem Oberkriegsgericht zu Münster stattfand.

Der Angeklagte stellt sich wie in früheren Verhandlungen auf den Standpunkt, daß ihm erst während des Vortrages der Gedanke gekommen sei, es könnten auch Katholiken anwesend sein.

Er habe deshalb, auf die Möglichkeit einer unerlaubten Anwesenheit eines Katholiken Rücksicht nehmend, betont, daß er nicht gegen Menschen spreche, daß er Menschen nicht hassen wolle und könne, sondern es handle sich bei dem Vortrage um einen Kampf gegen das System. Zunächst hat Bachstein die spanische Inquisition besprochen und dargetan, daß der heutige „Ultramontanismus" als System nichts anderes sei als der Katholizismus des Ignatius von Loyola und des Konzils von Trient. Der „Ultramontanismus" sei keine besondere Richtung des Katholizismus, sondern dieser sei der volle „Ultramontanismus", der alle Glieder des Katholizismus mundtot machte und ächtete, die abseits ständen. Um diesen Katholizismus zu schildern, zog er Namen und Kreuz Christi, das Altarssakrament mit den übrigen Sakramenten, Maria und die Heiligen, Priesterschaft, Bischoftum und Papsttum heran. Zur Verherrlichung des letzteren dient nach Bachsteins Ansicht alles. Durchaus fern habe ihm die Absicht oder das Bewußtsein einer Beschimpfung gelegen.

Zu dieser nach Ansicht des Einberufers nichtöffentlichen Versammlung hatte sich auch ein Vertreter der katholischen „Osnabrücker Volkszeitung" eingefunden und auf Grund des Berichtes dieses Herrn wurde überhaupt erst gegen Bachstein die Anklage erhoben. Der nach Behauptung des Angeklagten einseitig entstellte Bericht dieses Osnabrücker Zentrumsblattes gab die angeblich beleidigenden Aeußerungen über die katholische Kirche nämlich ausführlich wieder. So soll Bachstein die Messe einen Hokuspokus genannt, ferner sich verletzend über die Verwandlung von Brot und Wein in den Leib und das Blut Christi durch die katholischen Priester ausgesprochen habe. Auch über den in der katholischen Kirche noch herrschenden Wunderglauben hatte Bachstein spöttische Bemerkungen gemacht, durch die sich der Redakteur Fromm, wie er als Zeuge bekundete, empört und aufs tiefste verletzt gefühlt haben. Auch ein Redakteur Ludewig vom „Osnabrücker Tageblatt" bekundete als Zeuge, daß nach seiner Ansicht der Vortrag Katholiken habe verletzen müssen.

Der Vertreter der **Anklagebehörde** beantragte, auf eine Woche Gefängnis zu erkennen. Das **Urteil** lautete auf das niedrigste Maß des in § 166 St.-G.-B. auf 1 bis 1096 Tagen zugelassenen Strafmaßes,

auf einen Tag Gefängnis.

Das Gericht nahm an, es liege eine Beschimpfung des Papsttums in den Worten Klingklang, Mummenschanz usw. In den übrigen zur Anklage stehenden Punkten wurde keine Beschimpfung gefunden. Die niedrigste zulässige Strafe wurde damit begründet, daß der Angeklagte „infolge seines Glaubenseifers und seiner Ueberzeugungstreue als Opfer eines Rechtsirrtums dastehe"; über die Mindeststrafe sei auch im Hinblick auf das ihm von der vorgesetzten Behörde ausgestellte gute Führungszeugnis nicht hinauszugehen.

Danach ist es also auch einem evangelischen Divisionspfarrer nicht gestattet, seiner Ueberzeugung Ausdruck zu geben. Insbesondere aber ist es, wie das Reichsmilitärgericht festsetzt, nicht gestattet, mit denselben Worten vermeintliche Gebrechen zu geißeln, die vor 1900 Jahren gegen Pharisäer und Saduzäer angewendet sind. Wie wacklig müssen die Grundlagen einer Institution stehen, die eines solchen Schutzes bedarf, wie hohl muß der Glaube derer sein, die durch eine scharfe Kritik ihres Glaubens sich verletzt fühlen. Eine Gesellschaft, deren herrschende Klasse die Religion als Deckmantel für die Ausbeutung der arbeitenden Klasse benutzen will, muß zu der Absurdität gelangen, einen gläubigen Evangelischen zu bestrafen, weil er aus seiner Ueberzeugung darüber kein Hehl macht, was er von der katholischen Kirche, deren Anhänger er früher war, denkt. Läßt man all den juristischen Formelkram beiseite, nach dem das oberste Militärgericht seine Ueberzeugung von der Wirkung der katholischen Kirche und ihren Einrichtungen durch § 166 Str.-G.-B. umkleidet hat, so ist als unbewußtes Leitmotiv der Möglichkeit einer Verurteilung unschwer der Satz zu erkennen: Die Religion, gleichviel welcher Richtung, muß dem arbeitenden Volke als Knecht Ruprecht erhalten bleiben, deshalb ist strafbar, wer das Vertrauen zu Knecht Ruprechts Wundersack irgendwie erschüttern könnte. Das nennt das Jahr 1906: Toleranz.

Von welchen Zufällen manchmal das Schicksal eines Angeklagten abhängt, zeigt die weitere Entwickelung eines kürzlich von uns mitgeteilten Falles. Ein Arbeiter Weinert in Charlottenburg war als Teilnehmer eines in Charlottenburg vorgekommenen Straßenexzesses wegen Körperverletzung vom dortigen Schöffengericht zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er hatte gegen dieses Urteil Berufung eingelegt. Am Verhandlungstage war er schon lange vor der Terminszeit an Gerichtsstelle und als sein Termin herannahte, holte er persönlich seinen Verteidiger aus dem Anwaltszimmer herbei, um gar nichts zu versäumen. Als er zum Verhandlungs-Zimmer zurückkehrte, hörte er zu seinem Schrecken, daß seine Berufung schon verworfen sei, da er bei Aufruf der Sache nicht anwesend gewesen. **Die Aufklärung des Verteidigers über die Sachlage war vergeblich:** das Urteil war gesprochen und sollte bestehen bleiben. Nunmehr überreichte Rechtsanwalt Dr. Karl **Liebknecht mehrere eidesstattliche Versicherungen,** wonach der Angeklagte **lange vor der Terminszeit** schon vor dem Terminszimmer gewartet habe und beantragte die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand. Der Antrag wurde von der ersten Strafkammer des Landgerichts II abgelehnt. Auf die sofortige Beschwerde hat der erste Strafsenat des **Kammergerichts** dem Antrage stattgegeben und **die** Wiedereinsetzung in den vorigen Stand unter folgender Begründung beschlossen: „Der Angeklagte war im Gerichtsgebäude zur Wahrnehmung des Termins anwesend und fehlte im entscheidenden Augenblicke im Gerichtszimmer nur deshalb, weil er seinen Verteidiger **aus** dem im gleichen Stockwerke befindlichen Anwaltszimmer **herbeiholen** wollte. Er konnte erwarten, daß er entweder rechtzeitig **wieder** zurück sein werde oder daß, wenn der Aufruf vor seinem Wiedererscheinen erfolge, das Gericht, von den Zeugen unterrichtet, seine kurze Verspätung als genügend entschuldigt ansehen werde. Daß er sich in dieser Beziehung täuschte, ist als ein unabwendbarer Zufall im Sinne des § 44 Str.-Pr.-O. anzusehen." Wie wichtig dieser zutreffende Beschluß des Kammergerichts für den Angeklagten war, zeigt die Tatsache, daß in dem gestern vor der 1. Strafkammer des Landgerichts II aufs neue angesetzt gewesenen Termin die Strafe von sechs Monaten auf zwei Monate Gefängnis ermäßigt wurde. — Die Strafprozeßordnung hat in § 370 die harte Vorschrift: „Ist bei dem Beginn der Hauptverhandlung weder der Angeklagte, noch in den Fällen, wo solches zulässig, ein Vertreter desselben erschienen und das Ausbleiben nicht genügend entschuldigt, so ist die Berufung ... des Angeklagten ... sofort zu verwerfen." Bei dieser Vorschrift ist der Gesetzgeber sicherlich nicht von der Annahme ausgegangen, daß der Aufruf der Sache, den die Prozeßordnung als Beginn der Hauptverhandlung bezeichnet, so wie es in Berlin üblich geworden ist, außerordentlich unpünktlich, oft Stunden nach der Terminstunde, erfolgt, daß aber der Angeklagte zur Sekunde des Aufrufes auf dem Korridor harren solle. Die Zustände über Aufruf der Angeklagten und Zeugen sind auch in dem neuen Gerichtsgebäude durchaus ungeeignete. Anordnungen sind möglich, durch die kurze Zeit vor dem eigentlichen Aufruf auf den baldigen Aufruf hingewiesen wird. Wenn der Justizminister als einfacher Angeklagter oder Zeuge ein paar Mal in Moabit zu fungieren hätte, würde ihm die Notwendigkeit einer Aenderung des heutigen zeitvergeudenden, mehr als bureaukratischen Systems anschaulich werden.

„Du mußt mein werden oder ich sterbe!" So endete fast jeder der Liebesbriefe, die der Reisende Franz Burganter an die Frau Bäckermeister K. von Gera aus schrieb. Diese hatte mit ihm ehedem ein Liebesverhältnis unterhalten, hatte ihn aber ganz aus dem Gesichtskreis verloren, als sie in den heiligen Stand der Ehe getreten war. Da erhielt sie im Februar 1904 von ihm einen Brief aus Gera, in welchem er sich nach ihrem Befinden erkundigte. Die Antwort lautete, daß sie sich recht unglücklich fühle, da ihr Mann sie schlecht behandle. Dieses Bekenntnis schien Herrn Burganter sehr zu Herzen zu gehen, denn er drückte umgehend sein tiefstes Beileid aus, sprach von seiner einstigen Liebe zu der um fünf Jahre älteren Frau, versicherte, daß diese Liebe noch immer in seinem Herzen brenne und riet dringend, sich scheiden zu lassen. Er begnügte sich mit diesem Rat aber nicht, sondern erschien eines Tages persönlich in der Wohnung des Bäckermeisters, wo er als Gast auch während der Nacht beherbergt wurde. „Auf Grund seiner persönlichen Wahrnehmungen" riet er der Frau Bäckermeisterin immer aufs neue, sich scheiden zu lassen und versprach ihr hoch und teuer, daß er sie heiraten werde. „Er könne die rohe Behandlung nicht mehr mit ansehen!" In diesem Gefühl nahm er bei seiner Abreise der Frau auch ihren Trauring ab, da es ihm einen Stich ins Herz gebe, wenn er an ihrem Finger diesen Ring sehe, der ihr zur Sklavenkette geworden sei. Von der Heimat aus folgte nun Brief auf Brief mit der Versicherung, daß er sich erschießen würde, wenn sie nicht seine Frau würde. Dann kam aber ein sehr wehmutsvolles Schreiben. Er teilte der Frau K. darin mit, daß er ein unbeschreibliches Pech gehabt habe: bei einer Bootfahrt habe er seinen Rock ausgezogen und dabei sei eine Brieftasche mit 6000 M. Inhalt aus der Tasche gerutscht und auf Nimmerwiedersehen im Wasser verschwunden. Er fragte an, ob sie ihm mit einem Sümmchen von 5—6000 M. aus grenzenloser Verlegenheit helfen könne. Die Frau Bäckermeisterin hatte inzwischen seinen Rat befolgt und nicht nur die Ehescheidungsklage gegen ihren Mann eingeleitet, sondern sich auch räumlich von ihm getrennt. Ihr ganzes Hab und Gut bestand aus einem Sparkassenbuch über 1000 Mark nebst Zinsen. Dieses schickte sie dem B., der ihr ja so fest versprochen hatte, sie zu heiraten. Dieser Liebesdienst wurde jedoch schlecht belohnt. Als allerlei dunkle Gerüchte der Frau K. zu Ohren kamen, wonach B. gar nicht ans Heiraten denken könne, da er bereits verheiratet sei, machte sie sich auf, um an Ort und Stelle sich selbst zu überzeugen. Und das Gerücht hatte nicht gelogen. Sie traf zwar nicht den Angeklagten, der in einer Strafsache in Untersuchungshaft genommen worden war, wohl aber dessen kranke Ehefrau vor und freundete sich mit dieser so an, daß sie gleich auf einige Zeit sich bei dieser einquartierte und mit ihr gemeinsam wirtschaftete. Sie stellte alsdann fest, daß die rührsame Geschichte von der verlorenen Brieftasche eitel Dunst gewesen und B. sie mit seinem Eheversprechen nur genarrt hatte, um ihr das Geld abnehmen zu können. B. ist inzwischen nach Berlin übergesiedelt und hat der Betrogenen, die sich jetzt kümmerlich als Plätterin durchschlagen muß, noch keinen Pfennig wiedergegeben. Das Schöffengericht hatte ihn wegen Betruges mit Rücksicht auf die Gemeinheit seiner Handlungsweise zu 9 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Die Berufungskammer stellte gestern zwar denselben Tatbestand wie die erste Instanz fest, hielt aber merkwürdigerweise eine Strafe von 5 Monaten Gefängnis für eine ausreichende Sühne gegen den Betrüger und Heiratsschwindler, da Frau K. als Ehefrau sich auch nicht einwandsfrei betragen habe.

Versammlungen.

Die Gewerkschaft der Maler Berlins und Umgegend (Lokalorganisation) hielt am 18. April bei Boeker, Weberstraße 17, eine Versammlung ab, die als Hauptpunkt auf der Tagesordnung hatte: „War es nötig, daß der Zentralverband unter derartigen Tarifbedingungen den Streik aufgab?" W. Berndt als Referent verneinte die im Thema gestellte Frage entschieden. — In der sehr lebhaften Diskussion stimmten alle der Gewerkschaft angehörenden Redner dem Referenten zu, und auch zwei Mitglieder des Zentralverbandes gaben ihrer Mißstimmung über den Abschluß des Tarifs auf so lange Dauer und unter den bekannten Bedingungen Ausdruck, wobei sie die Verbandsleiter zum Teil recht heftig angriffen. — Unger vom Zentralverband, der erklärte, nur für sich und nicht für die Verwaltung zu sprechen, trat den verschiedenen Angriffen auf den Verband entgegen. Es wurde eine Resolution im Sinne des Referats gegen eine Stimme angenommen. Weitere Beschlüsse wurden zu der Angelegenheit nicht gefaßt. Die Maifeier soll wieder durch Arbeitsruhe und durch eine Versammlung am Vormittag begangen werden.

Lese- und Diskutierklub „Norden". Sitzung am Freitagabend 8½ Uhr bei Korff, Elisabethkirchstr. 18: Vortrag des Genossen M. Kirsch über: „Arbeitsentlohnung!" Gäste willkommen.

Sozialdemokratischer Lese- und Diskutierklub „Vorwärts". Heute, Freitagabend pünktlich 8½ Uhr, bei Knötsch, Hirtenstr. 10: Vortrag des Genossen H. Weise über: „Die russische Revolution und was lehrt uns dieselbe?" Bericht und Neuwahl des Vorstandes.

Branchenverein der Bürsten- und Pinselmacher. Am Montag, den 23. April, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Saal 3. Tagesordnung: 1. Regelung der Arbeitsvermittelung. 2. Branchenangelegenheiten.

Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins und Umgegend. (Abteilung Südliche Vororte.) Freitag, den 20. April, abends ½8 Uhr, im Lokale des Herrn Wilke, Rixdorf, Hermannstr. 213: Versammlung. Wichtige Tagesordnung. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, willkommen.

Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins und Umgegend. Sonntag, den 22. April, nachmittags ½2 Uhr, in den Arminhallen, Berlin, Kommandantenstr. 20: Generalversammlung. Sehr wichtige Tagesordnung. Mitgliedsbuch legitimiert.

Witterungsübersicht vom 19. April 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	750	NO	6	Nebel	5	Haparanda	762	N	2	wolkenl	—3
Hamburg	749	NNO	5	bedeckt	5	Petersburg	757	NW	1	Nebel	6
Berlin	747	NNO	2	wolkig	10	Scilly	760	NNO	5	halb bd.	7
Frankf. a. M.	747	SW	2	Regen	11	Aberdeen	762	NW	2	heiter	2
München	745	SW	1	wolkig	13	Paris	747	ONO	2	Regen	9
Wien	749	SW	1	bedeckt	15						

Wetter-Prognose für Freitag, den 20. April 1906.

Etwas kühler, veränderlich, vorwiegend trübe mit Regenfällen und frischen nordöstlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 18. April. Elbe bei Aussig + 1,26 Meter, bei Dresden — 0,35 Meter, bei Magdeburg + 2,08 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 2,20 Meter. — Oder bei Ratibor + 2,24 Meter, bei Breslau Oberpegel + 5,19 Meter, bei Breslau Unterpegel — 0,42 Meter, bei Frankfurt + 4,10 Meter. — Weichsel bei Brahemünde + 1,76 Meter. — Warthe bei Posen + 0,94 Meter. — Netze bei Usch 0,00 Meter.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 64—66 pr 100 Pfund, IIa 54—63, IIIa 49—52, IVa 40—48, engl. Bullen- 00—00, dän Bullen- 00—00, holl. Bullen- 00—00. Kalbfleisch, Doppelländer 105—120, Ia 82—90, IIa 67—80, IIIa 54—64. Hammelfleisch Ia 60—70, IIa 54—60. Schweinefleisch 65—70. Kaninchen 0,30—0,40. Hühner, alte, Stück 1,00—1,70, alte per Pfd. 0,00, junge, per Stück 0,60—1,20. Tauben, junge 0,55—0,65, alte 0,00—0,00. Enten, junge, per Stück 1,80—2,50, per Pfd. 00—00, russ., gefr. per Stück 00—00. Gänse, junge, per Pfd. 0,75—1,20, russ. per Pfd. 0,00—0,00. Hechte 86—104, Schleie 102—107. Bleie 54,00, groß 0,00. Aale, groß 100—108, mittel 98—108, klein 62—68, unsortiert 80—84. Plötzen 32—40. Flundern, pomm. II, p. Schock 1,00—2,00. Kieler, Stiege Ia 4—7, do. mittel, per Kiste 3—4, do. klein, per Kiste 00—00. Bücklinge, schwed. per Wall 0,00, norm. 3,00, holländ. 2,50. Kieler 1—3, engl. 0,00. Aale, groß, per Pfd. 1,10—1,20, mittelgroß 0,80—0,90, klein 0,50—0,60. Sprotten, Kieler, 2 Wall 0,00—0,00. Elb- per Kiste 0,00—0,00. Sardellen, 1902er, per Anker 74,00, 1904er 72,00, 1905er 70,00. Schottische Vollheringe 1905 00—00, largo 40—44, full 36—38, med. 33—35, deutsche 37—44. Heringe, neue Matjes, per 1/2 Tonnen 60—120. Hummern, IIa, 100 Pfd 00—00. Krebse, per Schock, große 00—00, mittelgroße 0,00, kleine 0,00 bis 0,00, unsortiert 5,50. Eier, Land-, per Schock 00—00, frische 2,90—3,10. Butter per 100 Pfund, Ia 117, IIa 112—116, IIIa 109—111, abfallende 108—112. Saure Gurken, Schock 3—3,50 M., Pfeffergurken 3—3,50 M. Kartoffeln per 100 Pfd. magn. bon. 2,10—2,35, rote Daberische 2,00—2,20, runde weiße 1,80—2,00. Wirsingkohl per Schock 0,00—00,00. Weißkohl per 100 Pfd. 4,50—5,50. Rotkohl per Schock 00—00, holl. 16—21. Grünkohl, per 100 Pfd 12—15. Rüben, weiße 00—00, Teltower 00—00. Kohlrüben, per Schock 2,50—4,50.

Teures Fleisch — billige Seefische!!

Bester Fleischersatz, schmackhaft und durch hohen Nährwert sich auszeichnend!

Riesenfänge unserer Dampfer ermöglichen **billigste Preise**

Ein Versuch mit diesen äußerst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen

Seefisch-Kochbücher gratis.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee"

Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8—10.

Zentral-Fernsprecher: Amt III No. 8604.

Verkaufs-Niederlagen:

Prinzenstraße 80 (am Moritzplatz). | **Madaistraße 22** (im Schlesischen Bahnhof). | **Landsbergerstraße 52-53** (der Kurzenstr. gegenüber).

	Pf. pr. Pfd.
Gr. Schellfisch mit Kopf im Anschnitt **30** Pf.	**23**
Cabliau ohne Kopf . . . . im Anschnitt **25** Pf.	
Seelachs ohne Kopf . . . im Anschnitt **25** Pf.	
Bratschellfisch	**20** Pf.
Knurhähnchen	**3 Pfund 50** Pf.

Alle übrigen Sorten Seefische zu billigsten Tagespreisen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 20. April.
Anfang 7½ Uhr:
Opernhaus. Der Pfeifertag.
Schauspielhaus. Wilhelm Tell.
Deutsches. Oedipus und die Sphinx.
Westen. Die vier Grobiane.
Berliner. In der Sommerfrisch'n.
Neues. Ein Sommernachtstraum.
Anfang 8 Uhr:
Lessing. Kater Lampe.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Vogel im Käfig.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater). Ueber unsere Kraft. (II. Teil.)
Komische Oper. Don Pasquale.
Kleines. Hille Bobbe. Der Unverschämte.
Residenz. Der Prinzgemahl.
Zentral. Die Fledermaus.
Trianon. Lonlon.
Lustspielhaus. Die von Hochsattel.
Thalia. Hochparterre links.
Luisen. Robert und Bertram.
Metropol. Auf ins Metropol.
Walhalla. Geschlossen.
Deutsch-Amerikanisches. Er und Ich.
Kasino. Die Herren Söhne.
Apollo. Das bummelnde Berlin. Spezialitäten.
Carl Weiß. Die Jagd ums Leben.
Folies Caprice. Der Schmock. Dalles u. Co. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Belle-Alliance. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Passage. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Aus dem Innern Ostafrikas.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Ferdinand Bonns
Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Gastsp. d. Schlierseer Bauern-Ensembl.
Conrad Dreher
In der Sommerfrisch'n.
Sonnabend: In der Sommerfrisch'n.
Sonntag nachmittag 2½ Uhr zu ermäßigten Preisen: In der Sommerfrisch'n. Montag: In der Sommerfrisch'n.

Neues Theater.
Abends 7½ Uhr:
Ein Sommernachtstraum.
Sonnabend: Caesar und Cleopatra.
Sonntag: Ein Sommernachtstraum.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
Der Unverschämte.
Hierauf:
Hille Bobbe.
Zum Schluß: Die Schlangendame.
Sonnabend: Der Unverschämte. Hille Bobbe. Die Schlangendame.

Theater des Westens
(Station Zoologischer Garten)
Kantstraße 12.
Freitag: 23. Vorstellung im Freitags-Abonnement: Die vier Grobiane.
Sonnabend nachm. 3 Uhr kleine Preise: Aennchen von Tharau.
Abends 7½ Uhr: Schützenliesel. Josef König a. G.
Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Pr.: Die Hugenotten. Abends 7½ Uhr: Die vier Grobiane.
Montag: Der Zigeunerbaron.

Komische Oper.
Freitag, den 20. April 1906, abends 8 Uhr:
Don Pasquale.
Sonnabend zum 100. Male: Hoffmanns Erzählungen.
Sonnabend nachm. 3 Uhr ermäßigte Preise: Figaros Hochzeit. Abends 8 Uhr: Hoffmanns Erzählungen.

Zentral-Theater.
(Operette.) 8 Uhr:
Landstreicher.

Urania
Taubenstr. 48/49.
Abends 8 Uhr:
Aus dem Innern Ostafrikas.

Sternwarte
Invalidenstr. 57/62.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Der Salontiroler.
Sonntag nachm.: Der Kaufmann von Venedig.
Abends: Der Salontiroler.
Montag: Der Verschwender.

Lustspielhaus.
Allabendlich 8 Uhr:
Die von Hochsattel.

Deutsch-Amerikanisch. Theater. Köpenickerstr. 67/68.
Jeden Abend 8 Uhr:
Er und Ich
Sonnt. nachm. 3 Uhr, halbe Preise:
Ueber'n großen Teich.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Heute zum 109. Male:
Morgen und folgende Tage Anf. 8 Uhr:
Der Prinzgemahl.
Sonntag, 22. April, nachm. 3 Uhr: Die Höhle des Löwen.
Dienstag, 24. April zum erstenmal:
Liebeskunst.
Komödie in 3 Akten v. Léon Xanrof und Michel Carré.

Apollo-Theater.
Täglich 8 Uhr:
Elfentücke
von Teilheim. Musik von A. Ferron.
Die glänzenden Spezialitäten und: Das bummelnde Berlin.
Im 3. Bild: La matschiche.
Sonntag, den 22. April, nachm. 3 Uhr: Familien-Vorstellung. Erm. Preise! Wenns auf Erden u. Spezialitäten.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
! Auf – in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender.
Rauchen überall gestattet.

Folies Caprice
Budapester Possen-Theater
Linienstr., Ecke Friedrichstr.
Dalles & Co.
Vorher:
Komiker Schnitzel.
Anf. 8 Uhr. Kasse d. ganz. Tag geöffnet. Vorverk. b. Wertheim.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich abends 8 Uhr:
Die Jagd ums Leben.
Sonnabend nachm. 4 Uhr Kindervorstellung: Frau Holle.
Sonntag im Garten: Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 4 Uhr.

Passage-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Das originelle April-Programm.
Lucie König
Vortrags-Soubrette.
Marka Freya,
Excentrique.
Teddi-Trio
Trampolin-Akt.
Ferner 14 neue Spezialitäten.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr: **Der Vogel im Käfig.** Schausp. in 5 Akten v. St. Großmann.
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Der Militärstaat.**
Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Die Nacht der Finsternis.**
Sonntag, abends 8 Uhr: **Der Militärstaat.**

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Freitag, abends 8 Uhr: **Ueber unsere Kraft.** (2. Teil). Schauspiel in 4 Aufz. von Björnstjerne Björnson.
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Helden.**
Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Zapfenstreich.**
Sonntag, abends 8 Uhr: **Heimat.**

Brauerei Friedrichshain
früher Lipps (Oekonom: E. Niemann) am Königstor.
Größter Konzertsaal Berlins.
Heute Freitag
II. Wiener Walzer-Abend
von
Johann Strauß aus Wien
Dirigent der k. u. k. österreich. Hofballmusik mit seiner gesamten Kapelle.
Anf. 8 Uhr. Entree **50** Pf., Reserv. Pl. 1 M., Numer. Tisch 1,25 M.
Billetts im Vorverkauf bei Bote u. Bock, Wertheim, Leipzigerstraße, und in den mit Plakaten belegten Zigarrengeschäften.

Nur noch wenige Tage!
Zirkus Busch.
Um 8¾ Uhr! Neu!
70 dressierte Eisbären 70
unter persönlicher Vorführung des Herrn **Hagenbeck.**
Herr **Ernst Schumann** Neudressuren und die vorzüglichsten Programmnummern.
Zum Schluß zum **158.** Male:
Die neueste und größte Sehenswürdigkeit Berlins:
◆ **Indien.** ◆
Orig.-Pantom. d. Zirkus Busch.
Besonders hervorzuheben:
Eine Tigerjagd.

WINTER GARTEN
TORTAJADA
Spanische Tänzerin und Sängerin
außerdem
das
glänzende April-Programm.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Heute Freitag, den 20. April 1906:
Abonnements-Vorstellung.
Der Goldbauer.
Original-Volksstück in drei Akten von Reißlingen.
Anfang 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr.
Billett-Vorverkauf von 10 bis 2 Uhr an der Theaterkasse.

Hochsensationell! Belehrend!
Wissenschaft und Verbrechen.
Täglich wechselnde Projektions-Vorträge aus der gerichtlichen Medizin in **Karl Gabriels**
Volks-Museum
Friedrichstr. 112a, am Oranienb. Tor
I. Serie
Mord- oder Selbstmord?
Außerdem 2000 Numm. Volkskrankheit. u. d. Bekämpf. Anst. Samariterlehre
Entree 30 Pf. Sold. u. Kind. 20 Pf. Sämtl. Räum. mit Vortrag **ohne Nachzahlung 60** Pf.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Der Edelhof
oder: Durch Kindesliebe versöhnt. Volksschauspiel in 4 Akt. v. A. Bölte.
Anfang **8** Uhr. Entree **30** Pf.
Sonnabend Extravorstellung: Ein gebrochenes Herz.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag 4 Uhr:
Garten-Konzert
Theater, Spezialitäten
Im Saale Extratanz. Gr. Tanzmusik. Bei ungünstigem Wetter Vorstellung im Saal.

Kasino-Theater
Lothringerstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Bis Donnerstag, den 26. April:
Die Herren Söhne.
Freitag, den 27. April, zum erstenmal: **Madame Bonivard.**
Sonntag nachm. 4 Uhr: Ein Sohn des Volkes.

Belle-Alliance
Eintritt 50 Pf. Theater-Variété.
Anfang 8 Uhr.
Allabendlich: **Heinz Buda**
der Sänger mit der Laute und das neue glänzende April-Konkurrenz-Programm.

Sanssouci. Kottbuser Straße 4a.
Dir. Wilhelm Reimer.
Sonnt., Mont., Donn. erst. **Hoffmanns Norddeutsche Sänger** und Tanzkränzchen.
Hochinteressantes, stets neues Programm.
Theaterstücke, Ensembleszenen usw.

Reichshallen.

Stettiner Sänger.
Anfang Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

Charlottenburg.
Anfertigung feiner **Herren-Garderoben** n. Maß
Gr. Stofflager in engl. u. deutsch. Stoffen nur erstklass. Fabrikate.
Garantie guter Sitz. Solide Preise.
Karl Ehring,
Schneidermeister, 752L*
Leibnizstr. 75, parterre, nahe der Kantstraße.

Freie Volksbühne
Charlottenburg.
Freitag, 20. April 1906, abends 8½ Uhr, im Volkshause, Rosinenstraße 3:
Theater-Vorstellung.
Zur Aufführung gelangt:
Der Biberpelz.
Komödie in 4 Akten von Gerhart Hauptmann.
Die Mitglieder werden gebeten, zur Vorstellung recht pünktlich zu erscheinen.
202/2 Der Vorstand.

Gustav Behrens
Spezialitäten-Theater
Frankfurter Allee 85.
Das vorzügliche April-Programm!
Neu! Neu!
Die weibliche musikalische Rückkompagnie.
Posse mit Gesang und Tanz.

Colosseum
Dresdenerstr. 97.
Größter Erfolg des neuen Spezialitäten-Progr.

Neu eröffnet!
Welt-Ausstellungs-Biograph- (St. Louis)
Theater lebender Photographien mit abwechselnd. Abnormitäten-Progr.
Neu! Die Hungerleider. Neu!
Soziales Bild aus dem Leben.
Den ganzen Tag Vorstellung.
Otto Pritzkow,
Münzstraße 16.

Möbel-Halle
Harry Goldschmidt
Moritzplatz 59.
Nicht zu vergleichen mit Abzahlungs-Geschäften welche auch Konfektion führen. 85L*
Extra-Abteilung
verliehen gewesener
Möbel
wöchentliche oder monatliche
Teilzahlung gestattet!
Kein Abzahlungs-Warenhaus, sondern nur Spezial Möbelgeschäft.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.

Pinol
An allen Orten werden Verkaufsstellen errichtet.
Vertreter gesucht.
Gebrüder Krayer, Mannheim.

Damen-Konfektion direkt aus der Fabrik.
Kein Laden.
Nach beendeter Engros-Saison
auch Einzelverkauf
enorm billig

Uebergangs-Paletots
Havelocks
Capes
Jacketts
Kostüme
Kostüm-Röcke
Mädchen-Paletots
Robert Baumgarten,
Hausvoigtei-Platz 11, II. Etage (an der Jerusalemerstraße).
Bei Vorzeigung dieses Inserats an der Kasse werden 5 Proz. Rabatt vergütet.
Auch Sonntags geöffnet!

Für Damen!
Billigste Preise
Direkt aus der Fabrik.
Jetzt nach beendeter Engros-Saison wieder Einzelverkauf zu den bekannt billigen Preisen:

Jacketts schwarz u. farbig in kolossaler Auswahl 3,75, 4,50, 6, 7-20 M.
Capes in sämtlich. Längen 5¾, 6½, 7½—25 M.
Staubmäntel 6,50, 7,25, 8—22 M.
Kostüm-Röcke in blau, schwarz, diversen englischen Stoffen 3,50, 4,25, 5,50-20 M.
Fabrik Pelz, Kurstr. 41/42, Sonntags geöffn.
Vorzeig. dies. Annonce 5% Rab.

Richard Lanzky's Bier- und Speisehaus ist neu eröffnet 921P*
jetzt in der **Memelerstraße No. 61.**

Kapitän-Cigaretten
gesetzlich geschützt! 742L*
unerreicht in Qualität durch Mischung
der feinsten türkischen Tabake.
Carl Röcker, BERLIN, Grüner Weg 112. Amt VII, 3861.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin

Sonntag, den 22. April, abends 7 Uhr:
im großen Saale des Gewerkschaftshauses,
Engel-Ufer 15:

Rezitation von **Frau Reg. Ruben**-Hamburg

„Am Vorabend."

Russisches Revolutionsdrama von Leopold Kampf.

(NB. Für die Mitglieder wird bei dieser Gelegenheit die Broschüre „Am Vorabend" zum Preise von 50 Pf. pro Exemplar ausgegeben.) 4/14*

Nach dem Vortrag:
Gemütliches Beisammensein und **Tanz.**
Eintritt 30 Pf. — Garderobe frei.

Zentral-Verband der Asphalteure und Pappdachdecker. Ortsverwaltung Berlin.

Sonntag, den 22. April 1906, vormittags 10½ Uhr,
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht. 2. Stand der Lohnbewegung. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Stellung zur Maifeier. 5. Verschiedenes. 292/1

Es ist Pflicht aller Kollegen, zu erscheinen. **Die Ortsverwaltung.**

Verband des technischen Bühnen-Personals

Sitz Berlin.

Sonnabend, den 21. April, abends 11 Uhr, im Gewerkschaftshause,
Engel-Ufer 15:

General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Vorstandsbericht. 2. Bericht der Delegierten vom Verbandstag. 3. Verbandsangelegenheiten. 190/4

Mitgliedsbuch legitimiert.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht **Der Vorstand.**

Vergolder!

Filiale Berlin.

Montag, 23. April, abends präz. 8 Uhr, in den „Arminhallen",
Kommandantenstr. 20 (gr. Saal):

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Delegierten von der 6. Generalversammlung in Leipzig. 2. Abrechnung vom 1. Quartal 1906. 3. Verschiedenes.

Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen.

225/9 **Der Vorstand.**

Verband der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigt. Arbeiter Berlins und Umgegend.

Freitag, den 20. April, abends 8½ Uhr:

Werkstattdelegiertenversammlung

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 1.
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
In Anbetracht der Wichtigkeit der Versammlung ist **jede Werkstatt verpflichtet, einen Delegierten zu senden.** 75/9*

Der Vorstand.

Zentralverband der Steinarbeiter

Berlin I.

Freitag, den 20. April, abends 8 Uhr, im „Englischen Garten",
Alexanderstraße 27c:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. **Maifeier.** 2. Bericht vom Verbandstage in Nürnberg. 3. Verschiedenes. 172/12*

Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht. **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8½ Uhr, **im Gewerkschaftshause,**
Engel-Ufer 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Am **Sonntag,** den **22. April, vormittags 10 Uhr,** findet eine statt. **„Am Golf von Neapel"** wird gegeben.

Billetts sind auf dem Bureau zu haben.

75/11 **Die Ortsverwaltung.**

Kranken-Unterstützungs- und Begräbnisverein der Bau- u. gewerblichen Hülfsarbeiter Berlins

und Umgegend.

Sonntag, den 22. April 1906,
vormittags 10 Uhr,
im Lokal Langestraße 65:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom ersten Quartal 1906. 2. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Arbeiter jeden Berufs vom 16. bis 45. Lebensjahre, welche gewillt sind, dem Verein beizutreten, werden in der Versammlung aufgenommen.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder, auch der Köpenicker, wird ersucht. 37/5

Der Vorstand.
J. A.: Gadegast, Vorsitzender, Pankstr. 9a.

3, 2 und 1 Zimmer-Wohnungen

sofort oder später an ruhige Mieter zu vermieten 12775*

Blumenthalstraße 39,
an der Frankfurter Allee.

Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

(Eingeschr. Hülfskasse Nr. 20, Hamburg.)
Filiale Berlin 3.

Sonnabend, den 21. April, abends 8½ Uhr, bei **Kayser,** Reichenbergerstraße 157:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht. 2. Wahl eines Revisors und Verschiedenes.

117/2 **Die Ortsverwaltung.**

Orts-Krankenkasse Weißensee.

Bekanntmachung.

Gemäß § 67 der Kassensatzung machen wir hiermit bekannt, daß an Stelle des am 1. Januar d. J. aus dem Vorstande ausgeschiedenen Tischlers Bruno Stein der Tischler Hermann Kittler hierselbst, Streustraße 122 wohnhaft, gewählt ist, welcher mit dem heutigen Tage in sein Amt als Vorstandsmitglied eingetreten ist. 273/13

Weißensee, den 14. April 1906.
Der Vorstand.
J. A.: W. Reske, Vorsitzender.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 47,
Spezialarzt für 29/14*
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4

Achtung! Fliesenleger. Achtung!

Freitag, den 20. April 1906, abends 8½ Uhr, im **Gewerkschaftshause** (Saal 7),
Engel-Ufer 15:

Versammlung der Sektion der Fliesenleger des Maurerverbandes.

Tages-Ordnung:
1. **Besprechung betreffs der Bunzlauer Karte.** 2. **Stellungnahme zum 1. Mai.** 3. Gewerkschaftliches. 4. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Wegen der Wichtigkeit der beiden ersten Punkte der Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen notwendig.

NB. **Zum 1. Punkt der Tagesordnung ist der Vorstand der Freien Vereinigung der Fliesenleger hiermit öffentlich eingeladen.**

143/3* **Der Sektionsvorstand.** J. A.: Hermann Pufahl.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin. Sektion der Gips- und Zement-Branche.

Freitag, den 20. April 1906, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer Nr. 15 (großer Saal):

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Ad. Störmer** über den politischen Massenstreik. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zum 1. Mai. 4. Abrechnung vom ersten Quartal 1906. 5. Verschiedenes. 143/3*

In Anbetracht der wichtigen und interessanten Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Mitgliedsbuch legitimiert. **Der Sektionsvorstand.**

Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.

Bureau: Berlin C. 54, Dragonerstr. 15, Hof I. **Fernsprecher: Amt III Nr. 5028**

Sonntag, den 22. April, vormittags 10 Uhr, in den Industriesälen, Beuthstr. 20:

General-Versammlung

des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom ersten Quartal 1906. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Berichterstattung vom siebenten Kongreß. 4. Verschiedenes. 171/13

Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen. Der Vorstand. J. A.: **Albert Juppenlatz.**

Achtung! Bauschlosser! Achtung!

Seit Freitag, den 6. April früh stehen die Kollegen in 23 Werkstätten im Streik.

Die übrigen in Betracht kommenden Firmen haben bewilligt, darunter auch eine Anzahl Innungsfirmen.

Von Montag, den 9. April ab, dürfen sämtliche Bauschlosser nur noch mit Berechtigungskarten arbeiten, diese sind Sonnabend, den 7. April den Vertrauensleuten ausgehändigt. — Die Bauarbeiter ersuchen wir, uns dadurch zu unterstützen, daß sie die auf die Bauten kommenden Schlosser nach den Arbeitsberechtigungskarten fragen.

Jeder Schlosser ohne Karte ist als Arbeitswilliger zu betrachten.

Des weiteren machen wir alle Bauschlosser darauf aufmerksam, daß ohne Zustimmung des Streikkomitees nirgends die Arbeit niedergelegt werden darf.

117/1 **Das Streikkomitee.** Cohen.

„Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein"

Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität".

Touren

zum Sonntag, den 22. April.

2. Abteilung. Besuch der Arbeiter-Wohlfahrtsausstellung, Charlottenburg, Frauenhoferstr. 11/12. Start pünktlich 1 Uhr Urban- und Tempelherrenstraßen-Ecke.

3. Abteilung früh 7 Uhr nach **Sandhausen.** Nachmittags 1 Uhr nach **Stolpe** (Bergemann). Start Marlannenpark.

5. Abteilung früh 7 Uhr nach **Zernsdorf** (Knorr). Nachmittags 1½ Uhr nach **Grünau** (Karolinenhof). Start Elysium.

6. Abteilung früh 5½ Uhr nach **Freienwalde.** Nachm. 1½ Uhr nach **Köpenick** (Pferdebucht). Start Oderbergerstraße 30.

7. Abteilung nachm. 1½ Uhr nach **Hirschgarten.** Start Kösliner Hof.

8. Abteilung früh 7 Uhr nach **Liebenwalde** (Steinert). Nachm. 1 Uhr nach **Schönwalde** (Schulz). Start Stefanplatz.

9. Abteilung nachm. 1½ Uhr nach **Karlshorst** (Waldschänke). Start Schillingstraße 22.

4. Abteilung. Am Sonnabend, den 28. April, in den gesamten Räumen des Elysiums, Landsberger Allee 40: **Großes Frühjahrs-Vergnügen.** Die werten Bundesgenossen werden hierzu ergebenst eingeladen. 12/9

Orts-Krankenkasse für das Goldschmiedegewerbe

zu Berlin.

Sonnabend, den 28. d. M.,
abends 8 Uhr,
im Gewerkschaftshause,
Engel-Ufer 15, Saal 5:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Jahresbericht für 1905. 2. Bericht der Revisoren. 3. Beschlußfassung über die Revidierung und Abänderung des Statuts. 4. Beschlußfassung über Anstellung der Kassenbeamten. 5. Verschiedenes.

Bitte pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.
J. A.: **Ernst Davidhäuser,** Vorsitzender.

---

ff. Pianino 50, Harmonium 120 M., schön, bis 7, event. Teilzahlung, **Gerichtstr. 32,** hochpart.

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau u. Arbeitsnachweis Rosenthalerstr. 57 (2. Eingang: Gormannstr. 28).
Geöffnet von 9½—2 und 4—8 Uhr. Telephon: III, Nr. 1296.

Sonntag, den 22. April, vormittags 10 Uhr, im Lokal Wohlfahrt, Rosenthalerstraße 57 (Hof):

Allgemeine Versammlung der Rohrleger und Helfer.

Tages-Ordnung:
1. Bericht vom 7. Kongreß der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften und von der III. Konferenz der Metallarbeiter. 2. Unsere Stellung zum 1. Mai. 3. Neuwahl der Agitationskommission.

Zahlreiches Erscheinen erwartet **Die Branchenkommission.**

Sonntag, den 29. April, vormittags 10 Uhr, Taubenstr. 48/49:

Urania-Vorstellung.

Am Golf von Neapel.

Billetts a 70 Pf., einschließlich Garderobe, sind noch in unserem Bureau erhältlich. 280/19 **Die Ortsverwaltung.**

Zentral-Verband der Dachdecker Deutschl.

Ortsverwaltung Berlin.

Sonntag, 22. April, vormittags 10 Uhr, bei Feind, Weinstr. 11:

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Kassenbericht vom 1. Quartal 1906. 2. Geschäftsbericht des Vorstandes. 3. Beschlußfassung über unser diesjähriges Stiftungsfest. 4. Verbandsangelegenheiten.

54/10 **Der Vorstand.**

Verband der baugewerbl. Hülfsarbeiter Deutschl.

Sektion der Brunnenbauer und Hülfsarbeiter.

Sonntag, den 22. April 1906, vormittags 10 Uhr, im Lokal von Augustin,
Oranienstraße 103:

Sektions-Versammlung.

Sektion der Backofen-Bauhülfsarbeiter.

Sonntag, den 22. April 1906, vormittags 10 Uhr, im Lokal von Augustin,
Oranienstraße 103:

Sektions-Versammlung.

Sektion der Kunstsandsteinarbeiter.

Sonntag, den 22. April 1906, nachmittags 3 Uhr im Gewerkschaftshaus,
Engel-Ufer 15, Saal 7:

Sektions-Versammlung.

Tagesordnung wird in den Versammlungen bekannt gemacht.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
34/4 **Der Zweigvereins-Vorstand.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am 18. d. M. mein lieber Mann, unser guter Vater, Sohn, Schwiegersohn, Bruder und Schwager

Anton Koplin

im Krankenhause Westend nach schwerem Leiden sanft entschlafen ist.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 21. April, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Hedwigs-Kirchhofes in West-Reinickendorf, Berlinerstraße, aus statt. 9232

Luise Koplin, nebst Kind.

Verein der Zimmerer Berlins

und Umgegend.

Todes-Anzeige.

Am Mittwoch, den 18. d. M. früh, verstarb unser langjähriges braves Mitglied

Anton Koplin

(Zahlstelle Moabit).

Wir werden seiner stets in Ehren gedenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 21. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Hedwigs-Kirchhofes, Reinickendorf-West (Chaussee nach Dalldorf) aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

257/12 **Der Vorstand.**

Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands.

Zahlstelle Berlin u. Umgegend.
(Bezirk 12.)

Allen Kameraden hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied

Paul Neubert

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute nachmittag 4 Uhr von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofes in Weißensee, Fallenbergerstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung bittet

254/8 **Der Vorstand.**

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer.

(E. H. Nr. 2, Hamburg.)

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied der Kasse, der Zimmerer

Paul Neubert,

Marienburgerstr. 31a wohnhaft, am 16. d. M. verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 20. d. M., nachmittags 1 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofes in Weißensee, Fallenberger Chaussee, aus statt.

Um recht rege Beteiligung ersucht 289/8

Der Vorstand.

Verein Berliner Hausdiener.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

Gustav Weinhold,

Neue Schönhauserstr. 14, verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 20. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Sophien-Kirchhofes, Freienwalderstraße, aus statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

12795 **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler

Max Groß

am 14. April verstorben ist und am 18. April zur letzten Ruhe gebettet wurde.

Ehre seinem Andenken!

84/5 **Die Ortsverwaltung.**

Allen Verwandten, Freundinnen und Bekannten zur traurigen Nachricht, daß meine treue Braut, unsere liebe Tochter, Schwester und Schwägerin

Anna Fick

heute sanft entschlafen ist.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Oberschöneweide, den 18. 4. 06.

Die trauernden Hinterbliebenen
Familie Fick. **Albert Höhne.**

Die Beerdigung findet Sonnabend 5 Uhr von der Leichenhalle Oberschöneweide aus statt. 9222

Danksagung.

Für die Teilnahme bei der Beerdigung meines Mannes sage ich allen Verwandten, Freunden, Kollegen, insbesondere dem Zentralverband der Töpfer meinen innigsten Dank. 1282b

Marie Beyer geb. Hänisch.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Ober-Schöneweide. Am Sonntag, den 22. April, morgens 8½ Uhr, wird von den bekannten Lokalen aus eine Flugblattverbreitung unternommen. Einen Tag darauf, Montag, den 23. d. M., abends 8½ Uhr, wird Genosse Adolf Stern in einer in Wilhelminenhof tagenden öffentlichen Versammlung über: „Gibt es einen Gott" referieren. Wir ersuchen die Genossinnen und Genossen, sich an beiden Veranstaltungen recht rege zu beteiligen. Der Vorstand.

Köpenick. Sonntagvormittag werden hier am Ort unter Leitung des Herrn Ingenieurs Flexner die städtischen Wasserwerke und Kanalisationsanlagen besichtigt. Parteigenossen, welche sich daran beteiligen wollen, müssen sich Sonntag früh 8¾ Uhr in der Lindenstraße am Heuplatz einfinden. Der Vorstand.

Friedrichshagen. Morgen abend 9 Uhr findet im Saale von Petznick, Friedrichstr. 114, die Versammlung des Wahlvereins statt. Außer der sonst wichtigen Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Wach über: „Der Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" auf der Tagesordnung. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Der Vorstand.

Alt-Glienicke. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Sonnabend, den 21. d. M., abends 8 Uhr, bei Saß statt. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht aller Mitglieder zu erscheinen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Was fehlt in Berlin?

In keiner Stadt platzen die Gegensätze so aufeinander, wie in Berlin; Massenelend und Massenreichtum sind ja das Signum unserer gesellschaftlichen Zustände und diese treten in der Großstadt am augenfälligsten in die Erscheinung. Um das Großstadtelend kennen zu lernen, braucht man gar nicht einmal in die Stätten des Elends, in die Asyle zu gehen oder sich in die trockenen Zahlen des Berliner Armenetats zu versenken, man bekommt schon einen kleinen Begriff davon, wenn man sich in das Straßenbild vertieft, das sich uns in den Arbeitervierteln des Ostens und Nordens darbietet. Man sehe sich die ausgemergelten Gestalten an, die da mittags oder nach Feierabend die Fabriken verlassen und heimwärts streben und ziehe dann einen Vergleich mit dem Straßenbild, das sich im Westen abspiegelt; wie dort die Dame der Gesellschaft in feinster Toilette und elegante bestackte Herren der Finanzaristokratie ihre Morgenausfahrt unternehmen oder die Amme die jungen Sprößlinge der Hautevolee nach dem Tiergarten spazieren führt. Schon in diesen rein äußerlichen Verschiedenheiten kommt der Gegensatz kraß zum Ausdruck. Daß infolge dieses Gegensatzes auch die Anschauungen über unsere heutigen Zustände verschiedene, ja direkt diametral gegenüberstehende sind, ist nur selbstverständlich.

Natürlich kommen die gesellschaftlichen Gegensätze weit mehr in der Lebenshaltung der verschiedenen Klassen der Bevölkerung zum Ausdruck. Während in der Arbeiterbevölkerung ständig Schmalhans Küchenmeister ist und infolge einer verkehrten Wirtschaftspolitik der Hungerriemen noch enger gezogen werden muß, herrscht dort, in Berlin W., Wohlleben und Ueberfluß. Dort kennt man keine Nahrungssorgen, noch braucht man sich zu sorgen, wo alles herkommt. Man verfolgt genau den Stand der Aktien und macht sich höchstens Toiletten- oder Vergnügungssorgen und diese sind durchaus keine leichten. So wird jetzt beispielsweise in der „besseren Gesellschaft" die Frage erörtert, wie es möglich ist, das gesellschaftliche Leben Berlins zu verfeinern. Der „Lokalanzeiger" hat gefunden, daß diesem Bedürfnis irgendwie abgeholfen werden müsse und hat sich deshalb an eine Anzahl „maßgebender" Persönlichkeiten gewendet mit der Frage: Warum Berlin keinen Korso hat: Gewiß, eine weltbewegende Frage! Natürlich fehlt Berlin ein Korso. Was sich andere Großstädte des Auslandes leisten können, kann Berlin auch. Warum da zurückstehen! Nun ist zwar in Berlin der Versuch zur Einführung eines Korso gemacht worden, ohne aber zu einer dauernden Einrichtung zu werden. Das ist entschieden ein Mißstand, dem abgeholfen werden muß. Wie dies zu geschehen hat, darauf geben die Antworten, die der „Lokalanzeiger" von den verschiedenen sachverständigen Persönlichkeiten erhalten hat, Auskunft. Diese Auskünfte über die der Arbeiterschaft ganz gleichgültigen Fragen lassen einen Einblick in das ganze Milieu der besitzenden Klasse tun, daß es sich wohl verlohnt, einige Aeußerungen auch in unserem Blatte wiederzugeben.

Ein Herr v. Kuhlmann, Kanzler des deutschen Sportvereins meint, daß die bisherigen Korsoversuche mißlungen seien, weil es in Berlin an einer geeigneten Korsostraße fehle. Dafür könne nur der Tiergarten in Frage kommen. Die „Große-Stern-Reit-Allee" ließe sich zu diesem Zweck herrichten und dürften die Mittel ohne wesentliche Schwierigkeiten aufzubringen sein. Die Korsostraße müßte so angelegt sein, daß eine zeitweilige Absperrung durch Drahtgitter für besondere Veranstaltungen wie Korsofeste, Blumenkorsos möglich wäre. Im übrigen solle die Korsostraße eine öffentliche Anlage sein, jedoch für Lastwagen, Geschäftsfuhrwerke, Leichenwagen usw. sowie für numerierte Droschken gesperrt sein. In dieser Korsostraße soll die stilvoll zusammengestellte Equipage, deren Pferde in langsamem Tempo elegant treten, die Augenweide für Kenner und Laien bilden. Hier sollen auch die Insassen sich in vorteilhaftem Licht präsentieren und die Toiletten zur Geltung kommen.

Der Vorsitzende des kaiserlichen Automobilklubs, Graf Telleyrand-Périgord meint:

„In einer Großstadt wie Berlin muß es Ort und Stunde geben, wo die einheimische Gesellschaft spazieren fährt und der Fremde Gelegenheit hat, den Hof und die hervorragenden Persönlichkeiten zu erblicken. Die Berliner scheinen den Begriff „angenehm Flanieren" nicht zu kennen. Manche behaupten, daß Berlin keine Zeit zum Bummeln hätte. Sollten die Herren, die an jedem Nachmittag so viel Zeit zum Pikettspiel haben, nicht auch eine Stunde im Tiergarten Luft schöpfen können? Ein Korso würde erziehend wirken, nicht nur auf den Fahrsport, sondern auch auf die Art des Anziehens der Herren. In Berlin vernachlässigt man seine Kleidung. Man sagt sich: es sieht mich doch niemand, die zweite Garnitur macht es auch. Auch den Damen der Gesellschaft muß Gelegenheit geboten werden, sich in geschmackvollem Aufzuge öffentlich zu zeigen und beim Publikum jene Popularität zu erlangen, wie sie manchen Damen in London und Wien zugefallen ist. Sollen die Korsofahrten mit Erfolg wieder aufgenommen werden, so wäre neben der Beteiligung des Hofes die des Offizierkorps sehr erwünscht. Dieses war zu spärlich vertreten. Was die Platzfrage betrifft, so halte ich — bevor man etwas Besseres findet — die Siegesallee für geeignet, vorausgesetzt, daß sie sich absperren läßt. Der Korso sollte zunächst einmal in der Woche, später zweimal stattfinden. Die Straße muß besprengt werden, jedoch nicht so, daß die Damentoiletten ruiniert werden. Die Zeit des Korsos wäre anfangs 2½—4½ nachmittags, in wärmerer Jahreszeit 5—7½. An jedem Korsotage sollte der D. Sport-V. das beste herrschaftliche Ensembel, die beste Mietsequipage und den elegantesten Reiter prämiieren."

Und so geht es weiter. Der Kammerherr Graf Alvensleben-Neugattersleben — man verzeihe den langen Namen, aber wir sind unschuldig daran — spricht sich ähnlich aus. Der Reitweg vom Großen Stern schräg nach der Tiergartenstraße würde sich seiner Meinung nach gut eignen. Wünschenswert wäre es, auch Musikorchester an gewissen Tagen spielen zu lassen. Wenn man das erreichen könnte, daß an diesen Stellen auch Caféhäuser im Tiergarten erbaut werden dürften, so würde sich das Interesse des gehenden Publikums und damit auch des sehenden Publikums für das zu sehende Publikum erhöhen. In bezug auf die Zeit hält er die Stunden zwischen 3—4 nachmittags oder 6—7 Uhr abends für die geeignetste!

Sogar Kunstkreise sind beauftragt worden. Professor Eberlein meint:

„Vor allem wäre es notwendig, eine Korsogesellschaft in den höchsten und besten Kreisen ins Leben zu rufen, die, ohne stets den höchsten Prunk zu entfalten und die kleineren Teilnehmer dadurch zu demütigen, einfach um die bestimmte Zeit Korso führen. Eine Korsofahrt muß aber auch einen geistigen, vornehmen Mittelpunkt haben. Im Tiergarten, weit draußen müssen ein oder mehrere luxuriöse Restaurants und feine Cafés errichtet werden, an denen die Wagen zwanglos halten können, wo eine vorzügliche Militärkapelle ohne Entree ihre Weisen ertönen läßt, die Damen Erfrischungen einnehmen und mit den Kavalieren plaudern können, wo ein heiterer Sitzwechsel der Equipagen vorgenommen werden kann, gesellschaftliche interessante Ereignisse zur Sprache gebracht werden, Rendezvous ausgemacht und Bekanntschaften geknüpft werden. An diesen fehlenden, das gesellschaftliche Leben erhöhenden und verfeinernden Bedingungen sind wohl die bisherigen Korso-Unternehmungen gescheitert."

In ähnlichem Tone sind auch die übrigen Antworten gehalten. Wenn nunmehr unsere Leser nicht überzeugt davon sind, was Berlin fehlt, so können wir ihnen nicht helfen. Sie wollen sich mit uns trösten!

Merkwürdige Stellenvermittler.

Die Praktiken einzelner der sogenannten Reinigungsinstitute sind früher im „Vorwärts" mehrfach beleuchtet worden. Als Reinigungsinstitute bezeichnen sich gewisse Vermittelungsbureaus, die Aushülfspersonal besorgen, das für gelegentliche Arbeit in der Hauswirtschaft gebraucht wird. Sie haben keine Dienstmädchen auf Lager, sondern nur Reinmachefrauen, Ausbesserinnen, Plätterinnen, Teppichklopfer, Stubenbohner usw. Sie halten solches Personal für „Herrschaften" bereit, um es auf einzelne Tage gegen Entgelt zur Verfügung zu stellen.

Man möchte diese Vermittelungsbureaus als bloße Hauspersonal-Verleihinstitute betrachten; denn wie eine Stellenvermittelung im gewöhnlichen Sinne des Wortes steht ihr Geschäftsbetrieb nicht aus. Sie geben, wie gesagt, sich nicht damit ab, den „Herrschaften" Personal für dauernde Beschäftigung zu liefern oder dem Personal „Herrschaften" zu dauernder Stellung nachzuweisen. Sie werden sich bestens hüten, das zu tun; in diesem Falle hätten sie ja nur eine einmalige Vermittelungsgebühr zu beanspruchen und wären dann das profitbringende Objekt los. Tatsächlich beschränken sie sich auf das lohnende Geschäft, ihr Aushülfspersonal bald hierhin bald dorthin zu dirigieren, so daß man wirklich von einem „Verleihen" sprechen kann.

Bei diesem Verfahren ziehen sie von den „Herrschaften" einen bestimmten Betrag für das dargeliehene Personal ein und zahlen dem Personal einen bestimmten Betrag für die geleistete Arbeit aus — natürlich einen geringeren Betrag, als die „Herrschaften" entrichtet haben. Wir haben früher nachgewiesen, daß da manchmal eine Reinmachefrau nur 1 M. ausgezahlt erhält, während den „Herrschaften" 1,75 M. abgefordert werden. Die Differenz wird von dem Herrn „Direktor" — diesen Titel legen sich manche Inhaber solcher Reinigungsinstitute aus eigener Machtvollkommenheit bei — für seine „Unkosten und Bemühungen" eingesteckt.

Es liegt nahe, daß gegenüber einem so hohen Profit Personal und „Herrschaften" auf den Gedanken kommen können, gemeinsame Sache gegen den Herrn „Direktor" zu machen und bei späterer Gelegenheit das Arbeitsverhältnis ohne seine freundliche Mitwirkung zu erneuern. Um dem vorzubeugen, haben einzelne Reinigungsinstitute die „Herrschaften" wie das Personal damit zu schrecken gesucht, daß sie jede Weiterbeschäftigung, die etwa unter Umgehung des Instituts verabredet wurde, als strafbaren Betrug hinstellten und gerichtliche Verfolgung androhten. Und damit dieser Dreistigkeit der Schein des Rechtes gegeben wurde, bezeichneten sie die ausgeliehenen Reinmachefrauen, Waschfrauen usw. kurzerhand als „Angestellte" ihres Instituts, obwohl diese Frauen von ihnen in der Regel nicht Wochenlohn kriegten, sondern nur für den Tag bezahlt wurden, an dem sie sie ausliehen.

Nun sind in der letzten Zeit Zweifel darüber entstanden, wer da als der eigentliche Arbeitgeber anzusehen sei und dementsprechend zu „kleben" habe, der Herr „Direktor" oder die geehrten „Herrschaften". Die Versicherungsanstalt hielt die „Direktoren" für klebepflichtig. Aber das paßte den Herren „Direktoren" natürlich nicht in ihre Rechnung hinein, und einer wehrte sich dagegen. Der Streit wurde durch mehrere Instanzen getrieben, und schließlich hat das Reichsversicherungsamt entschieden, daß der Herr „Direktor" nur Stellenvermittler sei und daß somit die „Herrschaften" zu kleben haben. Wir kennen nicht den „Direktor", um den es sich hier handelt, und wissen daher nicht, welche Praktiken er übt. Aber das wissen wir, daß es Reinigungsinstitute gibt, deren Inhaber sich — mindestens gegenüber ihrer Kundschaft — sehr entschieden dagegen verwahren werden, daß sie nur Stellenvermittler seien.

Gewiß, diese Reinigungsinstitute sind, genau genommen, wohl alle nichts anderes als Stellenvermittelungsbureaus. Aber wenn ihre Inhaber sämtlich das offen zugeben wollten, so würde wahrscheinlich manchem von ihnen der Profit bald nicht mehr so reichlich zufließen wie bisher. Die Redensarten von „Betrug" können nicht mehr verfangen, wenn jedermann weiß, daß es sich um bloße Stellenvermittelung handelt. Welcher „Stellenvermittler" könnte denn eine Reinmachefrau, eine Waschfrau usw. daran hindern, sich künftig ohne ihn nach Arbeit umzuschauen und sie eventuell auch bei einer „Herrschaft" zu suchen, die sie einmal durch ihn kennen gelernt hat?

Doch es gibt Geschäftskenner, die in keiner Lage ratlos sind. Vor uns liegt eine gedruckte Karte, die von einem Reinigungsinstitut den „Herrschaften" überreicht wird, wenn sie Personal haben wollen. Da hat der Besteller sich durch Unterschrift zu verpflichten, eine „Konventionalstrafe von 20 M." zu zahlen, falls er „das Personal eigenmächtig wegengagiert". Nicht wahr, dem kann keiner! Ob aber auch dieser Mann sich als Stellenvermittler betrachtet und die Klebepflicht ablehnt? Das wäre ja ein merkwürdiger „Stellenvermittler", der „Konventionalstrafe" fordert, falls man „wegengagiert".

Der Mann spricht übrigens von seinem „fest angestellten" Personal, das er den „Herrschaften" senden wolle. Es handelt sich um das Institut von A. Preuß, Kottbuser Ufer 47a. Wie mag Herr Preuß es mit der Lohnzahlung für sein „fest angestelltes" Personal halten?

Die Denkmäler der Oranier sollen in einer Größe von 2½ Meter vor dem königlichen Schloß zur Aufstellung gelangen. Die Ausführung soll im Gegensatz zu den Denkmälern in der Sieges-Allee in Bronze erfolgen. Bei dieser Ausführung soll darauf Wert gelegt werden, daß all die malerische Pracht in der Kleidung, wie sie jenen Tagen zu eigen war, durch die Hand des Ziseleurs zum Ausdruck gelange. Die Stickereien an den Röcken, die Ziselierungen an den Waffen und Harnischen sollen getreulich nachgebildet und so dem Bronzeguß ein künstlerischer Reichtum gegeben werden. Den fünf mit den Arbeiten betrauten Künstlern, den Bildhauern Brütt, Haverkamp, Schott, Wolff und Bauke hatte der Kaiser bereits im März einen eingehenden Vortrag über die Rüstung und ihre geschichtliche Entwickelung gehalten. Bis zum 1. November sollen die Künstler ihre Arbeiten vollendet haben, so daß im nächsten Frühjahre die gesamte Anlage enthüllt werden kann. Jedenfalls bekommen wir nun im Lustgarten eine zweite Sieges-Allee.

Feiertagsverkehr auf der Stadtbahn. Während des diesjährigen Osterfestes erreichte der Personenverkehr auf der Berliner Stadt- und Ringbahn sowie auf den Vorortstrecken eine außergewöhnliche Höhe. So wurden am Karfreitag und an den beiden Osterfeiertagen von Berlin nach den Vororten rund eine Million Reisender, das sind 87 Proz. mehr als im Vorjahre befördert. Der verkehrsreichste Tag war der Ostermontag mit nahezu einer halben Million Fahrgäste, der gegenüber dem verkehrsreichsten Tage des Vorjahres, dem zweiten Pfingstfeiertag, eine Steigerung von rund 5 Proz. aufweist. Zur Bewältigung dieses außerordentlichen Verkehrs waren sämtliche vorfügbaren Betriebsmittel in den Dienst gestellt worden, so daß z. B. am Ostermontage 590 oder 45 Proz. Züge mehr abgefertigt werden mußten, als an den Sonntagen im März d. J.

Die Erschließung des Plänterwaldes und seine Umwandlung aus einer ehemaligen „Baumschule" in einen Park wird in diesem Jahre fortgesetzt. Im Innern des Plänterwaldes wird das Wegenetz, das namentlich in dem östlichen, bis Nieder-Schöneweide hinabreichenden Teil noch wenig dicht ist, weiter ausgebaut. Am Nordrand wird die vielbesuchte Spreepromenade, die im vorigen Jahre durch eine Ufermauer gegen den Fluß abgegrenzt worden war und seitdem ziemlich wüst dagelegen hatte, nun zu einem festen Weg umgestaltet.

Versuchsbohrungen zwecks Feststellung der Bodenverhältnisse innerhalb der Linie der geplanten städtischen Untergrundbahn Kreuzberg—Wedding finden gegenwärtig in der Friedrichstraße statt. Die Bohrungen, die auf Entfernungen von je hundert Metern ausgeführt werden, erstrecken sich, wie eine Korrespondenz berichtet, auf eine Tiefe von zehn Metern und haben bisher ergeben, daß die bedeutendsten Schwierigkeiten in der Bauausführung die obere Friedrichstraße bieten wird. Vom Belle-Alliance-Platz aus erstreckt sich bis zum Hause Friedrichstraße 15 in einer Tiefe von 6—10 Metern eine starke Lehmschicht. In der Gegend der Besselstraße haben die Bohrungen Torf und Morastboden ergeben, dessen Schicht ebenfalls eine bedeutende Tiefe hat und die Versenkung von Zementkästen erforderlich machen wird. In der mittleren Friedrichstraße besteht der Boden aus verschiedenen Sandarten, in welche Lehmschichten hineinragen. Die beendeten Bohrungen in der unteren Friedrichstraße am Oranienburger Tor ergaben ein günstigeres Resultat, wenngleich auch hier, besonders in der Nähe der Spree, Morastboden gefunden wurde. Die Bodenuntersuchungen werden auch in der Chausseestraße vorgenommen werden und bilden die Vorarbeiten für den Untergrundbahnbau, deren Durchführung zur Sicherheit der an der Bahnlinie liegenden Häuser notwendig ist.

Der Neubau der Oranienbrücke geht bereits seiner Vollendung entgegen. Das Gewölbe, das die Form eines Korbbogens erhalten hat, ist fertig aufgemauert. An der Verlegung der Leitungen für Gas usw. wird noch gearbeitet. Demnächst soll mit der Herstellung der Fahrbahn und der Aufschüttung der Zufahrtsrampen begonnen werden. Die neue Brücke wird noch in diesem Jahre dem Verkehr übergeben werden können. Die Oranienbrücke ist übrigens die einzige Brücke in Berlin, die gegenwärtig im Bau ist. Die anderen Brückenbaupläne sind sämtlich noch nicht über die ersten Beschlüsse hinausgelangt.

Die Elektrisierung der Stadt- und Vorortbahn ist in ihrer Verwirklichung nicht mehr in allso weiter Ferne als allgemein angenommen wird. Es ist dies Mittwoch abend in der Hauptversammlung des „Vereins der Vororte Berlins" von authentischer Seite versichert worden. Im Oktober wird bei der Hamburger Stadtbahn die Strecke Blankenese—Ohlsdorf mit elektrischem Betriebe versehen werden. Die Eisenbahnverwaltung wird die Erfolge auf der Hamburger Bahn etwa ein halbes Jahr abwarten und dann voraussichtlich mit den Anlagen der Elektrisierung des Berliner Stadtbahn- und teilweise auch des Vorortnetzes beginnen. Wie Herr Ingenieur Dietl in der Versammlung als Referent ausführte, dürfte das System der Hamburger Bahn der Typus für die Elektrisierung der Berliner Stadtbahn sein. Die Betriebsspannung in Hamburg wird 6000 Volt betragen. Die Wagen haben Bügelsystem für die Oberleitung. Die elektrische Leitung wird derartig eingerichtet, daß niemals jemand damit in Berührung kommen kann. Der Referent führte weiter aus, daß bei der Elektrisierung der hiesigen Stadtbahn eine Schnelligkeit von 30 Kilometer in der Stunde in Betracht komme. Bei der elektrischen Bahn Potsdamer Bahnhof—Groß-Lichterfelde-Ost steige die Schnelligkeit bis zu 33 Kilometer, doch sei hier die Strecke zwischen den einzelnen Stationen ausgedehnter als bei der Stadtbahn. Auf der ovalförmigen Versuchsbahn, die bei Oranienburg geschaffen wird, sollen hauptsächlich Proben mit den verschiedenen Stromsystemen durch die einzelnen Elektrizitätsgesellschaften vorgenommen werden. Die dabei gesammelten Erfahrungen werden dann bei der Elektrisierung der Stadtbahn in Anwendung gebracht. Gleichzeitig mit der Stadtbahn würden zweifellos auch alle diejenigen Vorortstrecken mit elektrischem Betrieb versehen, welche über den Bahnkörper des Südringes laufen, da es technisch unzulässig sei, zwischen elektrischen Trains Dampfzüge verkehren zu lassen. In Betracht kommen dabei hauptsächlich die Strecken vom Grunewald nach Erkner, Grünau usw. Herr Dietl ist der Ansicht, daß in Fachkreisen einem guten Erfolge der Elektrisierung auf der Hamburger Stadtbahn entgegen gesehen werde. Wenn Berlin auch später als andere Großstädte eine elektrische Stadtbahn erhalte, so sei diese auch um so vollkommener und ausgebildeter.

Der Steinsetzer Karl Schäfer, Badstraße 37 wohnhaft, bittet uns mitzuteilen, daß er mit dem wegen Raubmordversuchs an der Trödlerin Ehrhardt Festgenommenen gleichen Namens nicht identisch ist.

Großes Aufsehen erregte gestern morgen in der südlichen Friedrichstadt der Selbstmord des 40 Jahre alten Oberreichsbanklassierers Karl Millmann. Vor 14 Tagen war M., welcher von München nach Berlin versetzt worden war, in der Reichshauptstadt angekommen und hatte bei einer Familie B. in der Puttkamerstr. 27 Wohnung genommen. Als die Wirtin gestern morgen den Kaffee ins Zimmer

bringen wollte, fand sie M. am Fensterkreuz unbekleidet erhängt vor. M. war bereits zur Leiche erstarrt. In seiner Geldbörse befanden sich noch 800 M. Aus hinterlassenen Briefen geht hervor, daß sich M. in Berlin sehr unglücklich fühlte. Das hastige Leben und Treiben gefalle ihm gar nicht und mache ihn noch nervöser als er schon sei. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht.

Drei schwere Unglücksfälle mit Motorrädern. Auf dem Kemperplatz wurden gestern zwei Personen durch ein Motorrad überfahren und erheblich verletzt. Als die Rentiersfrau Boehnit, Kaiser Friedrichstraße 147, mit ihrem vierjährigen Töchterchen über den Platz hinwegging, wurde sie von dem Motorrad Nr. 2541 umgerissen und samt ihrem Kinde überfahren. Frau B. erlitt Quetschungen am linken Unterarm, während die Tochter Wunden am linken Arm und andere äußere Verletzungen davontrug. Die erste Hülfe wurde den Verunglückten auf der Unfallstation XX zuteil. — In der Berlinerstraße in Reinickendorf stürzte der Ingenieur Wittkowsky mit seinem Motorzweirad und zog sich einen Rippenbruch zu. — In der Markstraße fuhr der Kaufmann Scholz aus Reinickendorf mit einem Motordreirad so unglücklich gegen die Bordschwelle, daß er kopfüber auf den Straßendamm geschleudert und nicht unerheblich verletzt wurde.

Einen schrecklichen Selbstmordversuch unternahm vorgestern abend die 28jährige Ehefrau Margarethe B. in der Gothenstraße 27. Die junge Frau, die sich erst vor einiger Zeit verheiratet hat, stürzte sich plötzlich aus dem Fenster der in der vierten Etage belegenen Wohnung auf den Hof hinab und blieb dort mit zerschmetterten Gliedern liegen. In äußerst bedenklichem Zustande wurde die junge Frau nach dem Elisabeth-Krankenhause gebracht. Sie gibt an, in der Verzweiflung aus dem Fenster gesprungen zu sein.

Seine „Visitenkarte" zurückgelassen. Entschiedenes Pech hatte ein Einbrecher, welcher nachts dem Laubenrestaurant von Zincke in der Siegfriedstraße einen Besuch abstattete. Nachdem der Dieb unter den Getränken, Zigarren und Speisen tüchtig aufgeräumt hatte, machte er sich auf die Suche nach Geld. Dabei hatte er das Malheur, unbemerkt seine Brieftasche mit Legitimationspapieren zu verlieren. Der Einbrecher war nicht gerade angenehm überrascht, als er morgens durch Kriminalbeamte aus dem Bett herausgeholt wurde.

Der Durchbruch der neuen Zufahrtsstraße von der Chausseestraße nach dem Stettiner Bahnhof ist nunmehr vollzogen und das für die neue Straße erforderliche Gelände freigelegt. Sobald die Bauschuttmassen beseitigt sind, wird sofort mit der Regulierung des neuen Straßenzuges begonnen, sodaß die notwendige Verkehrsentlastung der Invalidenstraße wenn irgend möglich noch in diesem Sommer stattfindet.

Seine Aufklärung gefunden hat ein Raubmordversuch, der an dem Lehrer Dolgenbrodt aus Neu-Zittau kürzlich verübt wurde. Der Täter ist ein galizischer Arbeiter, bei welchem das geraubte Portemonnaie gefunden wurde. Der Verhaftete hat auch bereits das Verbrechen eingestanden, behauptet jedoch, daß ihm die Absicht ferngelegen habe, einen Raubmord zu verüben und Dolgenbrodt lediglich das Opfer einer Personenverwechslung geworden ist.

Vorort-Nachrichten.

Die Bekämpfung der Sozialdemokratie in einem Vorortblättchen.

Die Zeiten erfolgreicher Sozialistenbekämpfung sind für Berlin und seine Vororte vorüber. Zwar quält sich hier und da noch ein kleines „Vorortblättchen", soweit es sich nicht den Charakter der „Unparteilichkeit" anlegt, damit ab, mit irgend einer Kolportagenotiz krebsen zu gehen, um noch nicht sattelfeste Arbeiter oder aber auch Kleinbürger gegen die Sozialdemokratie mobil zu machen. Jedoch das Geschäft ist wenig profitabel; unsere Genossen in den Vororten sorgen bereits dafür, die bürgerliche Vorortspresse um die Früchte ihrer Sozialistenbekämpfung zu bringen. Insofern erübrigt es sich auch an dieser Stelle irgendwelchen Randglossen bürgerlicher Zeitungsmache entgegenzutreten. Was indes nicht uninteressant sein dürfte, ist, mitzuteilen, daß sich das „Teltower Kreisblatt" in seiner Donnerstagsnummer mit „der Unmöglichkeit des Zukunftsstaates" beschäftigt. Man darf nur an das Wort „Zukunftsstaat" im bürgerlichen Sinne denken, um zu wissen, welche Geistesprodukte in diesem Artikel niedergelegt sind. Eine kleine Probe mag genügen, um die geistige Höhe, auf welcher sich das „Kreisblatt" bewegt, zu kennzeichnen.

Gleich am Anfang des Artikels heißt es:

„Die Unmöglichkeit, daß das sozialdemokratische Ideal sich jemals für eine längere Frist durchsetzen könnte, beruht auf dem Widerspruche, in dem dieses Ideal zu den unabänderlichen Eigenschaften der menschlichen Natur und zu den hiermit aufs engste zusammenhängenden ebenso unabänderlichen Bedingungen irdischer Gütererzeugung und Bedarfsbefriedigung steht. Gerade das ist das Tieftraurige an der sozialdemokratischen Bewegung, daß sie Zustände herbeizuführen sucht, die von vornherein den Keim der Selbstvernichtung in sich tragen, daß also ihre wahren Ziele rein negativer, zerstörender Natur sind."

Der Artikelschreiber muß seinen Leserkreis recht tief einschätzen, sonst könnte er nicht die Behauptung aufstellen, das sozialdemokratische Ideal stehe im Widerspruch zu den „unabänderlichen Eigenschaften der menschlichen Natur", oder aber, seine Kenntnis über die Kulturgeschichte ist so gering, daß er nicht weiß, welchen Unsinn er seinen Lesern vorsetzt. Wer heute noch von „unabänderlichen Bedingungen irdischer Gütererzeugung und Bedarfsbefriedigung" zu faseln weiß, der sollte es sich doch zunächst einmal angelegen sein lassen, die Entwickelung der modernen Oekonomie zu studieren. Hier wird er finden, daß von unabänderlichen Eigenschaften der menschlichen Natur, wie auch von unabänderlichen Bedingungen irdischer Gütererzeugung und Bedarfsbefriedigung nicht die Rede sein kann. Eine jahrzehntelange Betrachtung des ökonomischen Entwickelungsganges unserer Zeit mag schon genügen, um die vermoderten Anschauungen des „Teltower Kreisblattes" ad absurdum zu führen. Nicht anders steht es mit der abgedroschenen Mär, „daß die Mehrzahl der Lohnarbeiter nicht deshalb unfähig ist, Unternehmer zu werden, weil sie das dafür erforderliche Kapital nicht besitzen, sondern ausschließlich deshalb, weil die Aufgaben eines Großunternehmers so schwierig sind, daß nur verhältnismäßig wenige Menschen sie erfolgreich lösen können". Wer den Gang unserer Produktionsweise heute beobachtet, wird finden, daß es nicht immer der „intelligente Unternehmer" ist, der den Großbetrieb leitet, sondern nicht zum allergeringsten Teile die besseren Lohnarbeiter des Kapitals. Es gibt heute eine große Zahl Unternehmer, deren Befähigung nur allein darin besteht, Dividende einzustreichen, die aber von der „hohe Intelligenz erfordernden Betriebsleitung" keinen blauen Schimmer haben. In dieser und ähnlicher Weise maßt sich nun genanntes Blatt an, die Unmöglichkeit, ja die Verkehrtheit des Sozialismus nachzuweisen. Unsere Leser werden von den wenigen Proben, die wir gegeben, einen kleinen Vorgeschmack bekommen haben, in welcher Weise die bürgerliche Vorortpresse den Sozialismus bekämpft. Der einfachste Arbeiter ist durch ein solches Elaborat nicht zu überzeugen, weil sich in seinem Kopfe auf Grund praktischer Erfahrung der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ganz anders darstellt als bei dem „Teltower Kreisblatt".

Insofern dürfte es sich die bürgerliche Vorortpresse ersparen, den Kampf gegen Windmühlen zu führen. Die sozialistische Denkweise, die das Resultat einer wahren Geschichtsauffassung ist, hat sich in den Köpfen der Arbeiterschaft bereits so festgesetzt, daß es nicht mehr genügt, mit lendenlahmen Argumenten gegen sie anzukämpfen. „Irrlehren" sind nicht in der Sozialdemokratie, sondern man darf nur den Artikel über „Die Unmöglichkeit des Zukunftsstaates" studieren, im „Teltower Kreisblatt" zu finden.

Rixdorf.

Ueber den Tod des Herrn von Fritschen im Untersuchungsgefängnis zu Rixdorf erfahren wir folgendes: Herr F. befand sich wegen einer Betrugssache in Untersuchungshaft und glaubte auf einen günstigen Ausgang der Sache rechnen zu dürfen, weil er in einer anderen Sache, die am 3. April gegen ihn verhandelt worden ist und in der er auf das Gutachten eines ärztlichen Sachverständigen über seinen Geisteszustand freigesprochen wurde. Die Lage der Sache schließt es also aus, daß Herr F. einen Selbstmord verübt haben könnte; dazu kommt, daß er überhaupt nicht im Besitze eines Revolvers war und auch nicht sein konnte. Der Aufseher, der mit Herrn F. zu tun hatte, soll sich mit diesem Gefangenen über die Soldatenzeit unterhalten und dabei mit dem Revolver, den er bei sich führte, verschiedene Manipulationen angestellt haben. Dabei soll die Waffe losgegangen sein und Herrn F. so unglücklich getroffen haben, daß derselbe sofort gerufen habe: Mensch! Sie haben mich erschossen. Nach drei Minuten war F. tot.

Hoffentlich wird die eingeleitete Untersuchung Aufklärung bringen. Mag die Sache aber liegen wie sie will: unerfindlich bleibt, wie ein Beamter mit einer geladenen Waffe in solcher Weise hantieren kann.

Schöneberg.

Das Vorgehen der Polizei bei dem Ostervergnügen des sozialdemokratischen Wahlvereins hat in Schöneberg große Entrüstung hervorgerufen. Fast überall ist man sich einig in der Verurteilung dieser neuesten Polizeiaktion. Man fragt sich: hat denn die Polizeibehörde gar nichts Wichtigeres zu tun? Gab es für die nahezu zwanzig Beamten, die zu diesem Zweck teilweise stundenlang auf den Beinen gehalten wurden, gar keine andere Beschäftigung?

Es ist noch gar nicht so sehr lange her, erst wenige Wochen sind darüber vergangen, da debattierte man in der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung über die Vermehrung der Schutzmannschaft. Der Magistrat sollte ersucht werden, sich wegen Vermehrung der Polizeikräfte an das Ministerium des Innern zu wenden. Bei dieser Gelegenheit wurde von den bürgerlichen Stadtverordneten auf den völlig unzureichenden Mannschaftsbestand an Schutzleuten hingewiesen, der dazu führe, daß in einzelnen Revieren so gut wie gar keine Beamten für den Straßendienst vorhanden wären. Auch in den bürgerlichen kommunalpolitischen Vereinen wurde über die Sicherheitszustände wiederholt Klage geführt, vornehmlich über den mangelhaften nächtlichen Patrouillendienst. Es wurde in diesen Vereinen hervorgehoben, daß in einzelnen Stadtgegenden halbwüchsige Burschen und Dirnen während der Abend- und Nachtstunden in den Straßen ihre Zotereien ausüben und die Passanten belästigen; Schlägereien seien nichts Seltenes und Einbrüche häuften sich in großer Anzahl. Ja sogar das Haus, in dem sich das Bureau des zweiten Polizeireviers befindet, verschonten die Einbrecher nicht. Auch Kriminalbeamte wären überfallen und übel zugerichtet worden.

Wir wollen uns heute nicht damit beschäftigen, ob die angeführten Tatsachen in allen Punkten zutreffend sind. Aber wenn die Sicherheitszustände auch nur annähernd so traurig wären, wie sie in den bürgerlichen Vereinen geschildert wurden, dann erscheint es sonderbar, wie eine so große Zahl von Polizeibeamten an dem Tage wegen eines harmlosen Vergnügens dem Sicherheitsdienste entzogen werden konnte. Selbst dem herbeigerufenen Polizeileutnant schien das Aufgebot an Schutzleuten ein zu großes gewesen zu sein, denn bei seinem Erscheinen wandte er sich an den die Aktion leitenden Kriminalbeamten Prohl (der Name verdient festgehalten zu werden) mit der Frage: „War denn das wirklich nötig?" — Und was hat denn nun die Polizei mit ihrer Machtentfaltung erreicht? Das Programm fand fast vollständig seine Erledigung und getanzt wurde bis zum frühen Morgen. Der sozialdemokratischen Arbeiterschaft sind derartige Polizeimaßnahmen garnicht einmal so unangenehm, sie rufen selbst in den indifferentesten Köpfen das Gefühl der Zusammengehörigkeit der Arbeiterklasse wach.

Die im Obstschen Lokale ihre Vergnügungen abhaltenden Vereine scheinen sich überhaupt in jüngster Zeit einer ganz besonderen Aufmerksamkeit seitens der Polizeibehörde zu erfreuen. Ob das nun an der Person des Genossen Obst oder an dem mangelnden Hurrapatriotismus der betreffenden Vereine oder an sonstigen Gründen liegt, ist uns im Moment nicht möglich festzustellen. Jedenfalls werden der Vorstand des Wahlvereins und die nach der Polizeiwache geführten und dort festgehaltenen Musiker sich nicht so ohne weiteres mit den polizeilichen Maßnahmen zufrieden geben.

Am Sonntag, den 22. April, abends 8 Uhr, findet im Saale des Hohenzollern-Gymnasiums, Eisenacher- und Belzigerstraßen-Ecke, ein vom Verein zur Förderung der Kunst arrangierter Kunstabend statt. Zur Aufführung gelangen Ludwig Anzengrubers Prosaskizzen und Gedichte sowie Szenen aus den Meisterdramen „Der Pfarrer von Kirchfeld", „Der Gewissenswurm", „Der Meineidbauer", „Das vierte Gebot", „Die Kreuzelschreiber", „Der ledige Hof", „Hand und Herz". Einlaßkarten sind hierzu in unserer Parteispedition beim Genossen W. Bäumler, Martin Lutherstr. 51, Laden, zu haben.

Charlottenburg.

Die Freie Volksbühne Charlottenburg veranstaltet heute, Freitag, abends 1/2 9 Uhr, im Volkshause den ersten Theaterabend ihres neuen Geschäftsjahres — die Märzvorstellung wurde bekanntlich polizeilich inhibiert — und die erste unter der Leitung des neuen Regisseurs Joseph Danegger vorbereitete Aufführung. Gerhart Hauptmanns Diebeskomödie „Der Biberpelz" geht in Szene. Da diese Vorstellung ein besonders starkes Interesse in weiteren Arbeiterkreisen erregen dürfte und auch Nichtmitgliedern einmal Gelegenheit geboten werden soll, sich von den Leistungen der Charlottenburger Freien Volksbühne zu überzeugen, so ist zu hoffen, daß die Vorstellung bei vollbesetztem Hause vor sich geht.

Ober-Schöneweide.

Heute nachmittag 5 Uhr findet in der Schulaula, Frischenstraße eine öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung statt. Auf der Tagesordnung steht: Wahl des Schöffen. Wahl von Schiedsmännern. Vergebung des Schulbaues. Vermehrung der Zahl der Gemeindeverordneten. Die beiden ersten Punkte sind nicht öffentlich.

Potsdam.

Die hiesige Arbeiterbildungsschule beginnt heute (Freitag abend 8 1/2 Uhr) ihren ersten Kursus. Der Unterricht findet im Restaurant Ladenthin statt. Gelehrt wird zunächst „Theorie und Praxis der deutschen Sprache" mit anschließenden Redeübungen. — Diesem einleitenden Elementarkursus sollen weitere in Geschichte, Nationalökonomie, Gesetzeskunde, Naturwissenschaft usw. folgen. Besonderes Gewicht wird dabei auf die Anforderungen gelegt werden, die an die im gewerkschaftlichen und politischen Leben stehenden Arbeiterkreise gestellt werden. Ihnen und allen Vorwärtsstrebenden soll die neue Bildungsstätte praktische Anleitung geben, sich mit dem geistigen Rüstzeug der modernen Arbeiterbewegung vertraut zu machen. Es liegt daher im Interesse des Einzelnen wie der Gesamtheit, wenn namentlich die hier berufenen Organisationen der Arbeiterbildungsschule ihre weitere materielle Unterstützung und moralische Förderung zuteil werden lassen, wie es bis jetzt bereits ein Teil der Gewerkschaften in anerkennenswerter Weise getan hat.

Aus der Frauenbewegung.

Was soll die Frau lesen?

Durch immer weitere Volksschichten zieht ein Drängen und Sehnen nach Bildung und Wissen. Die Arbeiterklasse empfindet die mangelhafte Schulbildung und begreift, daß der Mangel an Wissen mit zu ihrer ökonomischen und geistigen Knechtschaft beiträgt. Trotzdem in dem letzten Jahrzehnt eine bedeutende Verbesserung und Erweiterung der Volksschullehrpläne vor sich gegangen ist, erfüllt die Volksschule doch bei weitem ihre Aufgabe nicht; sie entspricht durchaus nicht den berechtigten Ansprüchen des Volkes. Sie kann sie auch so lange nicht erfüllen, als das Reich der „Kultur und Freiheit" für Kulturaufgaben nur spärliche Mittel zur Verfügung stellt und den Lehrern in überfüllten Klassen „Pferdearbeit" zumutet.

Im Jahre 1901 kamen auf jede Lehrkraft der Volksschule 63 Schüler, und von den Gesamtkosten, die vom Staate für die Volksschule aufgewendet wurden, entfielen auf jeden Schüler 48 M. Bei solchen Tatsachen braucht man sich wirklich nicht zu wundern, wenn es trotz des Schulzwanges in Deutschland um die Bildung der unteren Volksklassen schlimm bestellt ist. Die Lehrfächer der Volksschule sind der „göttlichen" Gesellschaftsordnung angepaßt; der Geist des Kindes wird nicht individuell gebildet, sondern dressiert; Religions- und „patriotischer" Geschichtsunterricht belasten den Lehrplan, so daß für die übrigen notwendigen Wissensfächer herzlich wenig Zeit übrig bleibt.

Wenn ein so vorbereitetes Kind in das Leben hinaustritt, merkt es recht bald, daß es um sein Wissen nur kümmerlich bestellt ist, und glücklich kann sich der junge Mann schätzen, der als Lehrling gezwungen ist, die Fortbildungsschule zu besuchen; er hat wenigstens Anregung, sein Wissen zu vervollkommnen und eine höhere Bildungsstufe zu erreichen.

Anders das junge Mädchen. Es muß entweder in die Fabrik, um den Hunger der Fabrikherren nach billiger Arbeitskraft zu stillen, oder es begibt sich in die Gesindesklaverei; günstigenfalls findet es Unterkommen im Handelsgewerbe. In allen Fällen fehlt ihm jede Anregung zu weiterer geistiger Ausbildung. So mangelhaft aber auch die Volksschule ihre Aufgabe erfüllt: das Bildungsbedürfnis, das sich vorwiegend in dem Bedürfnis nach Lektüre äußert, hat sie nicht zu ersticken vermocht. Aber leider hat die Volksschule es nicht verstanden, das Lesen im höheren Sinne zu pflegen, das in der Fähigkeit besteht, dargestellte Gedanken zu sammeln und im Zusammenhange zu erfassen. So greift das Mädchen, um seinen Lesehunger zu stillen, in den meisten Fällen zur Schundliteratur und schlägt damit seine Zeit tot, ohne geistigen Gewinn zu erzielen. Im Gegenteil, es verbildet seinen Geschmack und findet später auch als Frau überhaupt keinen Gefallen mehr an ernster, wertvoller Lektüre. Einen erschreckenden Beweis für die Vernachlässigung, deren sich unsere Volksschule schuldig macht, bieten folgende Bibliothek-„schätze" eines Dienstmädchens: zwei zerlesene Schauerromane in 10 Pf.-Heften, ein Traum- und Punktierbuch, ein Wunschbuch, ein Liebesbriefsteller, eine Sammlung Volkslieder, ein Soldatenliederbuch und einige handschriftlich gesammelte Gedichte. Wer aus solchem „Wissensborn" schöpft, braucht sich nicht zu wundern, wenn sein Geist abstumpft und allem wirklich Wertvollen ohne Verständnis gegenübersteht.

Nach einer Wiener Broschüre sollen 20 Millionen Deutscher in Deutschland und Oesterreich ihre geistige Nahrung fast ausschließlich aus Schundromanen und ähnlichen Schriften ziehen. Die Verleger dieser Schund- und Schauerromane spekulieren unmittelbar auf die Sensationslust vor allem der Frauen und weisen den Autor an, die Kapitel durch Schilderungen von Mord und Totschlag, von Brandstiftungen, Giftmischereien und geheimnisvollen Entführungen möglichst „spannend" zu gestalten. Wie furchtbar derartige Lektüre weite Volkskreise verseucht, begreift man erst, wenn man folgende Zahlen liest: in Berlin wurden 50 000 Exemplare „Die Geheimnisse des Königsschlosses" abgesetzt, und Hugo Schenk fand 140 000 Leser und Leserinnen. Das Ende des Kronprinzen Rudolf von Oesterreich bot 20 verschiedenen „Dichtern" Material zur „Betätigung"; einer dieser Romane hat es zu einer Auflage von 178 000 gebracht.

Durch solche den Geist vergiftende Lektüre sind besonders die Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes an überspannten Lesestoff gewöhnt, und die bürgerliche Tagespresse trägt diesem schlechten, verbildeten Geschmacke der Frauen in weitgehendster Weise Rechnung; es kommt ihr ja einzig nur auf den Abonnentenfang an. Die Lektüre soll aber nicht nur unterhalten, sondern bilden und belehren; daher ist es durchaus nicht gleichgültig, was wir lesen.

Will die Frauenwelt den in und mit ihr geborenen Menschenrechten Geltung verschaffen, will sie mit an dem Befreiungskampfe ihrer Klasse teilnehmen, so bedarf sie einer gesunderen Geistesnahrung als bisher. Die Frauenwelt kann heute nicht zu ihrer Entschuldigung anführen, daß sie keine andere Lektüre kenne oder habe; unsere großartig ausgestaltete sozialistische Tagespresse bietet eine Fülle von Anregungen, ebenso unsere Frauenzeitung „Gleichheit". Wer tiefer in die Wissensschätze eindringen will, der lese die Werke der Denker und Dichter; jede Bibliothek unserer Arbeitervereine bietet den Mitgliedern reiche Auswahl belehrender Werke. Frauen, benutzt sie und beherzigt die Worte unseres alten Liebknecht: Wissen ist Macht! Bildung macht frei! K.

Vermischtes.

Ueber eine Massenvergiftung wird aus Mainz berichtet: Der Direktor der Dresdner Bank in Nürnberg, Gutmann, dessen Gemahlin und beide Kinder, die sich hier zum Besuch aufhielten, sind infolge einer wahrscheinlich durch Fischgift hervorgerufenen Vergiftung schwer erkrankt. Beide Eltern und die eine Tochter sind bereits gestorben.

Doppelmord und Selbstmord. Aus Dresden wird geschrieben: In Abwesenheit seiner Frau erhängte der 34jährige Maurer Heinrich Engler aus Oberseifersdorf in Sachsen im nahegelegenen Königsholz seine beiden Kinder im Alter von zwei und sechs Jahren und hierauf sich selbst. Er lebte mit seiner Frau in ruhiger und glücklicher Ehe; er selbst wurde als fleißiger und solider Mensch geschätzt. Vor einiger Zeit faßte er den Entschluß, sich ein eigenes Haus zu bauen, geriet aber während des Baues in finanzielle Schwierigkeiten. Seit dieser Zeit zeigte Engler ein verstörtes Wesen. Am Ostersonntagmittag besuchte Frau Engler mit ihrem achtjährigen Sohne Verwandte in Großhennersdorf. Als sie abends heimkehrte, fand sie weder ihren Mann noch die beiden jüngsten Kinder anwesend. Sie begab sich mit mehreren Bekannten auf die Suche; doch fand man in der näheren Umgebung keine Spur. Am zweiten Feiertage entdeckten zwei Leute in dem eine Stunde entfernten Königsholz die Vermißten. An drei gleich hohen Aesten zweier Bäume, fast in einer Reihe hingen die Gesuchten, der Vater in der Mitte. Alle drei waren längst tot.

Der Entdecker des Radiums Prof. Curie, ist gestern in Paris durch einen Lastwagen in der Rue Dauphinö überfahren worden; er wurde nach einer benachbarten Sanitätswache gebracht, wo er bald verstarb. Der Verunglückte war auf dem Straßenpflaster ausgeglitten.

Eingegangene Druckschriften.

Dr. med. Max Asch. Herz- und Nervenleiden und ihre Behandlung mit unterbrochenen und Wechselströmen. — Historisches, Theoretisches und Praktisches in gemeinverständlicher Darstellung. (Verlag von Hans Baake Nachf. (L. Abel), Berlin S. 14. — Preis 50 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.